EU: Die Wahl, die keine ist S.5

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

Nr. 8 – 22. Februar 2014

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Aus der Zeitung von Vorwürfen gegen Edathy erfahren: Kann es sein, dass die machtbewusste Merkel nichts wusste? Bild: Getty

Rechtsstaat wird zerfressen

Politiker scheinen zu glauben, dass Gesetze und Verträge nicht für sie gelten

Im Fall Edathy tritt eine Verhaltensweise der politischen Klasse zutage, die den Bürgern dringend zu denken geben sollte.

Die Deutschen täten gut daran, sich nicht in die innere Logik jener Akteure hineinziehen zu lassen, die sich schon seit Herbst vergangenen Jahres als „Schadensbegrenzer“ im Fall Edathy umtun und dabei offenbar reihenweise Regeln und Gesetze gebrochen haben. Es begann mit Ex-Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU), der geheimes Amtswissen für Parteizwecke missbraucht hat, indem er SPD-Chef Sigmar Gabriel über den Fall Edathy informierte. Darauf folgte eine ganz Reihe von zum Teil atemberaubenden Rechtsverstößen bis hin zu dem offenbar illegal geöffneten Brief an Bundestagspräsident Nobert Lammert (CDU).

Das Frappierende ist: Keiner der Beteiligten scheint sich wirklich einer Schuld bewusst zu sein. Friedrich habe „großen Schaden von uns allen abgewendet“, verteidigt SPD-Politiker Karl Lauterbach die Vorgehensweise des damaligen CSU-Ministers. Zum Vergleich: Wenn das Vorstandsmitglied einer Aktiengesellschaft geheime Firmendaten über einen bevorstehenden Gewinneinbruch an einen Aktionär weitergibt, um „großen Schaden“ von diesem abzuwenden, so gilt dies als illegale Weitergabe von Insiderwissen und wird streng bestraft. Bei Politikern soll das offensichtlich nicht gelten.

In der Edathy-Affäre tritt abermals eine Verhaltensweise zutage, die in der politischen Klasse des Landes immer mehr um sich greift. Ob bei der „Euro-Rettung“, der NSA-Affäre, dem Umgang mit dem Steuerbetrug eines Landes-Staatssekretärs wie unlängst in Berlin oder jetzt mit dem Fall Edathy: Regeln, Gesetze oder Verträge werden einfach ignoriert, sofern es politisch opportun erscheint.

> »Die Parteien haben sich den Staat zur Beute gemacht«

So wird der Rechtsstaat von oben zerfressen. Dieses Treiben ruft das düstere Diktum Richard von Weizsäckers in Erinnerung, der zum Ende seiner Bundespräsidentschaft warnte: „Die Parteien haben sich den Staat zur Beute gemacht.“ Führende Politiker gehen mit dem Staat in der Tat so um, als gehöre er ihnen und nicht dem deutschen Volk, weshalb die Regeln des Rechtsstaats nicht für sie, sondern nur für alle anderen gelten sollten.

Die Kanzlerin übrigens zieht sich ebenso nonchalant aus der Affäre wie schon beim NSA-Abhörskandal: Sie hat angeblich mal wieder von nichts gewusst, alles erst aus der Zeitung erfahren. Einer derart machtbewussten Frau wie Angela Merkel will man das kaum abkaufen, denn wäre es wahr, müsste sich die Kanzlerin langsam fragen, ob sie ihren Laden eigentlich noch im Griff hat. Daran aber zweifelt (zu Recht) niemand, weshalb ihre angebliche Ahnungslosigkeit nicht glaubhaft ist.

Politiker, die Recht und Gesetz ohne den Anflug schlechten Gewissens umgehen, und mittendrin eine Kanzlerin, die stets den Unbeteiligten spielt, sobald es ernst wird – die deutsche Politik hat Usancen angenommen, die nicht hinnehmbar sind. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Kein Wurf

Das Thema Strafbarkeit von Abgeordnetenbestechung gehört zu den politischen Dauerbrennern. Die jeweilige Opposition bringt ebenso regelmäßig wie erfolglos Anträge dazu ein, weshalb Deutschland noch immer auf einer Stufe mit Ländern wie Barbados, Sudan und Syrien steht. Denn die zählen zu den wenigen auf der Welt, die die UN-Konvention gegen Korruption zwar unterschrieben, aber nicht ratifiziert haben. Strafbar ist bislang nur, das Stimmverhalten eines Abgeordneten im Parlamentsplenum zu beeinflussen. Nach jahrelangem Hin und Her hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf vorgestellt, der jegliche Beeinflussung von Mandatsträgern wirksam unter Strafe stellen und damit der UN-Konvention Genüge tun soll.

Der Gesetzentwurf sieht vor, Abgeordnetenbestechung auf allen Ebenen mit bis zu fünf Jahren Haft oder einer Geldstrafe zu ahnden. Bestraft wird, wer für sich oder einen Dritten eine Gegenleistung fordert, sich versprechen lässt oder annimmt, und im Gegenzug dazu „eine Handlung im Auftrag oder auf Weisung“ vornimmt oder unterlässt. Demjenigen, der versucht, Abgeordnete zu bestechen, droht die gleiche Strafe.

Ein großer Wurf ist das Gesetz nicht, sondern eine Selbstverständlichkeit, denn es schreibt fest, was für die Mitglieder einer jeden Volksvertretung gelten sollte: Bestechlichkeit ist kein harmloser Regelverstoß, sondern eine Straftat. Auch wenn die Beweisführung in der Praxis nicht immer leicht sein dürfte und das Gesetz einige Schlupflöcher und Raum für juristische Winkelzüge lässt, sendet es doch ein klares Signal: Wer sich durch sein Mandat bereichert, landet vor dem Kadi.

Kopflose Strafaktion

Versuch der EU, Schweiz nach Abstimmung zu züchtigen, misslingt

Das Kräftemessen zwischen der Schweiz und der EU infolge der Volksabstimmung der Eidgenossen zur Zuwanderung hat begonnen. Brüssel hat die Verhandlungen über die Ankoppelung der Schweiz an das EU-Forschungsprogramm „Horizont 2020“ und das Austauschprogramm „Erasmus plus“ für Studenten und Auszubildende gestoppt, weil Bern seinerseits ein Arbeitsmarktabkommen mit EU-Neuling Kroatien auf Eis gelegt hat.

Auch auf anderen Gebieten droht die EU der Schweiz mit „Konsequenzen“, was in Bern indes kaum für Aufregung sorgt. Trotz des gewaltigen Größenunterschiedes sitzt die Schweiz vielfach am längeren Hebel, etwa beim Strommarkt. Insbesondere infolge der deutschen „Energiewende“ ist Deutschland dringend auf die Grundlast schweizerischer Pump-

> Wichtige Rolle im Transitverkehr

speicherwerke angewiesen, um Dellen in der schwankenden Ökostrom-Versorgung auszugleichen. So konnte im Februar 2012 ein großflächiger Stromausfall in Bayern und Baden-Württemberg nur mit Schweizer Hilfe in letzter Minute abgewendet werden, wie die „Welt“ jetzt erfahren haben will.

Selbst was den Güterverkehr angeht, sind Berns Karten weit besser, als es Brüssel lieb ist. Der SVP-Politiker Christoph Blocher weist im „Spiegel“ süffisant darauf hin, welch zentrale Bedeutung allein der Gotthard-Tunnel für den europäischen Transitverkehr von Benelux bis Italien besitzt.

Unterdessen hat die schweizerische Volksabstimmung zur Steuerung der Zuwanderung EU- und Euro-kritischen Parteien offenbar kräftig Auftrieb gegeben. So liegt der EU-kritische französische „Front National“ laut jüngster Umfrage bei 20 Prozent. Für die Euro-kritische AfD wollen bei der EU-Wahl nunmehr bis zu acht Prozent der Deutschen stimmen. *H.H.*

Elektroschocks für Heteros

GEW wirbt in Unterrichtsheft für »gleichberechtigte Lebensformen«

Die seit Jahrzenten links agierende Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) betrachtet es offenbar als eine gewerkschaftliche Aufgabe, sich für sexuelle Vielfalt und „gleichberechtigte Lebensformen jenseits enger Normen“ einzusetzen. Dazu hat ihr baden-württembergischer Landesverband den 40-seitigen Unterrichtsleitfaden „Lesbische und schwule Lebensweisen – ein Thema für die Schule“ herausgegeben. Mit dem ideologisch befrachteten Materialheft „für einen emanzipatorischen Unterricht“ will die GEW laut Vorwort erreichen, „dass lesbische, schwule, bisexuelle und transgender Lebensweisen als gleichberechtigte Lebensformen sichtbar und lebbar werden“.

Im Kapitel „Unterrichtsbeispiele“, findet sich unter den Materialien für einen fächerübergreifenden Unter-

> (Um-)Erziehung statt Wissensvermittlung

richt ab Klasse 7 ein Fragebogen, der sich mit zwölf Fragen an heterosexuelle Kinder wendet. Darin heißt es unter anderem: „Wann und warum hast du dich entschlossen, heterosexuell zu sein?“ Weiter sollen die Kinder beantworten, ob ihre Eltern und Freunde wüssten, dass sie heterosexuell seien und wie diese darauf reagierten. Und schließlich heißt es: „Es scheint sehr wenige glückliche Heterosexuelle zu geben; aber es wurden Verfahren entwickelt, die es dir möglich machen könnten, dich zu ändern, falls du es wirklich willst. Hast du schon einmal in Betracht gezogen, eine Elektroschocktherapie zu machen?“

Die GEW-Landesvorsitzende Doro Moritz weist Kritik an dem Fragebogen zurück. Er solle lediglich „provozieren und karikieren um aufzuzeigen, womit Homosexuelle konfrontiert“ seien. Jens Spahn, gesundheitspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und selbst bekennender Schwuler, meint dagegen, dass man das ganze Heft „nicht ernst nehmen“ könne. *J.H.*

MELDUNGEN

Schlechte Zeiten für Pressefreiheit

Berlin – Die Journalistenvereinigung „Reporter ohne Grenzen“ (ROG) hat Deutschland erneut ein durchwachsenes Zeugnis in Sachen Pressefreiheit ausgestellt. Während Finnland, die Niederlande und Norwegen erneut ganz vorne in der 179 Plätze umfassenden „Rangliste der Pressefreiheit“ landeten, kam Deutschland nur auf Platz 14. Zwar ist dies offiziell sogar eine leichte Verbesserung zum Vorjahr, aber das dürfte nur daran liegen, dass andere Länder abgestürzt sind und Deutschland so nach vorne rückte. So kritisiert ROG, dass der Fall um die NSA-Affäre gezeigt habe, wie sehr hierzulande Journalisten im Visier in- und ausländischer Sicherheitsbehörden stünden. Im Vergleich zu den USA und Großbritannien steht die Bundesrepublik jedoch noch vergleichsweise gut da, denn Washington stürzte in Folge des NSA-Skandals auf Platz 46 ab, London auf Platz 33. EU-Beitrittskandidat Türkei steht auf Rang 154, sogar noch hinter Russland mit Rang 148. *Bel*

Lehrer dürfen bleiben

München – Nach Protesten von Lehrern und Referendaren sowie Unterschriftenaktionen und Online-Petitionen von erzürnten Eltern nimmt die bayrische Landesregierung Abstand von ihrem Plan, 800 Lehrerstellen zu streichen. Die mitten im Kommunalwahlkampf verkündete Kürzung widersprach dem Wahlversprechen der CSU, trotz sinkender Schülerzahlen die Zahl der Lehrer konstant zu halten, um den Schulen die Chance für Fördermaßnahmen zu ermöglichen. Auch kam die Empfehlung des bayerischen Kultusministeriums, angehende Gymnasiallehrer sollten sich doch in Berlin, wo Lehrermangel herrscht, auf eine Stelle bewerben, bei den Bürgern nicht gut an. Doch selbst wenn die Kürzungen jetzt nicht greifen, gibt es das Problem, dass in den letzten Jahren viele Studenten sich für die Laufbahn an Gymnasien spezialisiert haben, wo es mehr Geld und weniger stressige Schüler gibt. Bedarf gibt es aber vor allem in sozialen Brennpunkten, für den der Lehrernachwuchs nicht ausgebildet ist. *Bel*

Die Schulden-Uhr:

Uneinigkeit im Tempo

Während der „große Europäer“ Schäuble Griechenland schon jetzt ein neues Hilfspaket in Aussicht stellen wollte, um dessen EU-freundliches korrupte etablierte System zu stützen, möchte die gewiefte Taktikerin Merkel dieses unpopuläre Thema lieber bis nach der EU-Wahl unter der Decke halten. Grundsätzlich kommt die Verzögerungstaktik der Kanzlerin den deutschen Staat wohl etwas günstiger als der Fanatismus ihres Ministers, aber in Richtung Schuldenunion marschieren beide. *M.R.*

2.032.155.604.336 €

Vorwoche: 2.031.857.395.405 €
Verschuldung pro Kopf: 25.150 €
Vorwoche: 25.147 €

(Dienstag, 18. Februar 2014, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Der Bildungs-Dschihad des Fethullah Gülen

Die finanzstarke Gülen-Bewegung breitet sich in Deutschland rasch weiter aus

Die nach dem reaktionären türkischen Prediger Fethullah Gülen benannte „Gülen-Bewegung“ arbeitet in Deutschland sehr erfolgreich an der Ausbildung einer islamischen Elite. Für ihre keineswegs harmlosen Bildungseinrichtungen wird sie auch mit deutschen Steuergeldern bezuschusst.

In der Türkei tobt ein Machtkampf zwischen Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan und den Anhängern des islamischen Predigers Fetullah Gülen. Auch in Deutschland gerät die bislang weit unterschätzte Gülen-Bewegung vermehrt in die Schlagzeilen. In Deutschland betreiben rund 300 Vereine, die Gülen nahe stehen, bereits 24 staatlich anerkannte Privatschulen und rund 150 außerschulische Nachhilfeeinrichtungen. Die Gülen-Bewegung ist in über 100 Ländern aktiv und verfügt über große Geldmittel.

In Berlin-Spandau ist ein neues Großprojekt der Gülen-Bewegung geplant. Auf rund 84 000 Quadratmetern soll ein Bildungscampus entstehen. Wie die Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen (EZW) mitteilt, soll hier „vom Kindergarten bis zur Hochschulreife alles an einem Standort möglich sein“. Schon jetzt betreibt das „TÜDESB Bildungsinstitut Berlin-Brandenburg e.V.“ berlinweit unter anderem vier Kindertagesstätten, sechs Bildungszentren und vier Schulen. Wie der Theologe Friedman Eißler von der EZW erklärt, machen diese Bildungseinrichtungen „in der Regel Religion nicht in besonderer Weise zum Thema, geschweige denn ihre Verbindung zu Fethullah Gulen“. In den engeren Kreisen der Bewegung werde jedoch ein konservatives islamisches Ideal gepflegt, das beim Bildungsbegriff, Demokratieverständnis, Frauenbild, Gesellschaftsmodell und anderen Fragen eine „teilweise ernüchternde Diskrepanz zu der nach außen hin gezeigten Dialogoffenheit“ aufweise. Der im US-amerikanischen Exil lebende Gülen verbreite zwar die Parole „Baut Schulen statt Moscheen“. Doch dessen „erzieherischer Idealismus“ sei selbst hoch politisch und setze auf „stille und geduldige gesellschaftliche Transformation durch schariaorientierte Werte“.

Ein typisches Exemplar der „Dialogindustrie“ ist das „Forum für interkulturellen Dialog e.V.“ (FID) in Berlin. Ehrenvorsitzender ist Gülen. Im Beirat sitzen Aushängeschilder wie Rita Süßmuth und Markus Meckel. Als Süßmuth letztes Jahr von WDR-Reportern darauf angesprochen wurde, dass Gülen in einem Beitrag schrieb, nach islamischem Recht habe auf den Abfall vom Glauben die Todesstrafe zu stehen, machte sie große Augen und war ganz überrascht. Im Beirat des FID ist sie noch heute. Den betreffenden Beitrag Gülens hatte der aus dem Libanon stammende Islam- und Politikwissenschaftler Ralph Ghadban auf einer französischsprachigen Internetseite der Gülen-Bewegung gefunden, dort steht er seit 2008.

Er steht aber auch auf einer englischsprachigen Gülen-Internetseite, wo er bereits seit 2001 zu lesen ist. In dem Text verweist der Prediger zunächst auf den Koranvers, wonach es „keinen Zwang in der Religion“ geben dürfe. Damit ist aber vor allem gemeint, Muslime dürften nicht zum Beispiel zu bestimmten Riten gezwungen werden. Immerhin dürfe es keine Zwangsbekehrungen zum Islam geben, und Nicht-Muslime könnten unter islamischer Herrschaft, so sie spezielle Steuern zahlten, ihren Glauben frei ausüben. Dann erklärt Gülen jedoch zur Apostasie, dem Abfall eines Muslims vom Islam: „Im islamischen Recht wird die Apostasie genau so streng beurteilt wie Hochverrat durch die meisten Staaten oder militärischen Streitkräfte. Mit Bitten, Gebeten und Überredung sowie allen sonstigen legitimen Mitteln muss versucht werden zu verhindern, dass ein solches Verbrechen bekannt wird und öffentliches Ärgernis erregt. Wer vom Glauben abfallen will, muss aufgefordert werden, es sich noch einmal zu überlegen und es zu bereuen. Wenn die Betreffenden die Gelegenheit dazu jedoch zurückweisen, ist die Todesstrafe geboten. Keine mildere Strafe wäre geeignet, den Abscheu der Gesellschaft über den Bruch des Vertrages mit Gott auszudrücken.“

Todesstrafe beim Abfall vom Islam gefordert

In dem Text steht wohlgemerkt mit keiner Silbe etwa eine Distanzierung Gülens von dieser Interpretation islamischen Rechts. Sie entspricht laut Christine Schirrmacher vom Institut für Islamfragen auch der Auffassung der meisten islamischen Theologen. Wie man in der türkischen Zeitung „Zaman“, die Gülen nahe steht, lesen kann, versuchen einige Schüler Gülens seine Auffassung zur Todesstrafe bei Glaubensabfall etwas zu relativieren. Der Meister selbst hat sich aber bis heute nicht dazu bereit gefunden, von seiner geäußerten Ansicht abzurücken.

Die Fraktion „Die Linke“ im Bundestag hatte letztes Jahr in einer Anfrage zur Gülen-Bewegung die Bundesregierung auch eigens auf die Aussagen Gülens zur Apostasie hingewiesen. Die Bundesregierung schwieg dazu und erklärte zu den meisten Fragen sinngemäß, sie wisse von nichts. Inzwischen sind zwar Verfassungsschutzämter aufgewacht. Doch deren rechtliche Instrumente werden bei den sich auch geschickt verstellenden, dezentral vernetzten Gülenisten weitgehend ins Leere laufen.

Gülen ist keineswegs ein Islamreformer. Zwar stellt er Wissenschaft und Bildung in den Vordergrund. Was er jedoch unter Wissenschaft versteht, erläutert er folgendermaßen: „Koran und Hadith [das sind vor allem Überlieferungen zu Anweisungen Mohammeds außerhalb des Korans, der Verf.] sind wahr und absolut. Wissenschaft und wissenschaftliche Fakten sind wahr, solange sie mit Koran und Hadith übereinstimmen.“ Gülen und seine Adepten lehnen etwa die Evolutionstheorie Darwins als atheistisch ab. Die türkischstämmige Sozialwissenschaftlerin Necla Kelek hat die Gülen-Bewegung als gefährliche Sekte bezeichnet. *Michael Leh*



Sektenführer? Fethullah Gülen und seine Anhänger agieren aus dem Hintergrund Bild: laif

Zu weit gegangen

Wien: Grüne Jugend hat offenbar mit Schwarzem Block agiert

Die schweren linksextremen Krawalle in Wien anlässlich des von der FPÖ ausgerichteten Akademikerballs am 24. Januar haben ein Nachspiel. Die Beteiligung der Jugendorganisation der österreichischen Grünen an den Protesten wird zunehmend zu einem Politikum. So wurde die offensichtlich inzwischen deaktivierte Internetseite „antifanet.at“, auf der der norwegische Massenmörder Anders Breivik mit dem FPÖ-Vorsitzenden Hans-Christian Strache verglichen wurde, von der „Grünen Jugend Wien“ und der „Grünalternativen Jugend Steiermark“ betrieben. Und die Seite „nowkr.at“, deren Domain im Besitz der Grünen Jugend ist, begrüßte die Teilnehmer des Akademikerballs mit dem Slogan „Unseren Hass den könnt ihr haben“. Bindeglied zwischen den österreichischen Grünen und dem aus Deutschland angereisten Schwarzen Block der Antifa dürfte die Ex-Funktionärin der „Grünen und alternativen Studenten“ in der Österreichischen Hochschülerschaft, Janine Wulz, sein. Fotos und Videos dokumentieren ihre Anwesenheit am Bahnhof beim Eintreffen bundesdeutscher Schläger. Zeugenaussagen bestätigen das.

Angesichts der bevorstehenden EU-Wahlen scheint die grüne Parteiführung nun einen Ansehensverlust zu befürchten. Der grüne Sicherheitssprecher Peter Pilz erklärte: „Es gibt eine Grenze, und die heißt ‚Gewalt‘. Wer sie überschreitet, gehört nicht zu uns … Wer von legitimer Gewalt gegen Sachen und illegitimer Gewalt gegen Menschen faselt, soll das nicht in unserem Namen tun.“ Dann ergänzte er: „So wie wir von der FPÖ eine klare Trennung von allen Neonazis verlangen, muss es auch auf unserer Seite eine klare Trennung geben.“ FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl ließ das so nicht gelten und charakterisierte die grüne Parteichefin Eva Glawischnig-Piesczek als „Ziehmutter der Gewalt“.

Mit der Antifa gegen den Akademikerball

Wie gut indessen die Zusammenarbeit zwischen SPÖ und Grünen klappt, wird an einem medialen Entlastungsangriff erkennbar. In dem Wiener Wochenmagazin „Zur Zeit“, das von dem FPÖ-EU-Parlamentarier Andreas Mölzer herausgegeben wird, wurde im Zusammenhang mit der Gewaltorgie eine Karikatur abgedruckt. Auf einer abgebildeten Bühne zanken sich Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) und Vizekanzler Michael Spindelegger (ÖVP) um die Urheberschaft der Krawalle. Die Unterschrift lautet: „Kristallnacht 2014“. Das veranlasste die SPÖ-Abgeordnete Petra Bayr einen Vergleich zur „Reichskristallnacht“ zu ziehen. Sie beklagt einen „unerträglichen und abstoßenden Vergleich, der deutlich macht, wes Geistes Kind die FPÖ ist“.

Die Grünen versuchen nun aus dem bekannt gewordenen Umstand, dass der Wiener Polizeipräsident Gerhard Pürstl zwar der sozialistischen Partei angehört, aber als Minderjähriger Mitglied einer Schülerverbindung war, politisches Kapital zu schlagen. Die betreffende Pennälerverbindung Franko Cherusker stehen dem Rechtsradikalismus nahe, behaupten linke Kreise. Pilz hat daher bei der Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) angefragt: „Halten Sie einen Burschenschafter für geeignet, den Polizeieinsatz gegen die Kritiker seiner Verbindungsfreunde zu leiten?“ *Theo Maass*

Prager am Pranger

Ex-Staatsanwalt trotz Untaten straffrei

Am 8. Dezember 2012 starb im Alter von 96 Jahren in einem Prager Altersheim der kommunistische Ex-Staatsanwalt Karel Vaš, der kurz zuvor in einer Autobiografie getönt hatte: „Ich war stets auf Seiten des humanen Fortschritts.“ Monate später vollendete der junge Historiker Pavel Palecek seinen Film „Beruf Mörder“, in dem er, basierend auf endlosen Gesprächen mit Vaš, ihn als „größten Verbrecher im tschechoslowakischen Stalinismus“ porträtiert. Ständig habe ihn, so Palecek, die zynische Frechheit verstummen lassen, mit der sich Vaš seiner Untaten rühmte, vor allem der gegen Deutsche ab Mai 1945, ohne deswegen zur Rechenschaft gezogen worden zu sein. Paleceks Film weckte breites Interesse an der Beständigkeit antideutscher Feindbilder und der fehlenden Aufarbeitung des Kommunismus in Tschechien, deren Symbol Vaš ist.

Massaker an Sudetendeutschen

Vaš kam 1916 in Uschhorod in der Karpato-Ukraine als Kind jüdischer Eltern zur Welt, flüchtete 1943 in die Sowjetunion, wo er tschechische Einheiten der Roten Armee bespitzelte. In Prag bildete er auf Weisung der Sowjets Kampfgruppen der Militärspionage, die ab Mai 1945 im nordböhmischen Postelberg knapp 800 Deutsche ermordeten, „Akten gab es nicht, wir haben nur liquidiert“, prahlte Vaš 2012. 1947 ließ eine Kommission Massengräber öffnen, konnte aber wegen des kommunistischen Putsches 1948 nichts aufklären.

Bis zur Potsdamer Konferenz „sind möglichst viele Deutsche zu liquidieren“, befahl die tschechoslowakische Generalität, Vaš parierte. „1945/46 galt kein Gesetz, im Dienst der Revolution jagten wir im ganzen Land deutsche Werwölfe, wobei uns kein Gericht störte“, so Vaš. Als die Deutschen vertrieben oder getötet waren, stürzte sich Vaš als neu ernannter Staatsanwalt auf Tschechen, von denen er 20 hinrichten ließ und 200 zu langen Haftstrafen verurteilte. Was ihm aber bis heute nicht verübelt wird, da Vaš' Wüten gegen Deutsche positiv gesehen wird.

In Böhmen gibt es 1400 Denkmäler des Deutschen Kriegs von 1866, aber keines erinnert an die Pogrome an Sudetendeutschen. *Wolf Oschlies*

Provinzkaff

Von Theo Maass

In Paris steppt der Gesellschaftsbär. Vorneweg gleich der erste Mann im Staate. Gewiß taugt François Hollandes Lebenswandel nicht zum Vorbild einer christlichen Familie. Zunächst war der 59-Jährige mit der sozialistischen Präsidentschaftsbewerberin Ségolène Royal (Jahrgang 1953) liiert, dann zog er mit der wohlhabenden Journalistin Valérie Trierweiler (Jahrgang 1965) um die Häuser. Nun ist er immer öfter an der Seite der Schauspielerin Julie Gayet (Jahrgang 1972) zu sehen. Da geht die Post ab in Paris. Na, und in London die Royals, Paul McCartney oder Familie Beckham ... immer ist was los. Und die Boulevardpresse hat reichlich bunten Stoff.

Berlins Klatschspalten müssen sich mit weit magerer Kost abfinden. Jüngst berichtete die „BZ“, die ukrainische Nackedei-Protestbewegung „Femen“ habe die Filmfestspiele „Berlinale“ genutzt, um auf eines ihrer Anliegen aufmerksam zu machen. Gleichfalls wollten die obszönen Krawall-Musiker „Pussy Riot“ von der Anwesenheit einiger Filmstars profitieren, um die Nachricht zu verbreiten, sie wollten für das Moskauer Stadtparlament oder gleich für das Amt des Oberbürgermeisters der russischen Metropole kandidieren.

Ein Blick in den Berliner Boulevard bringt andere „Gellschaftsnachrichten“ an das Tageslicht, die vom Kaliber eher an Provinzkaff erinnern als an Metropole: Die 13-jährige Cheyenne Ochsenknecht (Tochter des Schauspielers Uwe Ochsenknecht) wurde unter dem Decknamen „Angel“ auf einem Flirt-Portal im Internet gesichtet, wo sie sich als 18-Jährige ausgab. Kommunisten-Häuptling Gregor Gysi will einen schwulen Knastologen strafrechtlich gegen den schwulenkritischen Rapper Bushido vertreten. Christiane Felscherinow (besser bekannt als Christiane F. aus „Die Kinder vom Bahnhof Zoo“) gibt bekannt, sie habe Schmerzen und nehme erst mal kein Methadon. Die Kreuzberger Bezirksverordnetenversammlung beschließt, der Bezirk wolle künftig keine „sexistische“ Werbung im Kiez dulden. Schließlich treten die mittlerweile 77-jährigen Kessler-Zwillinge Alice und Ellen bei der „Mercedes Benz Fashion Week“ auf.

Das also sind die Berliner Klatsch-Nachrichten. Nichts gegen Hollandes Eskapaden oder die neuesten Nachrichten aus einem Königshaus. Das provoziert die Frage, ob in Berlin überhaupt so etwas wie gesellschaftliches Leben stattfindet. Gibt es hier überhaupt Gesellschaftsklatsch, so wie es Helmut Dietl damals über die Münchner Szene in seinem Sechsteiler „Kir Royal“, beschrieben hat?

Oder ist Berlin nur ein Ort, an dem extremistische Schläger, Refugee Camps und ein linksliberaler Möchtegern-Schicki-Micki-Dunstkreis sich gegenseitig so etwas vorgaukeln. Haben wir nur Glück, dass Dieter Hildebrandt gestorben ist? ... Berlin wäre ein klarer Fall für seine „Notizen aus der Provinz“.

Bangen vor Volkes Zorn

Initiative will Wowereit loswerden und bereitet Volksbegehren für Neuwahlen vor



Wird von vielen als nicht mehr der richtige Bürgermeister für die Hauptstadt gesehen: Muss Klaus Wowereit um sein Amt fürchten?

Bild: Davids

Eine Initiative Berliner Bürger will den Senat stürzen. Unter dem Motto „Wowereit Rücktritt“ bereitet sie ein Volksbegehren zur Neuwahl des Abgeordnetenhauses vor.

Ist ein Regierender Bürgermeister, der autokratisch, selbstgefällig, realitätsfern und beratungsresistent ist, der Probleme nur noch aussitzt und mit unpassenden Bemerkungen abtut, der für die desolate finanzielle Lage Berlins und das Desaster beim Hauptstadtflughafen BER verantwortlich ist und der den Steuerbetrug eines Staatssekretärs deckt, noch tragbar? Der Neuköllner Felix Herzog, der sich als „Lobbyist der Bürger“ versteht, meint: Nein, Wowereits Zeit ist abgelaufen, er muss weg. Da es nach der Berliner Verfassung keine Möglichkeit gibt, den Regierenden Bürgermeister direkt zu wählen oder abzuwählen, lässt sich das nur indirekt durch eine vorgezogene Neuwahl des Abgeordnetenhauses erreichen. Diese wiederum lässt sich durch einen erfolgreichen Volksentscheid herbeiführen.

Dazu hat der 28-jährige Webprogrammierer mit vier Mitstreitern die Initiative „APE – Außerparlamentarische Ergänzung“ ins Leben gerufen – bewusst nicht als Verein, sondern als lose Gruppe Gleichgesinnter. Sie verstehen das als „eine Privataktion“ ohne Beteiligung politischer Kräfte wie etwa der Oppositionsparteien. Die APE hat eine Internetseite eingerichtet und eine „Facebook“-Gruppe gegründet, um über ihr Vorhaben zu informieren und Unterstützer zu werben.

Herzog, der vor einigen Jahren in seiner Heimat Bayern in die SPD ein- und nach seinem Umzug nach Berlin wegen Wowereit wieder ausgetreten ist, hat, wie er sagt, die Stimmung in der Stadt aufgegriffen und will nun „etwas machen“. Darin, viele für oder gegen etwas zu mobilisieren, ist er erfahren, hat er doch gerade als Vorstandssprecher des Vereins „Demokratische Initiative 100 Prozent Tempelhofer Feld“ ein erfolgreiches Volksbegehren durchgezogen. Eine Verquickung der unterschiedlichen Volksinitiativen ist indes nicht vorgesehen. Zu seinen früheren Internetprojekten „guttenberg-rücktritt.de“ und „wulff-rücktritt.de“ sieht Herzog keine Parallelen, denn die seien „Spaß-Projekte“ und ohnehin schnell von der Entwicklung überholt gewesen.

Mit Wowereit hingegen ist es ihm ernst. Er habe bei seiner Kampagnenarbeit „die weit verbreitete Unzufriedenheit“ mit dem Senat und vor allem mit dem Senatschef gespürt und mache das aus Überzeugung, dass Wowereit „nicht mehr der richtige Bürgermeister für diese Stadt“ sei. Umfragen zufolge teilt eine Mehrheit der Berliner seine Meinung. Nach einer Leserumfrage der Tageszeitung „B.Z.“ beispielsweise sind 92 Prozent für Neuwahlen. Die Rechnung des studierten Statistikers Herzog ist einfach: „Je mehr Berliner wir mobilisieren, desto wahrscheinlicher ist ein Umsturz“, so Herzog gegenüber der „B.Z.“.

Die Berliner Regelungen für Instrumente der direkten Demokratie gelten als besonders anwendungsfreundlich, seit vor einigen Jahren die Landesverfassung und das Abstimmungsgesetz geändert wurden, um Volksbegehren zu erleichtern. Und Paragraf 11 des Abstimmungsgesetzes sieht ausdrücklich „auf die vorzeitige Beendigung der Wahlperiode des Abgeordnetenhauses“ gerichtete Volksbegehren vor. Gleichwohl sind die Hürden für diesen Fall noch immer hoch. Zunächst müssen die Initiatoren innerhalb von sechs Monaten 50 000 Unterschriften sammeln, um überhaupt einen Antrag auf Durchführung eines Volksbegehrens stellen zu können. In der zweiten Stufe müssen sich mindestens 20 Prozent der Wahlberechtigten, also rund 500 000 Berliner, für einen Volksentscheid über die Neuwahl des Abgeordnetenhauses aussprechen. Damit es zu einer Neuwahl kommt, müssen sich dann am Volksentscheid mindestens 50 Prozent der stimmberechtigten Berliner beteiligen und mindestens die Hälfte der Abstimmenden müsste zustimmen. Bis zu diesem letzten Schritt kann mehr als ein Jahr vergehen.

Schon zweimal Neuwahlen wegen Volksbegehren

Doch davon lassen sich die Initiatoren nicht abschrecken. Bei ihnen hätten sich schon 100 Freiwillige und fünf Initiativen zur Unterstützung gemeldet, so dass sie schon in wenigen Wochen mit der Unterschriftensammlung beginnen könnten. Kritik, sie seien nur „Wutbürger“, die der gewählten Volksvertretung in die Quere kommen wollten, weisen sie mit Hinweis auf die Handlungsunwilligkeit und -unfähigkeit der Abgeordneten zurück: „Ich stehe als Bürger dieser Stadt mit in der Haftung, wenn ich mir das noch länger anschaue, ohne die verfassungsgemäßen Mittel einzusetzen, die mir dafür zur Verfügung stehen“, so der Mitinitiator Martin Wittau auf der APE-Internetseite.

Herzog und seine Mitstreiter gehen davon aus, die erste Hürde innerhalb von zwei Monaten nach Ausgabe der Unterschriftenliste genommen zu haben. Ihr Optimismus ist nicht unbegründet, denn schon zweimal haben die Berliner einen abgewirtschafteten Senat auf diesem Weg in die Wüste geschickt. Im Jahre 1981, nach dem Garski-Finanzskandal, unterschrieben innerhalb weniger Tage 300 000 West-Berliner für Neuwahlen. Da damals nur 80 000 Unterschriften nötig gewesen wären, gab die Berliner SPD auf und das Abgeordnetenhaus sprach sich für Neuwahlen aus. Das Volksbegehren wurde abgebrochen und die CDU wurde mit 48 Prozent klarer Wahlsieger. 20 Jahre später sammelten Initiativen wegen der Bankenaffäre und des Bruchs der Großen Koalition in einem Volksbegehren erneut Unterschriften für Neuwahlen. Auch in diesem Fall löste sich das Abgeordnetenhaus unter dem öffentlichen Druck noch vor einem Volksentscheid auf, die CDU verlor die Macht und Wowereit konnte seinen rotroten Senat bilden. Heute hat er allen Grund, eben jenen Bürgerzorn zu fürchten.

Jan Heitmann

Ringen um Tempelhof

Ex-Flughafengelände: Bürger wollen Bebauung verhindern

Am 25. Mai findet in Berlin, zusammen mit der Wahl des EU-Parlaments, ein Volksentscheid über die Zukunft des Tempelhofer Feldes statt. Der Berliner Senat aus SPD und CDU will das Feld des früheren Zentralflughafens mit etwa 4700 Wohnungen bebauen – angeblich, um die Wohnungsnot in der Stadt zu lindern. Weiterhin sollen auf dem Gelände öffentliche Bauten errichtet und ein innenstädtischer islamischer Friedhof eingerichtet werden.

Dagegen hatte die Bürgerinitiative „100 Prozent Tempelhofer Feld“ mobilisiert und sogar mehr als die für einen Volkentscheid notwendigen 174 117 Unterschriften gesammelt. Von 233 000 Unterschriften waren rund 185 000 gültig. Indes: Mit rund 18 Prozent war der Anteil der ungültigen Unterschriften vergleichsweise hoch.

Die Bürgerinitiative will das ehemalige Flughafengelände so erhalten, wie es jetzt ist. Sie bekommt dafür von keiner im Abgeordnetenhaus vertretenen Partei Unterstützung. Auch die Piraten-Partei verwirft den Gesetzentwurf der Initiative „100 Prozent Tempelhofer Feld“ als „Extremposition“. Damit die Initiative der Bürger dennoch ihr Ziel erreicht, müssen im Mai mindestens 622 000 Berliner für ihren Gesetzentwurf stimmen – gleichzeitig muss es die Mehrheit der abgegebenen Stimmen sein.

Am 25. Mai dürfen die Berliner abstimmen

Tatsächlich hat die 380 Hektar große Fläche wesentliche Bedeutung für den Naturhaushalt der deutschen Hauptstadt. Eigenart und Schönheit der Landschaft sind prägend für den Erholungsort. Die Freiflächen des Tempelhofer Feldes haben eine Ausgleichsfunktion für die klimatisch stärker belasteten und dicht bebauten Siedlungsräume aufgrund der zentralen Lage im Innenstadtbereich. Zudem ist das Feld ein kulturhistorischer Ort der Luftfahrtgeschichte Deutschlands, sowie Gedenkort für die alliierte Luftbrücke, die den Westteil der Stadt vor der kommunistischen Gewaltherrschaft rettete.

Um sein Projekt dennoch durchzusetzen, streicht der Senat vor allem die soziale Ausrichtung des Bauvorhabens heraus. „Es geht uns nicht um Luxusbebauung. Wir wollen Häuser bauen, in denen Normalverdiener zum Zuge kommen“, versucht Bausenator Michael Müller (SPD) Werbung für die Senatspläne zu machen. Frank Bielka vom Vorstand der städtischen Wohnungsbaugesellschaft Degewo versichert sinngleich: „Wir wollen keine Luxuswohnungen bauen.“ *T.M.*

Grüne treten nach

Entlassener Staatssekretär Büge soll auch neue Stelle verlieren

Das Kesseltreiben gegen den früheren Berliner Sozial-Staatssekretär Michael Büge (die *PAZ* berichtete über den Fall) geht auch nach dessen fragwürdiger Entlassung durch Sozialsenator Mario Czaja (CDU) offenbar weiter. Czaja hatte Büge aus dem Amt entfernt, weil dem linken Lager missfiel, dass er Alter Herr einer Burschenschaft ist. Czajas Entscheidung fand damals in der Fraktion der CDU im Berliner Abgeordnetenhaus kaum Unterstützung.

Mittlerweile ist das Opfer der damaligen Kampagne Geschäftsführer des gemeinnützigen Vereins „Bürgerhilfe“. Doch auch hier setzen die Grünen nach. Die „Bürgerhilfe“ bietet an 15 Standorten „betreutes Wohnen“ an und beschäftigt 90 Mitarbeiter. Für die erbrachten Leistungen vergütet die Berliner Sozialverwaltung Tagesätze. Beispielsweise gibt es in der Kriseneinrichtung für Frauen am Oraniendamm einen Tagessatz von 119,91 Euro pro betreute Frau.

Der grüne Linksaußen-Abgeordnete Dirk Behrendt meint: „Das sieht nach einer Interessenkollision aus.“ Der Verein „Lobbycontrol“ findet die Angelegenheit „besonders heikel, falls Herr Büge in seiner neuen Funktion Kontakt zu dem gleichen Bereich der Senatsverwaltung hat, in dem er vorher gearbeitet hat“. Der bisher weitgehend unbekannte Verein „Lobbycontrol“ hatte sich zuvor mit Anwürfen gegen Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder juristisch eine blutige Nase geholt.

Linken passte nicht, dass er Burschenschafter ist

Die linke Zeitung „taz“ will sogar einen Mitarbeiter der „Bürgerhilfe“ ausfindig gemacht haben, der gegen den neuen Chef Front macht. „Die Belegschaft ist ‚not amused‘“, sagte er und erzählt dem Linksblatt, es werde befürchtet, dass die Sache mit der Burschenschaft auf die Bürgerhilfe abfärbt: „Die Frage ist, wie die Kooperationspartner reagieren.“ Ross und Reiter nennt die „taz“ jedoch nicht.

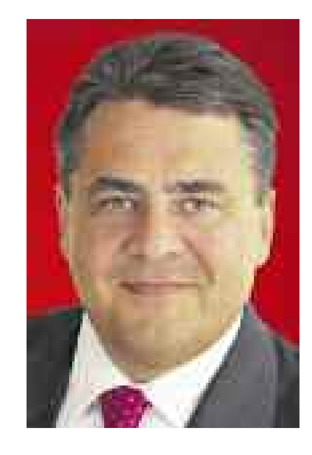
Nun hat das Blatt einen neuen „Skandal“ ausgegraben. Büge habe als Ruhestandsbeamter seinem früheren Dienstherrn die neue Tätigkeit nicht angezeigt. Sozialsenator Czaja prüfe derzeit, ob eine entsprechende Meldung notwendig gewesen wäre und ob daraus Konsequenzen erwüchsen. Büge macht derweil das Klügste, was er machen kann, er spricht mit der Linkspostille nicht und übt auch sonst Zurückhaltung gegenüber der Presse. In Internet-Kommentaren auf der Seite der „taz“ machen sich Leser des Blattes über die Berichterstattung lustig.

Hans Lody

Zeitzeugen



Angela Merkel – Die Bundeskanzlerin ist als promovierte Physikerin durchaus in der Lage, Chancen und Risiken der Energiewende sachlich einzuschätzen. Bislang ist ihr Kalkül allerdings nur parteipolitisch aufgegangen: Mit dem überhasteten Ausstieg aus der Atomenergie hat sie den Grünen ihr Lieblingsthema weggenommen. Immer mehr aber erweist sich das als Pyrrhussieg – statt zum Vorbild für den Rest der Welt wird der Atomausstieg zum finanziellen, industriepolitischen und sozialen Desaster.



Sigmar Gabriel – Der SPD-Vorsitzende ist durch den Zuschnitt seines „Superministeriums" in die Zwickmühle geraten. Im ersten Kabinett Merkel musste er als Umweltminister die Pro-Atompolitik der CDU-Chefin mittragen. Nun muss er versuchen, deren missratene 180-Grad-Wende zu retten. Zunehmend gerät er zwischen die Fronten linker Ideologen, die eigentlich eine ganz andere Koalition wollen, und realistischen Sozialpolitikern, die ganz genau wissen, warum immer mehr Bürger es ablehnen, für die Folgen einer verfehlten Energiepolitik geradestehen zu müssen.



Kurt Bock – Der Vorstandsvorsitzende des energieintensiven Chemiekonzerns BASF droht mit einschneidenden Konsequenzen, falls sich die Energiepolitik der Bundesregierung so weiter entwickelt wie bisher. Angesichts der hohen Energiekosten sehe sich der Konzern gezwungen, seine Investitionen in Deutschland spürbar herunterzufahren. Bislang bleibt ein Drittel der weltweiten Investitionen im BASF-Mutterland. Dieser Anteil wird sich, so Bock, bei gleichbleibenden oder gar steigenden Energiekosten in den nächsten fünf Jahren auf ein Viertel verringern. Sinkende Investitionen in Forschung und Entwicklung aber haben letztlich auch die Verlagerung der Produktion ins Ausland zur Folge. Als bedrohlich empfinden Unternehmen wie BASF nicht nur die hohen Ökostrom-Abgaben, sondern auch den Plan der Regierung, künftig zusätzlich den Strom zu besteuern, den diese Konzerne in eigenen Kraftwerken für den Eigenverbrauch herstellen.

Zur falschen Zeit am falschen Ort

Warum die Energiewende in Deutschland zum Milliardengrab wird

Auch wenn in Deutschland noch nicht die Lichter ausgehen – es sieht düster aus um Angela Merkels ehrgeizigstes Projekt, die Wende vom – angeblich „bösen" – Atom hin zu Sonne und Wind.

Die Nachricht klingt belanglos, eigentlich sogar ein wenig optimistisch: Versteckt in den Meldungsspalten der hinteren Wirtschaftsseiten erfährt der Leser (sofern er sich nicht längst dem Sportteil zugewandt hat), dass „der Windpark Riffgat in der Nordsee ans Stromnetz angeschlossen" wurde. Wie schön, wieder ein Stück Energiewende geschafft!

Wer weiterliest, wird bald ernüchtert. Die Anlage mit 30 gigantischen Windrädern erzeugt nicht etwa Strom, der dann umwelt- und gewissenfreundlich ins Netz gespeist wird. Nein, die Rotoren werden, damit sie nicht im Stillstand verrotten, weil die großen stromaufnehmenden Stromleitungen zum Festland nicht vor Mai fertig sind, nunmehr mit konventionell erzeugtem Strom aus dem öffentlichen Netz in Schwung gehalten; bislang hatte man das – nicht ganz so umweltfreundlich – mit Dieselöl gemacht.

Im Klartext: Für fast eine halbe Milliarde Euro setzen wir 30 Windmühlen (Rotordurchmesser 120 Meter) in den Nordseesand, die aber zunächst keinen Strom liefern, sondern Energie verbrauchen. Die Fehlplanung beim Bau der 80-Kilometer-Leitung vom Windpark ans Festland kostet den Stromkunden noch einmal 100 Millionen Euro – bisher.

Widerstand gegen Kosten, Stromtrassen und Windräder

Für den Fall, dass Riffgat noch vor dem Stuttgarter Hauptbahnhof und dem Berliner Flughafen in den wirtschaftlichen Betrieb übergehen kann, bahnt sich bereits das nächste Debakel an. Denn wenn vor Borkum die Winde weh'n, braucht die Landratte im Süden vielleicht gerade nicht so viel Strom. Der Wind (wie auch die Sonne) richten sich nun einmal nicht nach den Verbrauchsspitzen einer modernen Industrie- und Wohlstandsgesellschaft. Sie erzeugen ihren Strom am falschen Ort und zur falschen Zeit.

Für beides preisen die Verfechter der Energiewende Lösungen an. Um die in der Nordsee dermaleinst erzeugte Elektrizität dahin zu transportieren, wo er gebraucht wird, sollen leistungsstarke „Stromautobahnen" zu den Bevölkerungs- und Industrieballungszentren im Westen und Süden der Republik führen. Da aber hat die Politik die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die ansonsten recht eifrigen Vorkämpfer für „mehr Demokratie wagen" haben offensichtlich nicht damit gerechnet, dass den Stromtrassenbauern solch erbitterter Widerstand entgegenschlagen könnte.

Die Bürger wollen sich ihre Landschaft weder mit Windrädern und Sonnenkollektoren noch mit Überlandleitungen und Strommasten verschandeln lassen. Und sie wollen auch nicht mit immer höheren Kosten belastet werden. Selbst wenn man so vermessen ist, dahinter nur egoistische Kirchturmpolitik und irrationale Pseudoängste zu vermuten, hätte man solche Sorgen rechtzeitig ernstnehmen sollen. Ohne neue Stromtrassen aber kann man diese Energiewende vergessen!

Es geht zudem auch um die falsche Zeit. Wenn beispielsweise die Sonne am intensivsten Energie liefert, braucht die Gesellschaft am wenigsten davon. Also muss der Strom gespeichert werden, um dann zur richtigen Zeit zur Verfügung zu stehen.

Universitäten sowie Forschungs- und Entwicklungsabteilungen der Industrie bieten hier eine Reihe von technischen Lösungen an, wie Batterien oder Speicherseen. Zurzeit aber sind sie alle zu teuer, zu ineffizient oder politisch nicht durchsetzbar. Dennoch sollten wir für technische Angebote auf diesem Gebiet offen bleiben. Nicht zuletzt sind wir das dem Standort Deutschland und seiner Stellung in der Welt schuldig. *Hans-J. Mahlitz*



Pleiten, Pech und Pannen: „Strom fließt – in die ‚falsche Richtung'" lästerte der NDR über den Windpark Riffgat Bild: action press



Rohrkrepierer aus Brüssel

Kaum hatten die Schweizer den Eurokraten gezeigt, was sie von allzu viel EU halten, da schlug Brüssel zurück: Nun werde das geplante Abkommen über den gemeinsamen europäischen Strommarkt erst einmal auf Eis gelegt.

Die Eidgenossen könnten derartiges verkraften. Sie können ihren Strombedarf relativ problemlos aus einem gesunden Mix verschiedener Energiequellen stillen. Anders hingegen ihre Nachbarn in den umliegenden EU-Ländern. Sie sind auf die Schweiz als leistungsstarke Drehscheibe europäischer Stromflüsse angewiesen. Mehr als ein Zehntel der auf unserem Kontinent verbrauchten Elektrizität fließt durch Schweizer Netze. Oder eben nicht mehr, falls Brüssel abschaltet. Dann könnten Franzosen, Italiener, Österreicher und Deutsche in Spitzenzeiten im Dunkeln stehen.

Deutschland braucht Schweizer Stromnetze

Für Deutschland hätte der energiepolitische Rohrkrepierer aus Brüssel weitere Folgen. Für die Energiewende brauchen wir dringend Speicherkapazitäten, die wir nicht haben und so schnell wohl auch nicht bekommen werden. Die Alpenrepublik hingegen hat schon heute in hochgelegenen Pumpspeichern gewaltige Kapazitäten. Sie können – in Form von mit Elektrokraft hochgepumptem Wasser – die Energie von zwei Großkraftwerken aufnehmen und bei Bedarf teilweise wieder abgeben, indem das Wasser auf Generatorturbinen herabgelassen wird.

Und darauf will man verzichten, nur weil unsere Nachbarn nicht so abgestimmt haben, wie unsere politischen und gesellschaftlichen Eliten sich das gewünscht hätten? Das Volk würde, wenn man es denn ließe, übrigens bei uns vermutlich ähnlich votieren wie in der Schweiz – aber wohl kaum aus Begeisterung über die Energiewende. *H.J.M.*

Zauberwort Windgas

Auf neuen Wegen zum sauberen Strom?

Auf neuen Wegen versucht der Kraftwerkbetreiber Eon, die Energiewende finanzierbar und praktikabel zu machen. Das jüngste Zauberwort heißt Windgas.

In einer Pilotanlage im brandenburgischen Falkenhagen wird in Zeiten niedrigen Verbrauchs überschüssiger Strom aus Windkraftwerken speicherbar und transportfähig gemacht, indem man ihn zur Produktion von Gas nutzt.

Per Elektrolyse wird Wasser in Sauerstoff und Wasserstoff gespalten. Letzterer wird in das regionale Ferngasnetz eingespeist, und zwar bis zu einem Anteil von fünf Prozent. Die Mischung in den Leitungen bleibt damit völlig ungefährlich und verursacht auch keine Schäden an den Gasleitungen. Eon bietet den Verbrauchern mit einem Arbeitspreis von knapp sieben Cent pro Kilowattstunde und einem jährlichen Grundpreis von 157 Euro durchaus konkurrenzfähige Tarife an.

Eine ebenfalls zurzeit erprobte Alternative zur Einspeisung von Wasserstoff ist dessen weitere Verarbeitung zu Methan, das dann ohne Begrenzung der Konzentration in die öffentlichen Ferngasnetze eingespeist werden kann. Auch hier sollen Wind oder Sonne als Energiequelle für den chemischen Prozess dienen, der allerdings heute noch unzumutbar hohe Kosten verursacht.

Fraunhofer-Institut und Bundesnetzagentur räumen diesen Technologien gute Zukunftschancen ein. Sollte die Bundesregierung ihr ehrgeiziges Ziel erreichen und im Jahr 2050 tatsächlich 80 Prozent des Stroms aus regenerativen Quellen erzeugen, würden Speicherkapazitäten von rund 30 Terawattstunden (30 Billionen Watt) benötigt, um die bei Sonne und Wind unvermeidlichen örtlichen und zeitlichen Schwankungen auszugleichen.

Eon verwandelt Strom aus Wind und Sonne in Gas

Das deutsche Erdgasnetz (450 000 Kilometer Leitungen, 47 Speicher) hat aber schon heute eine Kapazität von 200 Terawattstunden. Hier könnte also der gesamte Verbrauch für mehrere Monate gelagert werden.

Außer Eon betreiben auch andere Konzerne und Forschungsinstitute in Deutschland seit etwa drei Jahren kleinere Versuchsanlagen. Ganz so neu ist diese Technologie allerdings nicht.

Im Zeichen der Erdölkrise experimentierte der Professor Rudolf Schulten schon vor vier Jahrzehnten an der damaligen Kernforschungsanlage Jülich mit der Vergasung von Kohle. Allerdings hatte er noch nichts mit Wind oder Sonne im Sinn, sondern wollte die in „seinem" Hochtemperaturreaktor anfallende hohe Prozesswärme zur Herstellung von Wasserstoff oder Methan nutzen. Die Jülicher Installation namens EVA (Einzelspaltrohr-Versuchs-Anlage) endete freilich ebenso wie der dazugehörige Kugelhaufenreaktor (THTR) in Hamm als teure Industrieruine.

So schließt sich der Kreislauf: Die gleiche Technologie, die damals der aufkommenden Anti-Atom-Bewegung und den von ihr erzeugten Ängsten zum Opfer fiel, soll heute helfen, den Ausstieg aus der Atomenergie zu verwirklichen. *H.J.M.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Hans-Jürgen Mahlitz, Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de
E-Mail:
redaktion@ preussische-allgemeine.de
anzeigen@ preussische-allgemeine.de
vertrieb@ preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **1102**

Mit leeren Phrasen eingeschläfert

Auch in diesem EU-Wahlkampf machen die etablierten Parteien keine Anstalten, Wählerwünschen zu folgen

Für die meisten Deutschen ist die EU ein abstraktes Konstrukt. Zwar betonen die etablierten Parteien, wie wertvoll dieses sei, unternehmen aber nichts, um es den Menschen wirklich näherzubringen.

„Europa eine neue Richtung geben." Mit diesen Worten ist das Programm der SPD zur EU-Wahl im Mai überschrieben. Die Sozialdemokraten wollen ganz groß rauskommen bei diesem ersten Mal, bei dem das EU-Parlament bei der Wahl des EU-Kommissionspräsidenten mitreden kann. Der SPD-Spitzenkandidat Martin Schulz soll Nachfolger von EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso und somit einer der maßgeblichen Strippenzieher in der EU werden. „Einer von uns" soll der Slogan sein, der über dem Konterfei des jetzigen EU-Parlamentspräsidenten prangt, das bald in der gesamten Bundesrepublik Deutschland zu sehen sein soll. 9000 Werbegroßflächen will die Partei im EU-Wahlkampf insgesamt plakatieren, 17 Großveranstaltungen soll Schulz besuchen, zudem im EU-Ausland für sich werben. 10,3 Millionen Euro sollen im Ringen um die Macht in der EU investiert werden und 80 Mitarbeiter steuern den Wahlkampf.

Doch vieles spricht dafür, dass die SPD trotz des großen Einsatzes wenig Beifall ernten wird. Immerhin kennen laut TNS Infratest 69 Prozent der Bundesbürger Schulz, was ein hoher Bekanntheitsgrad für einen EU-Politiker ist, allerdings sind es eher Schlagzeilen des Boulevard über den ehemaligen Buchhändler und Ex-Bürgermeister von Würselen – wie zu seiner umstrittenen Rede im israelischen Abgeordnetenhaus vor wenigen Tagen –, die ihm Bekanntheit verschaffen. Trotzdem: „Einer von uns", so bewirbt ihn die SPD, völlig außer Acht lassend, dass laut mehreren Umfragen bei Europa-Themen deutschnationale Einstellungen dominieren, Schulz hingegen hat stets deutlich macht, dass er sich keineswegs als „einer von uns" – also weder als Deutscher noch als deutscher Sozialdemokrat – fühlt. Dem seit 1994 im EU-Parlament sitzenden 58-Jährigen ist die EU inzwischen ins Blut übergegangen, falls er jemals ein Gespür für speziell deutsche Befindlichkeiten gehabt haben sollte, ist ihm dieses in den letzten beiden Jahrzehnten völlig abhanden gekommen.



Bild: Getty

SPD-Spitzenkandidat Martin Schulz: „Einer von uns" bewirbt ihn seine Partei. Doch was meint sie damit?

Aber auch der SPD scheint die Bodenhaftung zu fehlen. Zwar erwähnt sie gleich zu Beginn ihres Wahlprogrammes, dass Europa in keinem guten Zustand sei und immer mehr Bürger mit der EU hart ins Gericht gehen würden, weil sie zu bürokratisch und abgehoben sei, doch statt konkreter Reformvorschläge für die Institutionen der EU an sich, folgen Sätze wie „Vertrauen in die europäische Idee zurückgewinnen" und „Ein Europa der Bürgerinnen und Bürger – nicht der Banken und Spekulanten".

> »Eigentlich ist die Europawahl ... auch gar keine Wahl«

So solle sich die EU auf das Wesentliche konzentrieren, fordert die SPD und ist damit im Club mit allen anderen Parteien, die dann gleichzeitig über die EU bestimmte parteipolitische Ideen verwirklicht sehen wollen. Bei der SPD ist es die Bankenunion, bei der Partei „Die Linke" die Vermögenssteuer, bei den Grünen mehr „Klimaschutz", bei der CDU/CSU mehr Kontrolle bei den nationalen Staatshaushalten durch die EU-Kommission. Die FDP ist vor allem bemüht, sich von der EU-kritischen Partei „Alternative für Deutschland" (AfD) abzugrenzen, so dass ihr zum Start des EU-Wahlkampfes vorgestelltes Wahlprogramm kaum haften geblieben ist, nur dass die EU-Kommission verkleinert werden soll, aber ansonsten die EU eine tolle Errungenschaft sei. Und nachdem selbst die Linkspartei bei der Wahl ihrer EU-Spitzenkandidatin ihre bisherige EU-Kritik zurücknahm, um ja nicht mit der AfD verglichen zu werden und sich zugleich auf eine Koalition mit SPD und Grünen auf Bundesebene vorzubereiten, haben die Wähler bei der EU-Wahl letztendlich kaum eine wirkliche Wahl. Immerhin kritisierte Linksparteivize Sahra Wagenknecht die EU als „Fassadendemokratie", zuvor geforderte Zuschreibungen wie „neoliberal", „militaristisch" und „weithin undemokratische Macht" wurden jedoch nicht ins Wahlprogramm aufgenommen.

Da am Tag der EU-Wahl in zehn Bundesländern zeitgleich Kommunalwahlen stattfinden, hoffen die Parteien, ihre Anhänger mobilisieren zu können. Bei den letzten drei EU-Wahlen lag die Beteiligung bei rund 45 Prozent. 1979 waren es noch 66 Prozent, obwohl die EU damals keineswegs so stark in das Leben der Bürger eingriff, wie es heute der Fall ist. Umfragen belegen zwar, dass die Deutschen nicht gegen die EU an sich sind, doch sie wollen sie anders. So wünschen laut einer für den „Focus" vom Meinungsforschungsinstitut Insa durchgeführten Befragung 54 Prozent, dass Kompetenzen von der EU zurück auf die nationale Ebene verlagert werden. Richtig aufgenommen wird dieser Wunsch nur von der CSU und der AfD. Zwar betonen auch die anderen, sie seien für „Subsidiarität", sprich, dass Aufgaben von der politischen Ebene übernommen werden, die am dichtesten dran ist, doch schon das Wort ist den meisten Bürgern genauso fremd wie die EU.

„Eigentlich ist die Europawahl ... auch gar keine Wahl. Das ist eine Veranstaltung, aber keine Wahl, weil ihr alle Elemente einer Wahl fehlen." Mit diesen nahezu schockierend offenen Worten konfrontierte Forsa-Chef Manfred Güllner in einem Interview eine Redakteurin der Wochenzeitung „Die Zeit". Güllner begründete seine Aussage damit, dass die meisten Bürger die Spitzenkandidaten nicht kennen würden und kaum einer wisse, was das EU-Parlament mache. Zudem gebe es keine europäische Regierung. „Die Kommission ist eher ein abstraktes Konstrukt, das überwiegend auffällt durch Dinge, über die man den Kopf schüttelt." Zwar werde Europa für den Alltag der Menschen durch seine vielen Verordnungen immer wichtiger, trotzdem sei es für die Menschen keine fassbare Größe. *Rebecca Bellano*

MELDUNGEN

Keine Erinnerung an Vertreibung

Düsseldorf – „Die CDU-Fraktion bleibt dabei: Auf dem Gelände der ehemaligen Landesstelle für Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler in Unna-Massen muss ein würdiges Erinnerungszeichen sowie ein Konzept für eine wissenschaftlich begleitete Ausstellung entwickelt werden", fordert die CDU in Nordrhein-Westfalen. Sie beruft sich auf einen Beschluss des Kulturausschusses des Landtages 2010, der jedoch von der rot-grünen Landesregierung gekippt wurde. Auch die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung der NRW-CDU bedauert, dass nicht Teile der ehemaligen Landesstelle in eine Stätte der Erinnerung an die Vertreibung der Deutschen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und aus den ost- und südosteuropäischen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg umgewandelt werden. *Bel*

Aufruf zur Opferehrung

Frankfurt a.M. – Bürger aus dem Frankfurter Raum haben den „Frankfurter Aufruf" als Appell für ein ehrenvolles Gedenken an die gefallenen deutschen Soldaten und Zivilopfer des Ersten Weltkrieges veröffentlicht. Damit wollen sie „den gedenk- und erinnerungspolitischen Leerraum, den die offizielle deutsche Politik im Jahr 2014 offenbart", mit einem würdigen Erinnern an die Opfer als „Bestandteil unserer historisch-kulturellen Identität" beantworten. Die Erstunterzeichner sehen ihren Aufruf als „Signal an geschichtsbewusste Bürger in vielen Städten und Gemeinden des deutschsprachigen Raumes, der deutschen Toten des Ersten Weltkrieges würdevoll zu gedenken". Sie wünschen sich weite Verbreitung und Mitunterzeichnung. Kontakt: frankfurter-aufruf@gmx.de. Infos: www.facebook.com/FrankfurterAufruf; www.freie-waehler-frankfurt.de. *J.H.*

EU attackiert Meisterbrief

Arbeitslose Europäer sollen leichter im deutschen Bau unterkommen

Nach Ansicht der EU-Kommission gibt es zu viele regulierte Berufe. Die Mitgliedsstaaten sollen nun in den nächsten Monaten die Berufe überprüfen, für deren Ausübung bestimmte Titel, Abschlüsse oder Qualifikationen notwendig sind oder die Berufsbezeichnung geschützt ist. Dazu gehören Architekten, Ärzte, Elektrotechniker, Rechtsberufe und auch Handwerksberufe. Vor allem für Deutschland können die EU-Pläne einen massiven Eingriff in das duale Ausbildungssystem bedeuten. Zudem ist der deutsche Meisterbrief in Brüssel in Ungnade gefallen.

Gemäß einer Richtlinie des EU-Parlaments und des EU-Rates vom 20. November 2013 sollen die Länder Schritte zur weiteren Angleichung ihrer Berufsqualifikationen vorbereiten, um das Wirtschaftswachstum zu steigern und Arbeitsstellen zu schaffen. Auch soll die Einführung eines Europäischen Berufsausweises im Rahmen eines allgemeinen Systems zur Anerkennung von Ausbildungsnachweisen erfolgen.

Bereits im Mai 2013 forderte die Kommission in ihren Empfehlungen zum nationalen Reformprogramm, dass Deutschland stärker an der Öffnung des Dienstleistungssektors arbeiten solle, weil Meisterbriefe oder gleichwertige Qualifikationen ungerechtfertigte Beschränkungen und Marktzutrittsschranken seien.

Hans Peter Wollseifer, Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks, kritisiert das Einmischen der EU: „Die duale Ausbildung in Deutschland ist in Gefahr durch neue Pläne aus Brüssel. Die Europäische Kommission arbeitet intensiv daran, bewährte und notwendige Qualifikationsanforderungen abzuschaffen und droht so, gewachsene Ausbildungs- und Qualitätsstandards zu zerstören – gerade im Bau- und im verarbeitenden Gewerbe." Letztlich führe dies dazu, „dass der deutsche Meisterbrief und die duale Ausbildung im Handwerk auf Druck aus Europa ausgehöhlt werden". Auch die Bundesregierung will für den Meisterbrief eintreten und bekannte sich hierzu im Koalitionsvertrag von Union und SPD.

> Eine Senkung der Qualitätsstandards zulasten der Kunden

Anders als von der EU gewollt, versucht Spanien das deutsche Modell zu kopieren. Die Arbeitsmarktreformen in dem Land haben seit 2012 dazu geführt, dass beispielsweise der Autohersteller Seat das deutsche duale Ausbildungssystem übernahm, um Theorie und Praxis stärker miteinander zu verknüpfen. Nach Seat-Personalvorstand Josef Schelchshorn erhöhe das nicht nur die Chancen der Arbeitnehmer, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, sondern verbessere auch die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens.

Da die EU-Kommission bei ihren Plänen den Schwerpunkt auf dem Bausektor legt, dürfte es ihr weniger um allgemeine „Wettbewerbsverzerrungen" gehen als vielmehr darum, arbeitslosen Bauarbeitern einen leichteren Marktzugang in anderen EU-Ländern zu öffnen. Der Zentralverband des Deutschen Handwerks zu verschaffen, dass das Senken von Qualitätsstandards nicht die Probleme auf den Arbeitsmärkten anderer europäischer Länder lösen werde und den Verbrauchern schade.

Zu befürchten ist jedoch, dass die EU-Kommission derartige Argumente ignoriert. Erfüllt Deutschland die Vorgaben aus Brüssel nicht, drohen ein neues Vertragsverletzungsverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof und Geldstrafen. *Ulrich Blode*

Aus dem Bauch heraus

Kommunalwahl in Bayern für CSU schwer planbar

Bayern im Kommunalwahlfieber: Insgesamt 39 000 Mandate werden am 16. März vergeben. Als landesweiter Stimmungstest sind diese Wahlen jedoch kaum geeignet, da viele lokale Eigenheiten und Persönlichkeiten die Ergebnisse beeinflussen. Dennoch hat die CSU spätestens seit dem Amtsantritt von Horst Seehofer 2008 sehr viel Kraft aufgewendet, um sich als „die" Kommunalpartei zu etablieren. So erhöhte Finanzminister Markus Söder jüngst den kommunalen Finanzausgleich massiv auf mittlerweile über acht Milliarden Euro im Jahr. Sogar Bürgermeister und Landräte konkurrierender Parteien loben die Staatsregierung dafür in den höchsten Tönen. Außerdem hat der Bund bei der letzten Hartz-IV-Reform – auf Betreiben der CSU – den Kommunen milliardenschwere Lasten im Sozialbereich abgenommen.

Die Frage für die CSU ist nur: Wie viele Wähler interessieren diese Hintergründe? Fünf oder doch eher zehn Prozent? Die allermeisten Wähler vergeben ihre Stimmen doch eher nach persönlicher Bekanntheit, Sympathie, Ansehen und Aussehen der Kandidaten. Daher sind Prognosen schwierig. Ziemlich sicher dürfte nur sein, dass die allermeisten Amtsinhaber wiedergewählt werden. „Eher kann man eine eingefettete Sau am Schwanz aus dem Stall zerren, als einen Landrat aus seinem Amt." Dieser kräftige Ausspruch wird Franz Josef Strauß zugeschrieben.

Spannend ist es dort, wo populäre Amtsinhaber nicht mehr antreten, wie in München und Regensburg, oder wo sie Verfehlungen begangen haben – wie im Kreis Miesbach. Der dortige Landrat Jakob Kreidl hat so ziemlich keinen Skandal ausgelassen. Er hatte, da war er noch im Landtag, auf Steuerzahlerkosten seine Frau beschäftigt. Dann wurde ihm der Doktortitel entzogen – man munkelt, dass er seine Dissertation fast komplett abgeschrieben habe. Doch all das hat ihn nicht weiter erschüttert. Erst die von der Kreissparkasse massiv geförderte Geburtstagsparty für 118 000 Euro brach ihm das Genick: Er musste zurücktreten, wenn auch nur als Präsident des Landkreistags. Als Landrat kandidiert er erneut, was eine schwere Belastung für die CSU ist. Aber es ist jetzt zu kurzfristig, einen neuen Kandidaten aufzustellen. Größenwahn kommt auch im Voralpenland vor dem Fall.

> Bleibt die Stadt München in SPD-Hand?

In München, der dank Christian Udes (SPD) Misswirtschaft trotz Wirtschaftsbooms höchstverschuldeten Kommune Bayerns, wird eine Stichwahl zwischen dem SPD-Kandidaten Dieter Reiter und dem CSU-Mann Josef „Seppi" Schmid erwartet. In Nürnberg, Fürth und Passau dürften die populären SPD-Amtsinhaber klar wiedergewählt werden; in Augsburg, Erlangen und Schwabach die sehr erfolgreichen der CSU. In Augsburg und Regensburg hat sich die jahrelang zutiefst zerstrittene örtliche CSU rechtzeitig wieder zusammengerauft. In Regensburg gilt es, den Nachfolger des allseits respektierten langjährigen Städtetags-Präsidenten Hans Schaidinger (CSU) zu bestimmen. Ein etwas skurriles Duell gibt es in Würzburg (bisher SPD-regiert): SPD und Grüne haben den bisherigen Kulturreferenten, einen Halbpalästinenser namens Muchtar al Ghusain, aufgestellt. Die CSU schickt dagegen einen Hessen-Import mit CDU-Parteibuch ins Rennen, den bisherigen Stadtkämmerer Christian Schuchardt. Man darf gespannt sein. *Anton Heinrich*

MELDUNGEN

Alle wollen der Ukraine »helfen«

Kiew – Der russische Finanzminister Anton Siluanow hat der Ukraine eine weitere Tranche von zwei Milliarden US-Dollar der versprochenen 15-Milliarden-Dollar-Hilfe noch für diese Woche in Aussicht gestellt. Just am selben Tag empfing Bundeskanzlerin Angela Merkel die ukrainischen Oppositionsführer Vitalij Klitschko und Arsenij Jazenjuk in Berlin, um Gespräche über die Beilegung des Konflikts und die Zukunft der Ukraine zu führen. Dabei wurde auch über die Unterstützung einer neuen Regierung über Kredite des IWF und europäischer Institute in Höhe von 610 Millionen Euro verhandelt. Dieses Treffen dürfte Siluanow, der vor Kurzem weitere Finanzhilfen für Kiew ausgesetzt hatte, zum Umdenken bewegt haben. *MRK*

US-Staatsbürger verzichten

Washington – Immer mehr US-Amerikaner verzichten freiwillig auf ihre Staatsbürgerschaft. Nach Angaben des US-Finanzministeriums gaben 2013 rund 3000 US-Bürger ihren Pass ab, gegenüber knapp 1800 im Vorjahr. Wer die US-Staatsbürgerschaft zurückgibt, wird automatisch in einer FBI-Liste mit verdächtigen Personen geführt. Danach sind es sogar über 4600. Damit setzt sich ein seit Jahren anhaltender Trend fort. Dieses Phänomen betrifft vorwiegend im Ausland lebende US-Bürger und hat steuerliche Gründe. Denn seit 2010 sind auch im Ausland lebende US-Bürger im Inland steuerpflichtig. Verstöße gegen die Melde- und Zahlungspflichten werden mit hohen Geldstrafen geahndet. Zudem zwingt die US-Regierung ausländische Geldinstitute dazu, ihre Kunden mit US-Staatsbürgerschaft zu melden. Andernfalls drohen ihnen Sanktionen in den USA. Doch auch immer mehr im Inland lebende US-Amerikaner geben ihren Pass zurück. Grund sind die schlechten wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse im Land. *J.H.*

Alter Krieg mit neuen Fronten

Zwar zieht der Westen Ende des Jahres die meisten seiner Soldaten ab, doch Afghanistan drohen neue Kämpfe

Dass momentan ganz massiv die Botschaft von einer gestiegenen „außenpolitischen Verantwortung“ Deutschlands unters Volk gebracht wird, kann man unter anderem auch als Versuch einer propagandistischen Vorab-Schadensbegrenzung auffassen. Mit dem anstehenden Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan wird unvermeidlich auch eine Schlussbilanz des zwölf Jahre währenden Auslandseinsatzes gezogen werden – diese droht desaströs auszufallen.

Von Bundespräsident Joachim Gauck über Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) bis hin zur Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) reicht die Allianz der Politiker, die derzeit alle in erstaunlicher Einigkeit ganz massiv für eine Richtungsänderung in der deutschen Außenpolitik trommeln. Dass die Forderung, Deutschland solle mehr außenpolitische Verantwortung übernehmen, gerade jetzt so konzentriert ertönt, dürfte kein Zufall sein. Bis zum Jahresende steht der weitgehende Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan an. Parallel wird in der deutschen Öffentlichkeit der Versuch einer abschließenden Bilanz des Einsatzes in Gang kommen. Schon jetzt ist absehbar, dass die Großkoalitionäre von Union und SPD ein Problem damit haben werden, den deutschen Einsatz am Hindukusch noch als Erfolg zu verkaufen. Mehr noch: Bei einer nüchternen Bilanz dürfte es künftig noch schwieriger werden, Argumente zu finden, warum deutsche Soldaten in allen möglichen Krisenherden der Welt zum Einsatz kommen sollen.

Zehn Monate vor dem weitgehenden Abzug der westlichen Truppen aus Afghanistan mehren sich die Zeichen, dass das politische Konstrukt, das die USA mit ihrer Invasion errichtet haben, schon wieder in Auflösung ist. Im Klartext: Milliardenkosten und hunderte Gefallene könnten letztendlich völlig umsonst gewesen sein. Unübersehbar ist etwa, dass der ursprünglich von Washington selbst installierte Präsident Hamid Karzai immer mehr von der Stange geht. Bereits im November sollen einem Bericht der „New York Times“ zufolge Geheimgespräche zwischen der Kabuler Regierung und den Taliban über die Zukunft Afghanistans aufgenommen worden sein.

Zwar hatten westliche Regierungen solche Gespräche mit den Taliban selbst immer wieder gefordert. Misstrauen erweckt aber Karzais Geheimdiplomatie, die von einem immer aggressiveren Tonfall aus dem Kabuler Präsidentenpalast begleitet wird. Beharrlich weigert sich Karzai zudem, seine Unterschrift unter ein Sicherheitsabkommen mit den USA zu setzen. Nötig ist der Vertrag, um im Rahmen der Nato-Folgemission „Resolute Support“ auch nach 2014 noch rund 12 000 Nato-Soldaten in Afghanistan zu stationieren. Im April sind zwar Präsidentschaftswahlen, aber die Liste der Bewerber lässt schon erahnen, dass Karzais Nachfolger auf keinen Fall pflegeleichter wird. Manche Kandidaten sind sogar derart

> Warlords, Taliban und Drogenbarone ringen um die Macht

historisch belastet, wie der ultrakonservative islamistische Kriegsfürst Abdul Rasul Sayyaf, dem Kontakte zu den Taliban und sogar einst zu Osama bin Laden nachgesagt werden, dass Karzai plötzlich wieder wie ein Freund des Westens wirkt.

In das Bild, dass das Land zurück in die Vergangenheit strebt, passt, dass die Regierung 65 mutmaßliche Taliban-Kämpfer aus der Haft entlassen hat – ungeachtet heftiger Proteste Washingtons. Auf die faktische Rehabilitierung der Taliban-Herrschaft läuft auch die Entwicklung bei den Menschenrechten hinaus. Erst wenige Tage ist es her, dass die Rechte der afghanischen Frauen wieder auf ein Niveau wie zu Taliban-Zeiten zurückgeschraubt wurden. Das afghanische Parlament hat ein Gesetz verabschiedet, das Männern, die Frauen misshandeln, faktisch Straffreiheit garantiert.

Solche Zeichen einer zunehmenden Islamisierung werden hierzulande ebenso gern mit Schweigen übergangen wie Afghanistans Aufstieg zur Drogengroßmacht unter westlicher Besetzung. Nachdem über zwölf Jahre Nato-Truppen im Land stehen, ist Afghanistan mittlerweile für etwa 80 Prozent der weltweiten Opiumproduktion verantwortlich, so das UN-Büro zur Drogenbekämpfung (UNODC). Offen ist, welche Kräfte das Machtvakuum füllen werden, das sich nach dem Abzug westlicher Truppen in Afghanistan ab 2015 auftun wird. Warlords, Drogenbarone und Stammesfürsten werden mit Sicherheit ihre Macht gegen eine schwache Zentralmacht in Kabul ausbauen. Afghanistan könnte so in kürzester Frist endgültig zu einem „failed state“, einem gescheiterten Staat, werden, der allenfalls als Drogengroßmacht eine Zukunft hat.

Mit der jüngsten Annäherung zwischen dem Iran und den USA wird nach Georg Friedman vom geopolitischen Informationsdienst Stratfor allerdings noch eine andere Entwicklung zunehmend wahrscheinlicher. Afghanistan droht zum Schlachtfeld zu werden, auf dem Saudi-Arabien und der Iran ihre sunnitisch-schiitische Rivalität militärisch austragen. Einen Ansatzpunkt bietet die Lage vieler Taliban-Gruppen, denen zunehmend Geld für Munition und Verpflegung fehlt. Bemerkbar macht sich, dass reiche arabische Geldgeber in letzter Zeit ihre Unterstützung für die Taliban zugunsten von Dschihadisten in Syrien und dem Irak zurückgeschraubt haben. Persönliche Bereicherung einzelner Taliban-Führer und ihrer Spendeneintreiber in Pakistan verschärfen die Lage noch. Lediglich Pakistans Geheimdienst ISI scheint an der Finanzierung ihm genehmer Taliban unverändert festgehalten zu haben. Für die Saudis bietet es sich förmlich an, Taliban-Gruppen künftig finanziell stärker unter die Arme zu greifen, um so Druck auf den benachbarten Iran auszuüben. Ein guter Draht zu Präsident Karzai und zu Teilen der Taliban wird aber auch Teheran nachgesagt. Spätestens wenn das Szenario eines saudisch-iranischen Stellvertreterkriegs auf afghanischem Boden Realität wird, wäre es Zeit für den Abzug auch der letzten westlichen Soldaten. Was nach bisherigen Planungen ab 2015 noch an Nato-Truppen verbleiben soll, ist nach Ansicht von Pentagon-Strategen im Notfall maximal nur noch zur Selbstverteidigung in der Lage. *Norman Hanert*



Afghanistan 2014: Die Präsidentschaftswahl könnte das Land zurück in seine Vergangenheit führen Bild: pa

Ohne Auftrag

US-Waffenschmiede macht sich selbstständig

Kampfflugzeug-Entwicklungen auf eigenes Risiko sind selten. Üblicherweise definiert das Militär die Fähigkeiten und den Bedarf eines neuen Waffensystems, bevor die Industrie mit der Entwicklung beginnt. Die „Scorpion“ aus dem Hause des US-Konzerns Bell Textron, weltgrößter Hersteller von Militärhubschraubern, ist eine der Ausnahmen. Nach einer Entwicklungszeit von 24 Monaten startete das leichte Mehrzweckkampfflugzeug kürzlich zum Erstflug.

Die „Scorpion“ ist ein leichter, zweisitziger Jet mit zwei Triebwerken für die unspektakulären Aufträge wie Grenzüberwachung, Bekämpfung von Hubschraubern und kleineren Flugzeugen, Einsätze gegen Guerillas oder luftpolizeiliche Aufgaben wie das Identifizieren und Eskortieren verirrter Sportflieger oder das Koordinieren von Hilfsmaßnahmen bei Naturkatastrophen. Der Jet kann bis zu 2,8 Tonnen Waffen und Sensoren tragen und erreicht bis zu fünf Stunden Flugdauer. Angeregt wurde die „Scorpion“-Entwicklung von den Kriegserfahrungen über dem Irak und Afghanistan, wo hochgezüchtete Elektronik und Wendigkeit weniger zählten als lange Einsatzdauer und hohe Waffenlast. Die „Scorpion“ soll genau das liefern und billiger sein – weniger als 3000 Dollar pro Flugstunde, während eine F-16 bei 24 899 Dollar pro Stunde liegt. Als Stückpreis nennt Bell Textron eine Summe von „weniger als 20 Millionen Dollar“, also kein Vergleich zu Kampfflugzeugen wie der F-35, die pro Stück um die 100 Millionen Dollar kosten. Die U.S. Air Force hat bisher kein Interesse an der „Scorpion“ gezeigt. Bell-Vertreter sprechen jedoch von mindestens einem Land, das sich für ihr Produkt interessiert.

> Bell Textron entwickelt ohne Staatsorder Jet

Bell Textron zielt mit seinem Projekt auf Luftstreitkräfte mit kleinem Budget, die nur wenige Hochleistungsjets bezahlen können, aber auch Flugzeuge für die weniger glamourösen Aufgaben benötigen. Die erfüllen zurzeit umgerüstete Turboprop-Trainer und Hubschrauber. Aber auch für die fliegenden Verbände der US-Nationalgarde und als Ablösung älterer Erdkampfflugzeuge wäre die „Scorpion“ denkbar – und damit eines Tages auch für die US-Luftwaffe.. *F. List*

Furcht vor usbekischem Dschihad

Radikale Islamisten: Trainingslager nicht nur in Zentralasien, sondern auch in Russland

Videobotschaften wie die eines vierjährigen usbekischen Jungen, der mit einem Maschinengewehr auf Ungläubige zielt, sollen Andersgläubige schockieren. Usbekische Mudschaheddin (Gotteskrieger) treten immer offensiver auf. Sie machen keinen Hehl daraus, dass sie an der Seite der Aufständischen in Syrien kämpfen. Zurzeit sollen sich über 500 Mudschaheddin aus Usbekistan in Syrien aufhalten. Weitere kommen aus Kirgisien und Tadschikistan.

Bereits im Herbst vergangenen Jahres kursierten Informationen darüber, dass etwa 4000 Salafisten, die aus ehemaligen GUS-Ländern stammen, an den Kämpfen in Syrien beteiligt sind. Sie werden in Trainingslagern im Nordkaukasus ausgebildet. Das war bisher schon bekannt. Überraschend hingegen ist die Aussage eines usbekischen Mudschaheddin, der in einem Interview gegenüber dem russischen Nachrichtenportal „Robalt“ behauptete, sowohl in kirgisischen als auch russischen Trainingslagern ausgebildet worden zu sein.

Meldungen wie diese alarmieren die russische Gesellschaft, die ohnehin eine schleichende Überfremdung befürchtet und eine strengere Kontrolle der Zuwanderung von Migranten aus Zentralasien fordert.

Die Gefahr, dass Mudschaheddin in Syrien Kriegserfahrungen sammeln und wissen, wie man Massenvernichtungswaffen herstellen kann, sieht auch der russische Militärexperte Jurij Netkatschow: „Intelligente Terroristen sind äußerst gefährlich. Meines Erachtens sollte Russland ein Präventionssystem entwickeln, damit solche Personen nicht in unser Staatsgebiet kommen. Als erstes sollten die Grenzkontrollen verschärft und eine Visapflicht mit GUS-Ländern eingeführt werden.“

> »Unabhängige« Moscheen nutzen Versammlungsfreiheit

Die unkontrollierte Ausbreitung radikalislmischer Gemeinden wird durch die derzeitige russische Gesetzgebung erleichtert. Während in Usbekistan und Tadschikistan das muslimische Leben streng vom Staat kontrolliert wird, müssen sich Moscheen in Russland nicht zwangsläufig registrieren lassen. Weil nach westlichen Standards Versammlungsfreiheit gesetzlich garantiert ist, können radikale Gebetsschulen im Dunkeln operieren. Die meisten dieser „unabhängigen“ Moscheen verbreiten den Salafismus, eine von Saudi-Arabien verbreitete Ausrichtung des Islam, die sich gegen jede Neuerung wehrt und den Glauben aus der Zeit des Propheten Mohammed verteidigt. Anhänger dieser Auslegung des Islam gab es in Russland schon in den 70er Jahren, aber erst durch den ersten Kaukasuskrieg, als viele Freiwillige aus Saudi-Arabien ins Land kamen, wurden die dortigen Moscheen radikalisiert. Wahhabiten und Salafisten locken die Gläubigen damit, dass sie besonders freundlich und brüderlich auftreten.

Die massenhafte Arbeitsmigration von Mittelasien nach Russland seit Anfang der 90er Jahre hat die Verbreitung des Salafismus begünstigt. Damals knüpften mittelasiatische und nordkaukasische Islamisten erste Kontakte. Große Zentren der Salafisten gibt es überall dort, wo besonders viele Migranten leben, vorwiegend in den Großstädten Moskau und St. Petersburg, aber auch in den westsibirischen Ölzentren wie der Großstadt Surgut am Ob. Die große Gefahr liegt darin, dass die Mudschaheddin längst ein grenzübergreifendes Netz gespannt haben. Sie sehen sich als geschlossene Kraft, deshalb muss ein echter Gläubiger die Region für seinen Dschihad wählen, die als strategisch wichtig für die Muslime der ganzen Welt erscheint. Zurzeit ist das Syrien. Kirgisen und Usbeken gelangen über die Türkei dorthin. Einige sollen über Jordanien und sogar über Israel nach Syrien gelangen. Die fanatischen Islamisten stehen Al-Kaida nahe. Wo sie die Oberhand erlangen. führen sie mittelalterliche Gesetze ein. Scharia-Gerichte lynchen Menschen selbst wegen kleinster Vergehen

Die Nachricht über Ausbildungslager für Mudschaheddin auf russischem Territorium dürfte die Regierung in höchste Alarmbereitschaft versetzen. In den vergangenen Jahren sind russische Städte wiederholt Ziel terroristischer Anschläge geworden, zuletzt Wolgograd vor Austragung der Olympischen Winterspiele. Auf weitere Terrorwarnungen hat Russland reagiert: Für die Zeit der Olympischen Spiele wurde die Grenze zu Abchasien dicht gemacht. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Euro: Berlusconi drohte mit Austritt

Kostete ihn diese Andeutung 2011 sein Amt als Ministerpräsident? Dubiose Rolle von Goldman Sachs

Sowohl im ganz linken Lager als auch unter Anhängern von Silvio Berlusconi war schon bisher in Italien die Ansicht weit verbreitet, dass der Rücktritt des „Cavaliere" als italienischer Ministerpräsident im Jahr 2011 durch eine Intrige herbeigeführt worden war. Jüngste Enthüllungen sprechen dafür, dass Berlusconi tatsächlich nach einem geheimen Plan gezielt abserviert wurde.

Passend zu dem Rücktritt von Italiens Ministerpräsident Enrico Letta sind nun Details der Entmachtung Berlusconis im November 2011 aufgedeckt worden, die ein völlig neues Licht auf die damaligen Vorgänge werfen. Die bisher verbreitete Lesart lautet in Kurzform wie folgt: Zweifel an der Bonität Italiens führten dazu, dass die Zinskosten für italienische Staatsanleihen im Laufe des Jahres 2011 immer höher wurden, bis an den Märkten sogar die Gefahr eines italienischen Staatsbankrotts diskutiert wurde. Quasi als Retter in der letzten Minute löste dann der parteilose Fachmann Mario Monti den Hallodri Berlusconi ab und entschärfte die Situation.

Der „Financial Times" ist es zu verdanken, dass nun Details öffentlich wurden, welche die bisherige Darstellung in Frage stellen. Knackpunkt ist die neue Information, dass Monti bereits im Laufe des Sommers 2011 von Staatspräsident Giorgio Napolitano angesprochen worden war, ob er bereit sei, Berlusconi abzulösen. Monti tauchte also keineswegs auf dem Höhepunkt der Krise auf.

Mit Kenntnis dieser bisher unbekannten monatelangen Vorlaufzeit erscheint ein „Brandbrief" der EZB an Berlusconi vom August 2011 nun in einem völlig neuen Licht. Unterzeichnet vom scheidenden EZB-Chef Jean-Claude Trichet und seinem designierten Nachfolger Mario Draghi wurde Berlusconi damals eine regelrechte wirtschaftspolitische Klatsche erteilt. Dass der vertrauliche Brief auf wundersame Weise an die Presse gelangte und Meldungen, dass die EZB quasi als Notmaßnahmen italienische Staatsanleihen aufkaufe, verstärkten die Stimmung gegen Italien.

Ein Blick auf die Karrieren der Akteure erhärtet den Verdacht, dass – angestoßen von Staatschef Napolitano – ab dem Sommer 2011 eine Seilschaft den damaligen Ministerpräsidenten Berlusconi planmäßig abserviert hat. Der im November 2011 ins Amt gehievte Monti war noch bis zum Jahr 2010 für die Investmentbank Goldman Sachs tätig. Auch bei dem Mitunterzeichner des EZB-Brandbriefes Mario Draghi handelt es sich um einen Ex-Goldman-Mitarbeiter, der sogar Chef der Europazentrale der Investmentbank war. Den eigentlichen Autor des EZB-Briefes, den Franzosen Jean-Claude Trichet, und Monti verbindet wiederum die Mitgliedschaft in der Trilateralen Kommission. „European chairman" dieser einflussreichen US-Lobbyorganisation war bis November 2011 Monti, abgelöst wurde er in dieser Position von niemand anderem als Trichet.

Das ehemalige EZB-Mitglied Lorenzo Bini Smaghi hat inzwischen einen Grund enthüllt, der aus Sicht „überzeugter Europäer" allein ausgereicht haben dürfte, in Sachen Berlusconi Gefahr im Verzug zu sehen: Berlusconi soll im privaten Gespräch mit anderen europäischen Regierungschefs einen Rückzug Italiens aus der Euro-Zone angedeutet – faktisch wohl eher angedroht – haben, so der langjährige italienische Zentralbanker Bini Smaghi. Mit der Installation Montis dürften in Rom Gedankenspiele über eine Rückkehr zur Lira vom Tisch gewesen sein. Ansonsten waren die Vorschusslorbeeren, welche Brüssel dem „parteilosen Fachmann" zugestanden hat, aber voreilig: Unter Monti wurden zwar diverse Reformgesetze beschlossen, viele sind aber nie in Kraft getreten, weil die notwendigen Durchführungsbestimmungen ausblieben. Auch der politischen Kultur Italiens haben die Strippenzieher des Herbstes 2011 einen Bärendienst erwiesen. Egal was man von Berlusconi hält, im Gegensatz zu Monti war er durch die Wähler legitimiert. Nach Monti und Letta schickt sich nun mit Matteo Renzi sogar zum dritten Mal in Folge ein Politiker an, italienischer Regierungschef zu werden, ohne durch Wahlen legitimiert zu sein.

Wenig erfreut dürfte man die Aufdeckung der Details aus dem Jahr 2011 bei Goldman Sachs aufgenommen haben. Ehemalige Mitarbeiter auf einflussreichen Posten in Politik und Wirtschaft haben dazu geführt, dass Schlagzeilen wie „Goldman Sachs dirigiert die Welt", inzwischen keine Seltenheit mehr sind. Die Rolle von Goldman Sachs bei der Vertuschung der griechischen Staatsverschuldung im Vorfeld des Euro-Beitritts wirkt sich bis heute als Imageschaden aus. In Dänemark hat es Goldman Sachs nun sogar fertiggebracht, Auslöser einer handfesten Regierungskrise zu sein. Geplant war in Kopenhagen, der Investmentbank einen 19-Prozent-Anteil an dem staatlichen Energieversorger Dong zu verkaufen. Anstoss erregte bei den bisher mitregierenden dänischen Sozialisten nicht nur, dass Goldman Sachs trotz der geringen Beteiligung weitgehende Kontrollrechte erhalten sollte. Völlig indiskutabel war für die Linken, dass Goldman Sachs bei dem Geschäft ein Investment-Vehikel mit Sitz auf den Cayman Inseln und in Delaware einschalten will, um die Zahlung von Steuern in Dänemark zu umgehen. Mit dem Auszug der Sozialistischen Volkspartei hat Ministerpräsidentin Helle Thorning-Schmidt ihre parlamentarische Mehrheit verloren.

Norman Hanert



Mehr als nur Verschwörungstheorie: Kaum hatte Berlusconi den Daumen über den Euro gesenkt, wurde seine Entmachtung betrieben Bild: Getty

MELDUNGEN

Umsatzminus bei Hotels

Wiesbaden – Nachdem bereits der Einzelhandel für den Dezember sinkende Umsatzzahlen angegeben hatte, vermeldete dieser Tage das Statistische Bundesamt, dass auch das Gastgewerbe einen schlechten Jahresausklang verzeichnete. So sank der Umsatz nominal um 0,9 Prozent und inflationsbereinigt sogar um 3,4 Prozent. Hotels und Gastronomie erwirtschafteten auch für das ganze Jahr 2013 keine Bilderbuchzahlen, denn die Ergebnisse lagen auf dem Niveau des Rezessionsjahrs 2009. *Bel*

Bundestag widerspricht EU

Berlin – Der Bundestag kritisiert das von der EU-Kommission gegen die Bundesrepublik Deutschland eingeleitete Vertragsverletzungsverfahren in Sachen Kältemittel in Autoklimaanlagen. Schließlich sehe auch das Umweltbundesamt eine erhöhte Brandgefahr, die einen Einsatz gefährlich mache. *Bel*

Mittelstand forscht zu wenig

Frankfurt am Main – Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) investieren vergleichsweise wenig in Forschung und Entwicklung, obwohl sie 54 Prozent der Bruttowertschöpfung in Deutschland stellen. Wie die KfW-Bankengruppe Ende Januar bekanntgab, ist die Innovationskraft des Mittelstandes seit der Finanzkrise 2007 nachhaltig gestört. Den mittelständischen Unternehmen fällt es schwer, ihr Innovationsniveau aufrecht zu erhalten. Die großen Unternehmen steigerten zwischen 2006 und 2012 ihre Innovationsausgaben nominal um 17,6 Prozent auf 104,8 Milliarden Euro, während der entsprechende Wert bei den KMU im gleichen Zeitraum bei 24,2 Milliarden Euro stagnierte. *U.B.*

Populäre Kernkraft

Neubau von Reaktoren nimmt drastisch zu

Wir fördern keine nukleare Energie", betonte Weltbankpräsident Jim Yong Kim im November 2013, als er zusammen mit UN-Chef Ban Ki-moon den weltweiten Bedarf an elektrischer Energie diskutierte und die erforderlichen Investitionen bis 2030 auf jährlich bis zu 800 Millionen Dollar bezifferte. Denn bislang haben in einigen Ländern nur zehn Prozent der Bevölkerung Zugang zu elektrischem Strom. Gleichwohl will die Weltbank nur noch Erneuerbare Energien fördern.

Weltbank stellt Unterstützung ein

Obwohl die Weltbank unmissverständlich erklärt hat, keine neuen Atommeiler zu finanzieren, nimmt die Zahl der Kernkraftwerke weltweit kontinuierlich zu. Selbst in Risikogebieten wird neu gebaut. In Russland sollen bis 2016 sogar schwimmende Atomkraftwerke in Betrieb gehen. Diese Einheiten könnten je nach Bedarf flexibel eingesetzt werden. 15 Nationen, darunter China, Indonesien, Malaysia, Algerien, Namibia und Argentinien, sollen bereits ihr Interesse bekundet haben.

Auch die USA sind in dieser Richtung aktiv. Wissenschaftler der Universität Chicago entwickeln derzeit 30 Jahre wartungsfreie „Modular-Reaktoren". Sie sollen mit einer Leistung von zehn bis 100 Megawatt mobil überall zum Einsatz kommen können. Wegen ihrer geringen Ausmaße könnten sie per Schiff an ihre Bestimmungsorte gebracht werden.

2012 waren 437 Reaktoren in 31 Ländern in Betrieb. 69 Meiler befinden sich nach Stand vom Januar 2014 im Bau, geplant sind 169. Allein die Volksrepublik China will 58 neue Meiler innerhalb der nächsten acht bis zehn Jahre ans Netz gehen lassen, Russland 31 und Indien 18. Und die Türkei will sich mit zwei ausgerechnet in Erdbebengebieten geplanten Meilern in den Kreis der Atomstromproduzenten einreihen.

Ein mindestens ebenso großes Sicherheitsproblem bleibt die Endlagerung des mit jedem neuen Meiler wachsenden strahlenden Mülls. Gegenwärtig lagern weltweit rund 250000 Tonnen in behelfsmäßigen Zwischenlagern. Jedes Jahr kommen nach derzeitigem Stand 20 bis 30 Tonnen dazu. Energiewende? Zumindest weltweit bleibt sie nur eine Chimäre.

J. Feyerabend

Zum Abriss freigegeben

Detroit versucht nach seiner Insolvenz den Neustart – Viele Gläubiger gehen leer aus

Die Bemühungen, Detroit zu einem Neustart zu verhelfen, laufen auf Hochtouren. Die einst glänzende Metropole der US-Auto-Industrie hatte sich im Dezember 2013 mit 18,3 Milliarden Dollar Schulden für bankrott erklärt und verursachte damit die größte Insolvenz einer Stadt in der US-Geschichte. Die dramatische Situation um die lange so bedeutende „Motor City" hat neben dem Gouverneur des Staates Michigan, dessen Hauptstadt Detroit ist, und privaten Organisationen jetzt auch das Weiße Haus auf den Plan gerufen, in die von Richter Steven Rhodes geleitete Abwicklung helfend einzugreifen.

Die US-Regierung hat mit Unterstützung von privaten Stiftungen 300 Millionen US-Dollar bereitgestellt, damit der neue Bürgermeister Mike Duggan die in den letzten Jahrzehnten von weißen Familien verlassenen und verfallenden Häuser, in denen sich Drogen-Dealer und Obdachlose eingenistet haben, abreißen lassen kann. In den 50er Jahren lebten noch 1,8 Millionen Menschen in der Stadt, heute sind es nur noch 700000. Bereits im letzten Juni erklärte die Verwaltung, dass es in Detroit 66000 verlassene Grundstücke und 78000 verfallende Immobilien gibt.

Gouverneur wandelt auf schmalem Grat

Auf einem schmalen Grat wandelt derweil der republikanische Gouverneur Rick Snyder im jetzigen Wahljahr mit seiner geplanten Hilfsaktion für das von Demokraten dominierte Detroit. 350 Millionen Dollar will Snyder zuschießen, um die Pensionen der über 10000 Stadtangestellten zu sichern sowie die ins Auge gefassten Verkäufe von Kunstwerken des „Institute of Arts", einem der angesehensten Museen der USA, zu verhindern. Insolvenzverwalter Kevyn Orr, der über alle Einsparungen und Verkäufe sowie Verhandlungen mit Gläubigern entscheidet, neigt zu einer Kürzung der Pensionen wie dem Verkauf von 2800 der 66000 Kunstwerke des Museums, zu denen Bilder von van Gogh, Picasso und Rembrandt gehören. Das Museum selbst hat 100 Millionen an Spenden zur Unterstützung des Gouverneurs gesammelt, denn Snyder muss die Hilfe so gestalten, dass sie nicht als Schuldenübernahme angesehen wird. Dies würde auf Widerstand der republikanischen Bürger und Regierungsmitglieder stoßen. „Ein Bail-out ist, wenn man Geld hineinpumpt und Schulden zahlt, ohne etwas dafür zu erhalten", erklärte Snyder. „Hier geht es darum, Menschen in unserem Staat zu helfen und Kürzungen zu beschränken."

Wie sieht es aber mit den vielen Gläubigern aus, vor allem den Banken? Die deutsche Commerzbank hatte Detroit über ihre Tochtergesellschaft Eurohypo 400 Millionen US-Dollar geliehen. Inzwischen zeichnet sich ab, dass sie den größten Teil davon abschreiben muss. Den bisher besten Handel haben hingegen die beiden Hauptgläubiger, die UBS und die Bank of America, schon vor der offiziellen Bankrotterklärung mit der Stadt abgemacht. Sie erhalten 75 Cent auf einen Dollar verliehenen Kredit, während andere Gläubiger in der Schlange stehen. Bürgermeister Duggan verhandelt gerade mit Barclay Capital über eine Anleihe von 350 Millionen Dollar, wovon UBS und Bank of America ausbezahlt, die Verfahrenskosten getragen sowie die nötigsten öffentlichen Dienstleistungen finanziert werden sollen. Ob eine Stadt im Insolvenzverfahren jedoch eine neue Anleihe ausgeben kann, ist umstritten.

Schuldenübernahme ist tabu

Der Fall Detroit erschüttert die gesamten USA. Anfang des 20. Jahrhunderts machte der Industrielle Henry Ford die Stadt zur Metropole der US-Autoindustrie und damit zum Inbegriff des US-Kapitalismus. Immigranten und US-Bürger strömten in das „Paris des Westens", um hier den „American Dream" zu verwirklichen. Anfang der 50er stand Detroit in der Blüte. Doch dann begann der soziale wie wirtschaftliche Niedergang mit Rassenunruhen und der Konkurrenz von deutschen und japanischen Autos. Arbeitsplätze schwanden und so die Bevölkerung. Ein steter Exodus weißer Familien beraubte die Stadt ihrer Steuerzahler, während die Wohlfahrtskosten für die arme, überwiegend schwarze Bevölkerung stiegen. Stück für Stück wurde Detroit unregierbar und weist heute die höchste Kriminalitätsrate in den USA auf.

Vielleicht war der Bankrott ein Weckruf. Bürgermeister Duggan zumindest ist optimistisch, dass seine Stadt mit neuen Unternehmen und Geschäften, die sich schon jetzt niederlassen, aufsteigen wird wie „Phoenix aus der Asche".

Liselotte Millauer

Einfach asozial

Von Rebecca Bellano

Als Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner vorschlug, die Kosten für die Energiewende auf Pump zu finanzieren und die Schulden in einem Fonds zu sammeln, der dann später zurückbezahlt werden solle, wurde sie sofort niedergemacht. CSU-Chef Horst Seehofer hielt die Idee für nicht tragbar. Es sei keine „nachhaltige Politik“, auf diese Weise die Stromkosten aktuell zu senken, so Seehofer.

Eigentlich hätte man sofort skeptisch sein sollen, dass die Kritik an Aigners Vorschlag vor allem aus den eigenen Reihen kam. Wie sich jetzt herausstellte, gab es hierfür einen guten Grund: SPD-Chef und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel lässt gerade einen entsprechenden Plan prüfen. Inzwischen hat sich zudem der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Garrelt Duin (SPD) für das Modell ausgesprochen, da es die „Generationen- und Verteilungsgerechtigkeit“ der Energiekosten verbessern würde. Auch von den Grünen gibt es Zustimmung.

Generationengerechtigkeit? Schon jetzt bekommen Kinder hohe Staatsschulden mit in die Wiege gelegt. Es ist fraglich, wie sie die Probleme einer alternden Bevölkerung meistern sollen. Und nun sollen sie auch noch die finanziellen Folgen der fixen Idee einer übereilten Energiewende tragen? Der Plan ist einfach asozial!

Zahnlose EU

Von Hans Heckel

Wie peinlich: Gleich nach der Schweizer Abstimmung zur Zuwanderung hatte eine Sprecherin von EU-Kommissar Günther Oettinger düster von „Unsicherheiten“ geraunt, die der Schweizer Energieversorgung drohen könnten als Strafe für das Abstimmungsresultat. Nun ruderte die EU-Kommission kleinlaut zurück: Nein, nein, alles gehe weiter wie gehabt. Offenbar hatte man zwischenzeitlich entdeckt, dass die EU energiepolitisch von den Eidgenossen weitaus abhängiger ist als umgekehrt.

Brüssel schäumt vor Wut und würde die Schweizer gern mit einer ganzen Palette von Strafmaßnahmen überziehen. Aber das geht nicht so einfach, wie das Energie-Beispiel zeigt.

Noch aus einem anderen Grund sollten sich die EU-Größen gut überlegen, ob ihre Gier nach Strafexpeditionen gegen die unbotmäßigen Eidgenossen nicht der machtpolitisch falsche Ratgeber ist. Überall in der EU haben die Kritiker von Euro und EU-Zentralismus regen Zulauf. Jede Attacke auf Bern werden sie als Beleg dafür interpretieren, wie sehr ihr Vorwurf zutreffe, dass sich in Brüssel ein politisch inzestuöser, die Völker und ihren freien Willen verachtender Machtklüngel etabliert habe, der unser aller Freiheit bedrohe.

So haben die Schweizer mächtige Verbündete in den Völkern, auch beim deutschen. Hier aber soll es weiterhin keine Volksabstimmungen auf Bundesebene geben, weil, so CDU-Generalsekretär Peter Tauber, komplizierte Fragen nicht mit „Ja“ oder „Nein“ beantwortet werden könnten.

Zur Erinnerung: Bei der Abstimmung zum ESM wurden die kaum informierten Bundestagsabgeordneten überfallartig genötigt, mit „Ja“ oder „Nein“ zu stimmen, wobei ein „Nein“ mit politischer Strafandrohung verbunden war. Da wirkt Taubers These reichlich hergeholt.

Gestrauchelter Scharfrichter

Von Michael Leh

Edathys Rücktritt fällig – NSU-Ausschussvorsitzender agiert borniert und parteiisch“. Das schrieb der Autor dieses Beitrags, der an mehreren NSU-Ausschusssitzungen teilnahm, bereits im Oktober 2012 in dieser Zeitung. Daran muss erinnert werden, weil es jetzt beim schmählichen Abgang des „Kämpfers gegen Rechts“ Sebastian Edathy ständig heißt, er habe sich in dem Amt „großes Ansehen“ erworben, gar parteiübergreifend, und sei stets kompetent gewesen. Besonders linke Journalisten bemühen sich eifrig, wenigstens das politische Wirken des „SPD-Nachwuchstalentes“ rein zu halten. Die strafrechtliche Unschuldsvermutung gegenüber dem pädophilen linken Inquisitor, der überall Ausländerfeindlichkeit und Rassismus witterte und mit Vorverurteilungen anderer nie sparte, wird so hoch gehängt, wie es bei einem CDU-Abgeordneten kaum der Fall wäre.

Dabei glaubt kaum jemand noch, Edathy habe sein Bundestagsmandat nur aus „gesundheitlichen Gründen“ niedergelegt, wie er das Publikum mit drei dürren Zeilen wissen ließ. Er konnte sich schon nach Veröffentlichungen über die Aushebung des kanadischen Kinderpornorings ausrechnen, dass gegen ihn ermittelt wird. In Kanada hatte Edathy – damals Vorsitzender des Bundestags-Innenausschusses – zwischen 2005 und 2010 mehrfach konspirativ „Material“, so Edathy, bestellt. Selbst wenn die Kinder-Nacktbilder rechtlich gerade noch legal gewesen sein sollten, wusste er doch ganz genau, dass er sich hier mindestens in einem gefährlichen Grenzbereich bewegt. Auch blieb ihm genug Zeit, um gegebenenfalls anderes „Material“ verschwinden zu lassen.

> Vorverurteilung anderer fiel ihm leicht

Edathy war auch als Vorsitzender des NSU-Ausschusses eine Fehlbesetzung. Als Nichtjurist war er überfordert. Wenn es rechtlich schwieriger wurde, musste der Soziologe passen, schwieg dann meist verbiestert oder beharrte verbissen und dreist auf seiner laienhaften Fehleinschätzung. Zudem agierte er häufig voreingenommen, stellte Suggestivfragen und schreckte vor keiner Unterstellung zurück. Den hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier verleumdete er bereits vor einer Ausschusssitzung mit der Behauptung, dieser habe Ermittlungen in einem NSU-Mordfall behindert. Bouffier nannte dies „nicht nur falsch, sondern bewusst ehrenrührig“. Unter Vorsitz Edathys wurde der Ausschuss zu einer „Empörungsmaschine“ („FAZ“), bei der sich „dauerempörte“ Abgeordnete penetrant selbst inszenierten.

Wie heuchlerisch Edathy auftrat, zeigte auch seine Ansprache 2002 bei einem öffentlichen Gelöbnis der Bundeswehr. Darin erklärte er den Soldaten, wie wichtig ihr Dienst sei. Mit keiner Silbe ließ er erahnen, dass er selbst den Wehrdienst verweigert hatte.

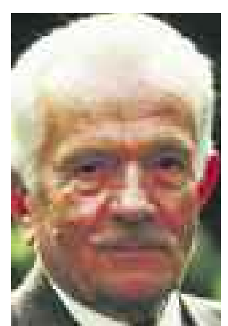


Galt als Nachwuchstalent seiner Partei: Sebastian Edathys Leistungen als „Kämpfer gegen Rechts“ und NSU-Ausschussvorsitzender werden besonders von linken Journalisten betont

Bild: action press



Moment mal!



Genmais: EU-Kritik plötzlich erlaubt

Von Klaus Rainer Röhl

Ist etwas auf Erden schief und krumm, sagen wir mal, eine Gurke oder Banane, wird es durch eine EU-Kommission geradegebogen. Was aber noch halbwegs normal ist, soll europaweit schief werden oder zumindest schwer zu handhaben und lästig. Wie die wenig Licht spendende, im Zweifelsfall wegen des Quecksilbers sogar gefährliche neue Sparbirne, die europaweit verordnet wurde, während man gleichzeitig die Produktion der Glühbirnen untersagte. Glücklicherweise hielt sich nicht jedes EU-Land an die Verordnungen, so dass wir normale Glühbirnen aus Ungarn kaufen können. Die EU-Verordnungen reizen mal zum Kopfschütteln, mal zur Empörung, mal zum Lachen. Ist aber wirklich etwas aus Brüssel nicht krumm und schief, sondern gerade einmal nützlich wie die Zulassung einer neuen Maissorte, dann regen sich Medien und Politiker auf.

Am 11. Februar war es so weit. Die Zulassung einer gentechnisch veränderten Maissorte stand zur Abstimmung beim Ministerrat in Brüssel. Die Gegner des Anbaus, darunter Frankreich und Ungarn, verfehlten die nötige Mehrheit gegen eine Zulassung. Während Großbritannien und Spanien den Anbau zügig vorantreiben wollen, enthielt sich die Bundesregierung auf Anweisung der Kanzlerin ihrer Stimme und öffnete damit den Weg für die Zulassung. Die Zustimmung der EU-Kommission gilt nun als sicher, zumal gerade sie als besonders offen für die Wünsche von Lobbyisten gilt.

Die Maissorte produziert selbst ein Insektengift, um sich vor dem „Maiszünsler“ zu schützen, deren Raupen weltweit bis zu vier Prozent der gesamten Maisernte vernichten. Damit dürfte der sogenannte Genmais, den die US-Chemiefirma „Pioneer“ entwickelt hat und der nun durch massive Lobbyarbeit von US-Unternehmen begleitet wird, nun auch in Europa eingeführt werden. Auch die EU-Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hält den Anbau für vertretbar. Die Zulassung ist schon seit vielen Jahren überfällig. Bis heute sind keine triftigen Gründe vorgebracht worden, die an der gesundheitlichen und ökologischen Sicherheit der genveränderten Pflanzen zweifeln lassen, zumal die Alternative nur die Verwendung von umweltschädlichen Pestiziden ist.

> Nulltoleranz gegenüber Gen-Technik ist vor allem ideologisch zu verstehen

Die Nulltoleranz gegenüber der Gen-Technik lässt sich vor allem ideologisch verstehen. Unsere rot-grünen Gen-Gegner haben offenbar ein tiefes Missbehagen an der Welt, wie sie seit dem Übergang von der Jäger- und Sammlergesellschaft zu Ackerbau und Viehzucht entstanden ist. Seitdem gibt es Pflanzen und Haustiere, die der Mensch aufgezogen und verändert hat. Mutationen, also Genveränderungen, die die Natur ununterbrochen produziert, wurden durch Züchtung im Erbgut verankert. Das dauerte manchmal Jahrhunderte, manchmal viele Jahrtausende. Zur Natur gehört auch ihre Veränderbarkeit. Eigentlich eine linke Idee, nicht wahr, Genossen?

Doch das Geschrei über die Zulassung der neuen Maissorte war groß und wurde durch unsere Leitmedien ins Überdimensionale verstärkt. „Fuck the EU!“, titelte die linke „taz“ anspielungsreich und drohend. Die illegalen „Feldbefreier“ von der „Initiative Gendreck“ bereiten sich auf die Massenvernichtung der neuen Maispflanzen vor. Ihnen ist jedes Mittel recht, um ihre Aufzucht zu verhindern. Und die Gewalttäter hatten bisher Erfolg. Im Jahr 2013 wurden in Deutschland keine gentechnisch veränderten Pflanzen mehr angebaut. Zwischen 2004 und 2012 hatten die „Feldbefreier“ alle 114 Ackerflächen zerstört. Die Pflanzen wurden niedergetrampelt, mit Herbiziden übergossen oder herausgerissen und abtransportiert. Der Schaden betrug mehrere Millionen Euro. Auf die Getreidehandelsfirma wurde ein Brandanschlag verübt. Der letzte Streich war am 12. Juli 2012 die Zerstörung eines Versuchsfelds der BASF, auf dem die pilzresistente Kartoffelsorte Fortuna wuchs. Die Kartoffelpflanzen wurden großflächig mit Herbiziden besprüht und zerstört. Seitdem ist Deutschland „sauber“. Doch dürfte ein Massenanbau der neuen Maissorte nach einer endgültigen Zulassung die Kräfte der Autonomen überfordern. Alle Hoffnungen der Genmais-Gegner richten sich jetzt auf den EU-Parlamentspräsidenten Martin Schulz. Seine Fans auf den einschlägigen Internetforen bloggen schon, er werde die Mais-Zulassung wieder kippen.

Die Rede von der „Gen-Manipulation“ ist einer der ältesten Tricks aus der Kiste der grün-linken Saubermänner. Oft genug wiederholt, hat das dazu geführt, dass man in Deutschland eine Mehrheit von „Gen-Gegnern“ entdeckt hat. Kommt natürlich darauf an, wie man fragt. „Wollen Sie, dass Sie und Ihre Kinder genmanipulierte und genverseuchte Lebensmittel essen?“ „Nein“, sagen natürlich alle. Und schon haben wir das Ergebnis. So kann der Europa-Staatsminister Michael Roth sich auf sie berufen: „Die klare Mehrheit der deutschen Bevölkerung ist strikt gegen den Anbau!“. Was steckt hinter dem Kampf gegen den „Genmais“?

Über allem steht eine seltsam vage Schwärmerei für die Sauberkeit und die Unberührtheit von Mutter Natur, die als eine Art Takatuka-Land ohne Technik und eigentlich auch ohne viel Arbeit erträumt wird. Wenn man die Macht hat, wird die neue Welt auch auf dem Verwaltungsweg eingeführt. Wie in Nordrhein-Westfalen. Da werden Anbauflächen der Bauern reduziert, Flüsse dereguliert, Wälder renaturiert, die Jagd eingeschränkt. Die Landwirtschaft soll durch unzählige Verordnungen auf ein vorindustrielles Biotop geschrumpft werden, das natürlich den Endverbraucher etwas kostet. Soll es auch. Muss man denn jeden Tag Fleisch essen? Lieber mal einen vegetarischen Tag einlegen. Wie sehr nähern sich unsere grün-roten Blockwarte dem Eintopf-Sonntag des Vegetariers Hitler!

> Wo bleibt Solidarität mit den Hungernden der Welt?

Zurück zum Mais. Der ist, neben Reis, die Hauptnahrung der Weltbevölkerung. Gen-veränderter Mais ist weniger anfällig gegen Schädlinge, braucht nicht so viel Wasser und bringt höhere Ernten.

Liebe „Feldbefreier“ und Gegner der Gen-Technik, wo bleibt Eure Solidarität mit den kleinen Leuten, mit den Hungernden der Welt?

Im Bio-Laden fair gehandelten Kaffee und Tee kaufen und Schokolade nur aus geschützten Anbaugebieten essen, aber den Hungernden der Welt die Chance auf Nahrung nehmen ist Selbstbetrug und Wohlstands-Zynismus.

Es lockten Wein, Weib und Gesang

»Esprit Montmartre«: Frankfurter Schau feiert die facettenreiche Geistesart des berühmten Pariser Künstlerviertels

Noch heute übt das Pariser Vergnügungsviertel Montmartre seinen Reiz aus. Doch um 1900 erlebte es seine Blüte und zog zahlreiche Künstler in seinen Bann. Eine Auswahl ihrer Werke ist nun in Deutschland zu bestaunen.





Hier verrucht, dort bürgerlich: Henri de Toulouse-Lautrec und Jean-Louis Forain fingen die zwei Gesichter des Viertels ein

Bilder: Schirn Kunsthalle, Thiede

Auf einem legendären Plakat, das Henri de Toulouse-Lautrec 1891 gestaltete, geht es hoch her. Im Vordergrund macht die Silhouette einer hageren Gestalt komische Verrenkungen. Es handelt sich um Valentin le Désossée – Valentin den Knochenlosen. Er ist Tanzpartner der im Rampenlicht stehenden Blondine, die ihre Röcke hochgerissen hat. Bekannt war sie unter dem Namen La Goulue – die Gefräßige. Schauplatz ist das bis heute berühmte Vergnügungslokal „Moulin Rouge“ im Pariser Viertel Montmartre. Der war um 1900 ein Stadtteil voller Gegensätze: Schillernde Cafés, deftige Cabarets und finstere Spelunken boten für jeden Geschmack und Geldbeutel etwas. Auch fromme Pilger fühlten sich angezogen: Sie besuchten die auf dem Hügel des Viertels thronende Kirche Sacré-Cœur. Obendrein bot der Montmartre billigen Wohnraum, den nicht zuletzt zahlreiche finanzschwache Künstler bezogen.

Das Schaffen dieser „Bohème“ genannten unkonventionellen Lebenskünstler feiert eine Schau in der Frankfurter Schirn Kunsthalle. Zum Motiv wurden nicht nur Personal und Gäste der Vergnügungslokale, sondern auch die Arbeiter, Wäscherinnen und andere Bewohner stiller Straßen und ländlicher Areale. Zu sehen sind über 200 Gemälde, Grafiken und Plakate, die von 26 Künstlern geschaffen wurden. „Nicht ohne Grund“, so der Pressetext der Schirn Kunsthalle, „schrieb ein zeitgenössischer Kritiker in den 1890er Jahren über den Montmartre in Paris: ‚Das Viertel ähnelt einem riesigen Atelier.‘ Bedeutende Künstler wie Edgar Degas, Pablo Picasso, Toulouse-Lautrec oder Vincent van Gogh lebten und wirkten in Montmartre. In einem bislang ungeahnten Realismus entwarfen sie einprägsame Bilder einer Zeit, die schonungslos die Kehrseiten der schillernden Belle Époque vor Augen führten.“

> Nicht nur die frivole Welt steht im Zentrum

Die ländliche Seite des Vergnügungsviertels führt uns van Gogh im Gemälde „Montmartre: Hinter dem Moulin de la Galette“ (1887) vor Augen. Mit leuchtenden Farben hat er im Vordergrund Gärten dargestellt. Hellblau wogt in der Ferne das Häusermeer. Die Spezialität von van Goghs Künstlerfreund Toulouse-Lautrec war die Darstellung des Personals der Vergnügungsetablissements. Sein Gemälde „Ruhende Frauen“ (1895) nimmt uns mit ins Bordell. Aber statt knisternder Erotik herrscht beschauliche Betriebspause. Geradezu Furcht erregend wirkt hingegen die von Georges Rouault gemalte „Frau mit roten Haaren“ (1908). Sitzend präsentiert sie ihren nackten, massigen Körper – und zieht dabei eine finstere Grimasse. Wie anmutig wirken dagegen die beiden von Suzanne Valadon gezeichneten „Frauen bei der Toilette“ (1909).

Picasso schwelgte, während er auf dem Montmartre wohnte, in seiner melancholischen bis sentimentalen „Blauen Periode“. Das von ihm gemalte „Mädchen im Hemd“ (1905) hat den Kopf zur Seite gedreht und die Oberlippe eigenartig hochgezogen. Fängt sie etwa gleich an zu heulen? Zu Picassos künstlerischen Vorbildern gehörte in jener Zeit Théophile-Alexandre Steinlen. Dessen Radierung „Der arme Teufel“ (1902) reißt schlaglichtartig das beklommene, eingefallene Gesicht eines Mannes aus der Dunkelheit.

Selbstverständlich kommt auch die lebenslustige Welt der Cafés, Cabarets und Tanzlokale zu ihrem Recht. Blickfang auf Jean-Louis Forains Gemälde „Der öffentliche Park“ (um 1884) ist eine Dame im signalroten Kleid. Den Kopf aufgestützt, wirft sie einen forschenden Blick. Sucht sie eine neue Bekanntschaft? Richtig laut wirkt schließlich Giovanni Boldinis Gemälde „Festszene im Moulin Rouge“ (1889). Es geht fröhlich, lüstern und ausgelassen zu.

> Auch die Kehrseiten der bunten Welt wurden ins Bild gesetzt

Veit-Mario Thiede

Bis 1. Juni in der Schirn Kunsthalle, Römerberg, Frankfurt am Main. Informationen unter Telefon (069) 2998820, www.schirn.de. Eintritt: 10 Euro. Der Katalog aus dem Hirmer Verlag kostet in der Schirn Kunsthalle 30 Euro, im Buchhandel 49,90 Euro. Tipp: Mit dem von der Deutschen Bahn angebotenen „Sparpreis Kultur“ zur Ausstellung. Von allen Bahnhöfen in Deutschland ab 39 Euro in der 2. Klasse und 49 Euro in der 1. Klasse bei Hin- und Rückfahrt innerhalb von drei Tagen und gleichzeitigem Kauf oder Vorlage einer Eintrittskarte.

Der Unantastbare

Das Dresdner Leonhardi-Museum und Galerie Leo. Coppi richten zum 85. Geburtstag des Malers Harald Metzkes Ausstellungen aus

Golo Mann fasste 1991 seine späte Verbundenheit mit Ernst Jünger in die Umschreibung, dieser wäre „ein gewaltiger Pfiffikus, der weiß, wie man das Leben einrichtet“. Es gibt einen subtilen Opportunismus, der in der Loyalität zur Familie und zu Freunden und vor allem auf gewissenhafter Arbeit gründet. Auch hinter kultureller Opposition pflegt sich viel Feigheit, Talentlosigkeit und Faulheit zu verstecken. So sagte Jünger auch: „Es gibt keine verkannten Genies. Jeder findet im Leben den ihm angemessenen Platz.“ Und gegen die Invasion der Ideologen hilft am ehesten die Evasion der Tüchtigen.

Bild: action press

Harald Metzkes

Ein ebensolcher Pfiffikus innerhalb jener verwirrenden Realität, die wir der Einfachheit halber und nicht ganz zutreffend als DDR-Kulturszene zu bezeichnen gewohnt sind, war der Maler Harald Metzkes. Er ist es geblieben. Während andere Lautsprecher in den erweiterten Resonanzraum des wiedervereinigten Publikums doppelt laut hallten, malt Metzkes wie immer. Seine Malerei bleibt als Malerei an sich und für sich, nicht für oder gegen oder über etwas Anderes ein schwer tolerierbares Ereignis. Harald Metzkes hat das Kunststück hinbekommen, ohne eine Professur, eine Akademiepräsidentschaft oder ähnliche Autoritätsnachweise in jener Zeit Achtung, ja so etwas wie Unantastbarkeit zu erringen. Und er hat darüber hinaus junge Kollegen durch Unterstützungen, materieller oder ideeller Art, vor den Zumutungen des Banausentums bewahrt.

Seine Bilder sind auf eine Weise selbstredend, wie es der Kunst heute ungern noch zugestanden wird. Dabei begegnen dem Betrachter auf den Bildern und Zeichnungen durchaus mythische und literarische Gestalten von Diana über E.T.A. Hoffmanns Klein Zaches bis zu Tristram Shandy. Als junger Mann hat der Maler Romane und Dramen verfasst. Doch letztlich bleibt bei alledem die Malerei ein immer wieder neu sich ergebendes Abenteuer der Farbe und der Form.

Literarisch und geistig gebildet, spielte die Koketterie mit Geist und Literatur für seine Malerei nie eine Rolle. Wenn dergleichen Gestalten auf der Leinwand erscheinen, sind sie belebte Realität, wie irgendein anderes reelles Modell seines Studiums. Nur einmal, mit dem Bild „Polytechnischer Unterricht“ (1959) ist er beinahe ein „Künstler seiner Zeit“ im oberflächlichen Sinn geworden. Ein heftiges Scherbengericht umtoste seinerzeit die harmlose Darstellung und ihren Maler. Die Gefahr wurde bestanden und 1983 kam das Bild als späte Rache am Maler ohne Jahresangabe und in vergröbernder Verkleinerung auf die Briefmarke.

Dass keiner von den mit Haut und Haaren in der pluralistischen Gesellschaft angekommenen DDR-Malern, von Neo Rauch bis Max Uhlig, eine Hand oder ein Gelenk malen kann, sondern dieser Herausforderung immer ausweicht oder laviert (von der „Westkunst“ einmal ganz zu schweigen), ist kein kleiner Fehler. Es zeigt sich darin der Mangel an visueller Empathie für die Welt. Es geht nicht um Kunst im alten Wortsinne technischer Fertigkeit, sondern um warme Zuneigung, die kühl zum Bild sich ausformt, damit die Empfindung in der Form überdauert. Im Gemälde „Die Bildhauerin“ (1968) ist das in der Dresdner Retrospektive von Metzkes Malerei auch inhaltlich ablesbar: Klüpfel und Eisen ruhen in der Hand, während der Blick das knabenhafte Modell wägend und schätzend umfängt. Wenn die Tafelbilder in ihrem Aufbau zuweilen an Werke alter Meister erinnern, dann ist es keine Nachmacherei. Bei Metzkes ist die Annäherung an große Vorbilder Ausdruck für deren unbewusste Gegenwart. Seine Bilder können erzählen, ohne literarisch zu werden. Seine Malerei ist ein Gespräch mit dem verständigen Betrachter. Er sagt dazu: „... beim Betrachten handelt es sich doch wohl sicher und ohne Widerrede darum, dass der Betrachtende sowohl ‚trächtig‘ ist als auch herantragen muss. Das Betrachtete muss nur der Mühe wert sein. Die Biene trägt ihre ‚Fracht‘ ja auch nicht irgendwo hin, sondern in ein wohlgestaltetes, sogar mit einem Gutteil Geometrie, Maß und soziologischem Vereinbartsein ausgestattetes. Die Voraussetzungen zum Betrachten sind also groß. Aber das Betrachten ist nur dem möglich, der etwas mit sich trägt, dort möglich, wo etwas ist. Pollen zu Honigsein.“



Apfeldiebe: Die Realität steht zumeist Modell bei dem Künstler

Bild: Galerie Leo. Coppi

Der Geist eines späten Rembrandt-Gemäldes schwebt über dem Bild „Das Feuer“ (1966). Die Wachsamkeit des Mannes, seines Vaters vielleicht, ermöglicht eine spielerische Selbstvergessenheit des Knaben, der neben ihm in die Flammen starrt. Die Kunst bestellt immer wieder die Welt neu, nachdem die Geschichte sie verheert hat. Sie ist die Selbstheilung des menschlichen Geistes.

Auf einem Foto, das den unermüdeten Maler im Atelier zeigt, neben einem über Jahrzehnte verkrusteten Maltisch, ist hinter ihm am Regal eine Postkarte mit den Steinklopfern von Gustave Courbet befestigt, jenem Gemälde, das 1945 in der Bombennacht in Dresden verbrannte. Bilder können verbrennen. Die Malerei aber lebt, solange Maler wie Metzkes malen.

Sebastian Hennig

Mit Graugans Martina fing alles an

Wie der vor 25 Jahren gestorbene Konrad Lorenz die Psyche der Tiere erforschte

Martina war schuld. Hätte es die Graugans Martina nicht gegeben, wäre Konrad Lorenz möglicherweise nicht auf den Gedanken gekommen, Prägung und Rasse bestimmten den Platz eines Individuums in der Welt. Dem vor 25 Jahren, am 27. Februar 1989, gestorbenen Verhaltensforscher wären viele Anfeindungen erspart geblieben. Aber auch die Anerkennung durch die Verleihung des Nobelpreises.

„Das fehlende Glied zwischen Mensch und Affe sind wir selbst“, befand der Verhaltensforscher Konrad Lorenz. Diese wenig schmeichelhafte Erkenntnis wiederholte er zeit seines Lebens in dutzenden Varianten. Als Nachzügler am 7. November 1903 in Wien geboren – der Vater war bereits 50, die Mutter 43 und der Bruder 18 Jahre alt, genoss Konrad Lorenz eine behütete Kindheit. Sein Vater war ein weltweit anerkannter Orthopäde, der gelegentlich auch in New York praktizierte und im Weißen Haus von Theodore Roosevelt empfangen wurde.

Mit ausgeprägter Tierliebe verwandelte der kleine Konrad den Garten der elterlichen Villa bald in eine Menagerie. Auf Drängen des Vaters studierte er Medizin, promovierte, wandte sich dann aber verstärkt der Zoologie zu und promovierte ein zweites Mal. 1936 habilitiert, erhielt Lorenz ein Jahr später den Lehrauftrag der Universität Wien für „Zoologie mit besonderer Berücksichtigung der vergleichenden Anatomie und Tierpsychologie“. Einen derartigen Lehrstuhl hatte es zuvor in Österreich nicht gegeben.

Das war unmittelbar nach der folgenschweren Begegnung mit Graugans Martina am Ostermontag 1936. In seinem Buch „Er sprach mit dem Vieh, den Vögeln und den Fischen“ hat Lorenz dem „Gänsekind Martina“ ein komplettes Kapitel gewidmet. Seine Studien betrieb Lorenz mit Gänsen, weil er deren Eier nahezu kostenlos erhalten konnte. Er ließ sie von Ammen ausbrüten. An diesem Ostertag konnte er der Versuchung nicht widerstehen und holte eines der frisch geschlüpften Küken unter der Amme hervor. Lorenz schildert, wie das Küken ihn anschaute und etwas traurig pfiff. Nachdem es ihm gelungen war, das Küken zu beruhigen, änderte sich die Tonlage in ein freudiges „Wiwiwiwi“. Als Lorenz versuchte, das Küken wieder unter die Amme zu schieben, kroch es entschlossen wieder darunter hervor und lief, „Wiwiwiwiwi“ grüßend auf den Forscher zu. Es hatte ihn als seine Mutter erkannt. Fortan durfte das Gänseküken bei Lorenz im Schlafzimmer übernachten. Die Gänseamme war abgemeldet. Aus dieser ersten Begegnung entwickelte Konrad Lorenz seine Theorie der Prägung. Er wurde zum „Vater der Graugänse“, zum „Einstein der Tierseele“, die vergleichende Verhaltensforschung wurde zu seinem zentralen Thema.

Beobachtungen an Graugänsen sind aufschlussreich und zu Herzen gehend, aber für eine sättigende Suppe sind sie nicht immer eine Gewähr. Die junge Familie Lorenz lebte vornehmlich vom Einkommen der Ehefrau. Konrad Lorenz hatte die Medizinstudentin Margarete Gebhardt geheiratet. Mit seiner späteren Ehefrau war Konrad Lorenz schon seit seinem dritten Lebensjahr befreundet, eine Sandkastenliebe also. Ihr Einkommen als Ärztin sicherte die Familie finanziell ab.

Mit seiner Forschung zur Tierpsychologie fand Lorenz bei den Professoren in Wien wenig Anerkennung. Für viele war der Mann, der die angeborenen Bewegungen von Entenvögeln notierte, schlichtweg ein Spinner. Lorenz versuchte, bei der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft Unterschlupf zu finden. Ein erster Antrag 1937 wurde wegen Zweifeln an seiner politischen Zuverlässigkeit und seiner angeblich ungeklärten Abstammung abgelehnt. Bei einem zweiten Versuch wenige Monate später war er erfolgreich, nachdem Kollegen bescheinigt hatten, er habe „aus seiner Zustimmung zum Nationalsozialismus niemals ein Hehl gemacht“, seine Studien seien „in der Richtung der im Deutschen Reich herrschenden Weltauffassung gelegen“. Lorenz selbst erklärte 1938 in einem Aufnahmeantrag für die NSDAP, er sei „als Deutschdenkender … selbstverständlich immer Nationalsozialist“.

Konrad Lorenz hatte im Sinne des Regimes bereits reichlich ideologische Vorleistung erbracht, als er 1940 auf den Kant-Lehrstuhl für Psychologie an der Philosophischen Fakultät der Universität Königsberg berufen wurde. Doch diese Professur war nur von kurzer Dauer. Bereits ein Jahr später wurde er zur Wehrmacht eingezogen. Als Heerespsychiater war er in einem Lazarett in Posen an erbbiologischen Untersuchungen beteiligt. 1944 geriet er in sowjetische Kriegsgefangenschaft, erst 1948 kam er wieder frei.

Im österreichischen Altenberg gründete er ein Institut für vergleichende Verhaltensforschung, das der Österreichischen Akademie der Wissenschaften angegliedert war. Eine angestrebte Professur an der Universität Granz wurde ihm jedoch verweigert, einerseits wegen seiner Äußerungen während des Nationalsozialismus, andererseits allerdings auch, weil die Wissenschaftler einem Kollegen misstrauten, der tierisches und menschliches Verhalten überwiegend als angeboren betrachtete.

In der Bundesrepublik Deutschland beurteilte man die wissenschaftliche Leistung von Konrad Lorenz gänzlich anders. Die Max-Planck-Gesellschaft richtete 1950 im westfälischen Buldern eine Forschungsstelle für Vergleichende Verhaltensforschung ein. Damit wollte man einer Abwerbung durch den früheren Mitarbeiter von Konrad Lorenz, Nikolaas Tinbergen, zuvorkommen. Tinbergen hatte einen Lehrauftrag in Oxford erhalten und stand bereits in Kontakt mit Lorenz. Die Universität Münster ernannte Lorenz 1953 zum Honorarprofessor. Als zwei Jahre später das Max-Planck-Institut für Verhaltensphysiologie in Oberbayern eröffnet wurde, war Lorenz selbstverständlich dabei. Unter dem Namen „Seewiesen“ wurde es zum weltbekannten Begriff in der Verhaltensforschung.

Die damit befassten Wissenschaftler nannten ihr Forschungsgebiet nun Ethologie, abgeleitet vom griechischen „Ethos“ für Verhalten. Dass dieser weiterhin umstrittenen Wissenschaft einmal der Nobelpreis zuerkannt würde, damit hatten die Verhaltensforscher am allerwenigsten gerechnet. Im Dezember 1973 wurde Konrad Lorenz gemeinsam mit seinem früheren Schüler Tinbergen und Karl von Frisch der „Nobelpreis für Physiologie oder Medizin“ für ihre Entdeckungen zur Organisation und Auslösung von individuellen Verhaltensmustern verliehen. Für Lorenz war das mit heftigen Angriffen der Medien verbunden, die ihm seine Äußerungen während der NS-Zeit vorhielten. Tinbergen, ehemals Widerstandskämpfer und Lagerhäftling, verteidigte seinen ehemaligen Lehrer: „Das ist die Strafe, die man dafür zahlen muss, so berühmt zu sein.“

Von seinem Preisgeld ließ Lorenz ein 32000 Liter fassendes Meerwasseraquarium bauen. Und er finanzierte den Umzug seiner 248 Gänse von Seewiesen nach Grünau, wo er seine Forschungen fortsetzte (ohne jene 85 Gänse, die beim Umzug fortgeflogen waren). Die vielen Nachfolger der Graugans Martina begleiteten Konrad Lorenz bis ins hohe Alter.

Klaus J. Groth

Gruppenbild mit Forscher: Konrad Lorenz umringt von drei Graugänsen 1964 in Bayern

Bild: Nina Leen/Time Life Pictures/Getty Images

Von wegen aus Schaden wird man klug

Nach Kohls schwarz-gelber plant nun auch Merkels schwarz-rote Koalition, Bundeswehrsoldaten nach Somalia zu schicken

Der Bundesrepublik und ihren Streitkräften scheint es verwehrt zu sein, aus Erfahrungen Lehren ziehen zu dürfen. Erst muss die Bundeswehr an der Seite der US-Armee nach Afghanistan, obwohl die Sowjets erst wenige Jahre zuvor und davor schon die Briten vorgemacht hatten, wie ausweglos der Versuch ist, den freiheitsliebenden Afghanen ein politisches System nachhaltig aufzuzwingen. Und nun sollen deutsche Soldaten nach Somalia, als wenn es die sogenannte Schlacht von Mogadischu vom 3. und 4. Oktober 1993 nicht gegeben hätte. Wohl nur die wenigsten werden die Bilder vergessen haben, als aufgebrachte Somalier getötete GIs halbnackt durch die Straßen ihrer Hauptstadt schleiften.

Und auch die Bundeswehr selber machte ihre leidvollen Erfahrungen. Somalische Verbrecher versuchten sich an Bundeswehreigentum zu vergreifen und als diese das mit ihrem Leben bezahlen mussten, zahlte die Bundesrepublik den Angehörigen auch noch Wiedergutmachung – damit ihre Soldaten weiterhin geduldet wurden. Mit einem blauen Auge kamen die Deutschen damals davon. Was sie zurückließen, war großenteils bereits kurze Zeit darauf vernichtet.

Und trotzdem soll die Bundeswehr wieder hin. „Wer Beirut mochte, wird Mogadischu lieben“, hatte schon vor dem ersten Somaliaeinsatz der Journalist, Autor und damalige US-Botschafter in Nairobi, Smith Hempstone, gewarnt. Und kein verantwortlicher Politiker soll behaupten, er kenne nicht die Maxime der Somalier: „Ich und Somalia gegen die Welt; ich und mein Clan gegen Somalia; ich und meine Familie gegen unseren Clan; ich und mein Bruder gegen die Familie; ich gegen meinen Bruder.“

Vor zwei Jahrzehnten griff der Westen schon einmal in den somalischen Bürgerkrieg ein

Es ähnelt schon einem Déjà-vu-Erlebnis, wenn man in einer Ausgabe der zu den Leitmedien gehörenden Zeitung „Die Zeit“ aus dem Jahre 1995 liest, wie damals völlig zu Recht der blauäugige Optimismus rückblickend kritisiert wurde, mit dem der Westen in den vorausgegangenen Somaliaeinsatz gegangen war: „Es war die Zeit, in der man noch von einer neuen Epoche träumte, vom ‚Ende der Geschichte‘, von jener New World Order, die George Bush erfunden hatte. Die Vereinten Nationen sollten zum Hüter der Demokratie und der Menschenrechte überall auf dem Globus werden. Kurzum: Man gab sich blühenden Allmachtsphantasien hin. … Dann kamen die Amerikaner. Ihr Wahlspruch: Was können ein paar zerlumpte Milizionäre schon gegen unsere Marines und Kampfhubschrauber ausrichten? ‚Es sah einfach nicht so aus, als wäre es 'ne große Sache‘, erinnert sich Keith Richberg, der zwei Jahre für die Washington Post aus Somalia berichtete.“

Und als wenn nichts gewesen wäre, wird heute mit demselben blauäugigen Optimismus erneut versucht, die Deutschen in den somalischen Bürgerkrieg zu verwickeln. Man fragt sich wirklich: Ist das Dummheit oder Volksverdummung?

Der noch größte Unterschied zwischen dem damaligen und dem nun geplanten Somaliaeinsatz besteht darin, dass wir es diesmal weniger mit Washingtoner als mit Brüsseler Allmachtsphantasien zu tun haben. Wie Mali und Zentralafrika war auch das heutige Somalia noch bis in die Nachkriegszeit hinein Kolonialgebiet heutiger EU-Partner.

Schon beim damaligen Einsatz galt: »Wer Beirut mochte, wird Mogadischu lieben«

Im Gegensatz zu den erstgenannten Staaten war Somalia jedoch zwischen mehreren Kolonialmächten geteilt – was nicht unbedingt geeignet war, die Ausbildung einer gemeinsamen Identität der Somalier zu befördern. Zudem leben auch noch viele Somalis außerhalb der Grenzen der Bundesrepublik Somalia, was die Beziehungen zu den Nachbarstaaten nicht gerade erleichtert, vielmehr deren Bestrebungen fördert, sich in die internen Streitigkeiten der Somalier einzumischen.

Im Afrikanischen Jahr 1960 wurden Britisch-Somaliland und Italienisch-Somaliland wie viele andere Kolonien des Schwarzen Kontinents in die Unabhängigkeit entlassen. Aus ihnen entstand die heutige Bundesrepublik Somalia. Weitere von Somalis bewohnte Gebiete in Kenia, Äthiopien und Dschibuti blieben außen vor.

Korruption und Vetternwirtschaft kennzeichneten die erste, demokratische Periode der Republik. Sie endete 1969, als der damalige Präsident einem tödlichen Attentat zum Opfer fiel und sich anschließend sowjetfreundliche Militärs an die Macht putschten. Neuer starker Mann wurde der Offizier Mohamed Siad Barre. Seine anfänglich guten Beziehungen zur Sowjetunion kühlten sich ab, als er 1977 den Äthiopischen Bürgerkrieg als Gelegenheit betrachtete, den Nachbarn anzugreifen, um diesem dessen mehrheitlich von Somalis bewohnte Region Ogaden zu entreißen. Die Sowjetunion hielt zum neuen sozialistischen Regime im vormaligen Kaiserreich und Somalia näherte sich dem Westen an. Die Niederlage im sogenannten Ogadenkrieg und die schwindende Bedeutung Somalias für den Westen im Angesicht des Endes des Kalten Krieges kosteten den somalischen Diktator schließlich 1991 die Macht. Der Soldat und Politiker, dessen Name für viele Deutsche nach der Entführung der „Landshut“ lange Zeit positiv besetzt war, floh und hinterließ ein im Bürgerkrieg versinkendes Land.

1992 griffen die UN und die USA in den Bürgerkrieg ein. Ein Jahr später folgte die Bundeswehr mit dem Deutschen Unterstützungsverband Somalia. Die „Schlacht von Mogadischu“ wirkte jedoch nicht nur auf die US-amerikanische Bevölkerung ernüchternd. 1994 verließ ein Großteil der UN-Truppen Somalia, darunter auch die deutschen. 1995 wurde die UN-Mission offiziell beendet.

Rund zwei Jahrzehnte später scheint es nun wieder loszugehen. Diesmal allerdings nicht im Rahmen einer UN-, sondern einer EU-Mission. Warum sollten von den ehemaligen Besatzungsmächten der Bundesrepublik auch nur die Amerikaner Zugriff auf deren militärische Ressourcen haben?

Manuel Ruoff

Wie ein Preuße Fürst von Albanien wurde

Vor 100 Jahren betrat Prinz Wilhelm zu Wied erstmals sein Balkanfürstentum – Ein halbes Jahr später ging er ins Exil

Nach der Verdrängung der Osmanen vom Balkan kürten die fünf klassischen europäischen Großmächte und Italien den preußischen Adligen Wilhelm Prinz zu Wied zum Fürsten von Albanien. Damit verbunden war der Wunsch nach einer baldigen Stabilisierung des unruhigen Landes, das im Zuge des Ersten Balkankrieges den Schritt in die Unabhängigkeit gewagt hatte. Allerdings fand der Monarch nach seiner Inthronisierung, die im März 1914 erfolgte, weder die Unterstützung der Albaner noch die des Auslandes. Deshalb konnte er sich letztlich nur ein halbes Jahr an der Macht halten und musste dann mit Beginn des Ersten Weltkriegs flüchten.

Infolge des Ersten Balkankrieges herrschte Ende 1912 in Südosteuropa eine Goldgräberstimmung sondergleichen: Das Osmanische Reich geriet gegenüber Montenegro, Serbien, Bulgarien und Griechenland in die Defensive, weswegen diese vier Staaten versuchten, sich möglichst viele der bisher türkischen Gebiete anzueignen. Dabei rückte insbesondere Albanien in den Fokus der Aufmerksamkeit. Das Land war nach dem Tode seines Nationalhelden Gjergj Kastrioti Skanderbeg (1405–1468) von den Osmanen kolonisiert worden und nun faktisch herrenlos. Deshalb entsandten seine Nachbarn eiligst Okkupationstruppen. In dieser Situation trat ein albanischer Nationalkongress zusammen, dessen Vorsitzender Ismail Qemali Bey (1844–1919) am 28. November 1912 die unabhängige Republik Albanien proklamierte.

Und tatsächlich wurde das neue Albanien im Mai des Folgejahres von der Londoner Botschafterkonferenz der Mächte Russland, Österreich-Ungarn, Italien, Großbritannien, Frankreich und Deutsches Reich, welche die politische Neuordnung auf dem Balkan aushandelten, formell anerkannt. Allerdings unter der Bedingung, dass sich das Land in ein erbliches Fürstentum verwandele mit einem von den sechs Mächten gekürten Fürsten an der Spitze. Um keinen der albanischen Stämme zu bevorzugen, sollte der Herrscher jedoch nicht aus Albanien stammen.

Die Einigung auf einen geeigneten Kandidaten erwies sich freilich als komplizierter als gedacht, weil jede involvierte Partei einen eigenen Favoriten präsentierte: So nominierte Italien den Marchese di Auletta, der behauptete, in gerader Linie von Skanderbeg abzustammen, Frankreich schlug Marquis Joseph Ange Aurineta vor, der Gleiches für sich reklamierte, und so weiter – hinzu kamen weitere Vorschläge aus dem Vatikan, Montenegro, Ägypten, Griechenland und Albanien selbst, wodurch die Zahl der Kandidaten am Ende auf 19 stieg. Dadurch entstand eine absolute Pattsituation, die erst überwunden werden konnte, als die rumänische Königin Elisabeth den Vorschlag unterbreitete, ihren Neffen, den preußischen Rittmeister Prinz Wilhelm Friedrich Heinrich zu Wied (1876–1945), auf den albanischen Thron zu setzen. Der Sohn von Fürst Wilhelm Adolph Maximilian zu Wied (1845–1907), dem einstigen Präsidenten des Preußischen Herrenhauses und Vorsitzenden des rheinischen Provinziallandtages, schien tatsächlich eine durchaus kluge Wahl zu sein, weil er im religiös dreigeteilten Albanien, in dem 700 000 Moslems 300 000 griechisch-orthodoxen beziehungsweise 200 000 römisch-katholischen Christen gegenüberstanden, als Protestant noch am ehesten unparteiisch auftreten konnte. Zudem vermittelte der Prinz allgemein „den Eindruck eines großen und edlen Herrn, eines gediegenen, ernsten, redlichen ... Menschen, der entschlossen war, eine große Verantwortung ohne Illusionen auf sich zu nehmen und zu tragen“.

Wilhelm, der 1913 im 3. Garde-Ulanen-Regiment in Potsdam diente, hielt indes zunächst nichts von dem Angebot, worin ihn sein Vetter, der Deutsche Kaiser Wilhelm II., noch kräftig bestärkte: „Dass Du mir ja nicht auf den Unsinn mit Albanien hereinfällst.“ Dem Monarchen war es nämlich „überhaupt unsympathisch, dass ein deutscher Fürst sich dort blamieren sollte“. Am Ende obsiegte dann aber doch der Ehrgeiz des Prinzen und er formulierte zehn Forderungen, von deren Erfüllung er seine Zustimmung abhängig machte. An erster Stelle standen dabei das Agrément durch eine Deputation des albanischen Volkes sowie die Gewährung von Krediten seitens der Großmächte in Höhe von 75 Millionen Franc zur Finanzierung des Aufbaus der albanischen Staatsverwaltung.



Diente in der preußischen Armee: Wilhelm Friedrich Heinrich Prinz zu Wied

Bild: laif

Und tatsächlich erhielt Prinz Wilhelm zu Wied Ende 1913 die entsprechenden Zusagen, woraufhin er sich nun seinerseits bereit erklärte, „den neu erfundenen albanischen Thron“ zu besteigen. Kurz darauf, am 21. Februar 1914, trug ihm dann eine 18-köpfige albanische Delegation auf Schloss Neuwied formell die Krone des Balkanlandes an. Leiter der Abordnung war dabei Essad Pascha Toptani (1863–1920), ein ehemaliger osmanischer Offizier, der im nunmehrigen Fürstentum Albanien als Innen- und Verteidigungsminister fungieren sollte.

Danach ging alles ungeheuer schnell: Weil die Lage auf dem südöstlichen Balkan wieder zunehmend instabiler wurde, bat der österreichisch-ungarische Botschafter in Berlin zu Wied am 2. März, sich umgehend nach Albanien zu begeben, um dort für geordnete Verhältnisse zu sorgen. Und zumindest das Erstere tat der Fürst dann auch: Bereits fünf Tage später traf er an Bord der k.u.k. Kriegsyacht „Taurus“ im Adria-Hafen Durrës (Durazzo) ein und bezog dort zusammen mit seiner Gattin Sophie von Schönburg-Waldenburg Quartier in einem alten osmanischen Kasernengebäude.

Der Entschluss, in Durrës zu residieren, hat Wilhelm möglicherweise das Leben gerettet, denn schon bald überstürzten sich die Ereignisse aufs Dramatischste. Zuerst rissen griechische Freischärler im Süden des Landes die Macht an sich, dann brach im Mai 1914 eine Bauernrevolte aus, die von Toptani inszeniert worden war. Daraufhin sorgte der Fürst zwar für die Ausweisung des Ministers, aber die Lage blieb dennoch prekär, so dass sich sein Machtbereich bald nur noch auf Durrës beschränkte, das zudem von den aufständischen Bauern unter Haxhi Qamili (1876–1915) belagert wurde. Diese forderten nicht weniger als die Abdankung zu Wieds und die Einsetzung eines muslimischen Monarchen.

In dieser Situation hätte Berlin den Throninhaber von Albanien stützen müssen, doch nichts dergleichen passierte. Das veranlasste Wilhelm zu der verbitterten Äußerung: „England schickt für jeden Koch oder Hausknecht, dem im Ausland ein Haar gekrümmt wird, ein Kriegsschiff. Und was macht Deutschland für seinen Prinzen im Auslande?“ Darüber hinaus stellten die Großmächte mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges ihre Zahlungen an den Fürsten ein, weshalb dieser bald nicht einmal mehr die Soldaten entlohnen konnte, die seine Residenz verteidigten. Deshalb blieb ihm schließlich keine andere Wahl, als sich an Bord eines italienischen Kriegsschiffes zu flüchten und Albanien am 3. September 1914, nach nur 180 Tagen Herrschaft, für immer zu verlassen. *Wolfgang Kaufmann*

Er führte Bayerns Ostpreußen in die Landsmannschaft

Vor 125 Jahren wurde Ernst Ferdinand Müller geboren, Stellvertretender Sprecher der LO und Vorsitzender der Landesgruppe Bayern

Ernst Ferdinand Müller, dessen Geburtstag sich am 10. März zum 125. Mal jährt, gehörte zu den profiliertesten im Dienst ihrer Heimat engagierten Persönlichkeiten Ostpreußens. Der Professor und Doktor wurde als Gutsbesitzersohn und Nachkomme einer unter Friedrich Wilhelm I. 1732 nach Ostpreußen eingewanderten Salzburger Exilanten-Familie in Schilleningken, Kreis Gumbinnen geboren. Nach dem Besuch des traditionsreichen Elbinger Gymnasiums studierte er in Leipzig und an der Königsberger Albertina, promovierte zum Dr. phil. und war in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg Leiter des „Ostdeutschen Heimatdienstes“. Ab 1922 wandte er sich der wissenschaftlichen Betätigung zu: Er wurde Direktor des Statistischen Amts der Provinz Ostpreußen und lehrte in dieser Position ein Jahrzehnt lang an der Albertus-Universität Königsberg.

1939 verlegte Müller seinen Wohnsitz nach München. Er wurde zum Direktor des Statistischen Amts der Stadt München und zum Professor für Statistik und Betriebswirtschaft an der Münchner Technischen Hochschule berufen.

Ab 1939 führte er den Verein heimattreuer Ost- und Westpreußen in Bayern

Noch im selben Jahr übernahm er die Führung des „Vereins heimattreuer Ost- und Westpreußen in Bayern“, der bereits 1920 von dem aus Königsberg stammenden bekannten Arktis- und Antarktisforscher und späteren Rektor der Universität München Erich von Drygalski gegründet worden war und eine rege kulturelle Aktivität entwickelt hatte. Der Verein bestand bis 1945, führte zahlreiche Veranstaltungen durch und regelmäßige Zusammenkünfte – selbst noch in den letzten Kriegsjahren, wie die erhalten gebliebene Chronik bezeugt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg fanden sich in München nach Bayern verschlagene Ost- und Westpreußen zunächst in loser Form zusammen und suchten Anschluss an die dort bereits ansässigen Landsleute. Wieder war es Müller, der mit großer Einsatzbereitschaft die Organisation für einen Zusammenschluss übernahm. Im Sommer 1947 begründete er wider das damals noch wirksame Verbot der Besatzungsmacht eine Hilfsgemeinschaft für seine heimatvertriebenen Landsleute, die sich später den Namen „Ostpreußenbund in Bayern – Hilfsverein für heimattreue und vertriebene Ostpreußen“ gab und am 21. Juni 1949 als Verein eingetragen wurde.

Müller war während seiner Amtszeit als Vorsitzender des Vereins und später als Erster Vorsitzender der aus dem Verein hervorgegangenen Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe Bayern, ein fürsorglicher, seinen Landsleuten Halt und Haltung gebender „Landesvater“, der ihnen auch bei der Arbeits- und Wohnungssuche sowie bei der Familienzusammenführung tatkräftige Hilfe leistete.

Nachdem auf Bundesebene die Landsmannschaft Ostpreußen – die sich zunächst organisatorisch auf die Heimatkreisgemeinschaften abstützte – entstanden war, setzte Müller am 10. Juli 1949 auf der großen Ostpreußentagung in Hannover die Eingliederung des Ostpreußenbunds als Landesverband in die Landsmannschaft durch. Am 22. Juli 1949 wurde die Bildung einer „Arbeitsgemeinschaft der ostdeutschen und südostdeutschen Landsmannschaften in Bayern“ beschlossen.

1949 gründete er den Ostpreußenbund in Bayern, die heutige LO-Landesgruppe Bayern

1950 wurde Müller zum Stellvertretenden Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen gewählt. Er unterhielt besonders enge Kontakte zu ihrem ersten Sprecher Ottomar Schreiber, mit dem er freundschaftlich verbunden war.

Zu einem vielbeachteten Ereignis wurde das „Große Heimattreffen aller Ost- und Westpreußen“ aus allen Teilen Bayerns am 6. Mai 1951 in der BMW-Festhalle zu Karlsfeld bei München. Über 4000 Landsleute nahmen daran teil. Unvergesslich blieb die Rede Müllers, die mit einer eindrucksvollen Proklamation zur Aufbauleistung der Heimatvertriebenen schloss.

Mitte 1952 wurde der „Ostpreußenbund in Bayern“ umbenannt in „Landsmannschaft Ostpreußen/Landesgruppe Bayern“. Landesvorsitzender war wiederum Ernst Ferdinand Müller.

Im Herbst 1954 legte Müller seine Ämter in der Landesgruppe nieder, weil eine neue dienstliche Verwendung im Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft in Frankfurt am Main die Verlegung seines Wohnsitzes erforderlich machte. Er zog nach Bad Soden im Taunus und widmete sich fortan der „wissenschaftlichen Seite der heimatpolitischen Arbeit“, wie er es selbst ausdrückte. In enger Verbindung mit dem Herder-Institut in Marburg, dem Göttinger Arbeitskreis, der Ostdeutschen Akademie in Lüneburg und anderen Forschungsinstituten befasste er sich mit der Sammlung und Auswertung zeithistorischer Dokumente und Veröffentlichungen. Der landsmannschaftlichen Aufgabe fühlte er sich nach wie vor mit Rat und Tat verbunden.

Aus dieser selbstlosen und unermüdlichen Schaffenskraft riss ihn der Tod am 4. September 1957. Seine Urne wurde auf dem Westfriedhof in Nürnberg beigesetzt. Er war sein Leben lang ein vorbildlicher Herold seiner ostpreußischen Heimat geblieben.

In seinem Geist nahm die „Ost- und Westpreußenstiftung in Bayern“, die im Untertitel ihrer Bezeichnung seinen Namen aufnahm, 1971 ihre Arbeit auf, um das kulturelle Werk Müllers fortzuführen. *E.B.*

Die Familien sind die Dummen

Zu: Von der Leistung abgekoppelt (Nr. 4)

Ein für alle gerechtes Rentenrecht wird es nicht geben können, dazu sind die Biografien zu unterschiedlich. Aber nach wie vor gilt doch, dass die Rente ein sogenannter Generationenvertrag ist, was heißt, dass die arbeitende Generation (die Jungen) mit ihren Beiträgen und Steuern die Altersversorgung der Alten bezahlt. Dieser sogenannte Generationenvertrag wird mehr und mehr ausgehebelt. Die Profiteure der aktuellen Situation sind die Kinderlosen, die ihr ganzes Leben beruflich tätig sein konnten, sich eigenes Vermögen ansparten und jetzt mit zwei Renten oder Pensionen in Saus und Braus leben können. Die Familien, die Kinder unter Verzicht großzogen, ihnen eine gute Ausbildung ermöglichten und jetzt mit einer immer mehr zusammengestrichenen Rente leben müssen, sind die Dummen. Ich gestehe, dass ich zu diesen Dummen gehöre. Alle drei Söhne haben eine akademische Ausbildung erhalten, meine Frau konnte nicht berufstätig sein, Erziehung und Betreuung ließen das nicht zu. Als sie mit knapp 50 wieder Bewerbungen schrieb, kam kein Echo mehr. Jetzt bekommt sie mit einem Rentenpunkt für die Kinder monatlich 135 Euro, aber nur deshalb, weil wir noch freiwillig einen Betrag nachbezahlt hatten, um überhaupt eine kleine Anwartschaft zu erzielen.

Merkwürdigerweise muss sich meine Frau jetzt wohl als Auslutscherin der jungen Generation beschimpfen lassen, weil sie eventuell 56 Euro Rente mehr bekommt für die Erziehungsleistung der drei Kinder, die derzeit Höchstbeiträge in die Renten- und Steuerkassen bezahlen. Das kinderlose Lehrerehepaar beschäftigt sich jetzt dafür in seinem Ruhestand mit dem Problem, wohin sie reisen sollen und wo sie am besten ihr Geld anlegen. Ach ja, um Gottes willen, sie müssen die Pensionen sogar versteuern, was für eine Ungerechtigkeit! **Peter Schumacher, Melsungen**

In Brüssel regiert eine Diktatur

Zu: Selbsterhaltungstrieb (Nr. 6)

Mein Dank gilt allen Schweizern, die abgestimmt haben, egal ob dafür oder dagegen. Sie haben direkte Demokratie gelebt. Darauf kommt es an. Die Blitzreaktion der europäischen „Kommission“, sofort Verhandlungen über den Stromhandel mit der Schweiz zu stoppen, zeigt, dass in Brüssel eine Diktatur regiert. Bisher haben weder das Parlament noch die Regierung der Schweiz etwas entschieden. Also bestraft der illegale Diktator in Brüssel – sofort aus der Hüfte schießend – ein ganzes Volk. Das ist finsteres europäisches Mittelalter. Wer außer dem regionalen Souverän soll denn darüber entscheiden, ob rund ein Viertel Zuwanderung bereits zu viel oder immer noch zu wenig ist? Es geht doch gar nicht um die Freizügigkeit als solche, es geht doch nur um ihr Ausmaß? Auch bei diesem Thema darf es keine Unmäßigkeit geben.

Und dann dieser Spruch über Twitter in die ganze Welt hinaus von einem SPD-Vizevorsitzenden. Damit ist die SPD für mich unwählbar geworden, weil zwischen Frank-Walter Steinmeier und Ralf Stegner mehr Distanz ist als zwischen Willy Brandt und Erich Honecker. Solange die SPD so im Trüben fischt, macht das keinen Sinn mehr. Noch besser als AfD wäre eine „Alternative für mehr regionale direkte Demokratie in Deutschland“. **Dr. Gerhard Stehlik, Hanau**

Verlierer steht fest

Zu: Revolution mit offenem Ausgang (Nr. 6)

Egal, wer aus dem Machtringen als Sieger hervorgeht; die Demokratie als solche verliert. Eine Ratingagentur hat kürzlich die Bewertung der Ukraine weiter gesenkt. Das ist logisch und richtig. In dieser Situation wird Moskau den 15-Milliarden-Dollar Kredit sicher noch mal überdenken. Sollte sich Westeuropa durchsetzen (nicht: Europa!) wird es auch mit dem Vorzugspreis für Gas bald vorbei sein. Die Ukrainer können das alles nicht bezahlen, aber die EU, genauer: Deutschland, kann es. Mit weiteren Krediten, die letztlich über eine Vermögensabgabe bezahlt werden müssen. **Jürgen Kunz, Buchen**

Unverständlich

Zu: Wem gehört der Welfenschatz? (Nr. 5)

Es ist wenig verständlich, dass die israelische Kulturministerin Livnat Restitutionsforderungen an den Welfenschatz stellt und dies mit der hohen Bedeutung für das jüdische Volk und den Holocaust-Überlebenden begründet. Dieses christlich-abendländische Kulturgut unseres Volkes hat für unser Land eine große kulturhistorische Bedeutung. Dass es sich nicht um ein jüdisches Kulturgut handelt, ist Israel wohl bewusst, wie könnte es sonst sein, das der jüdische Staat erst 2008 ein Interesse an den Exponaten zeigte und ein Restitutionsbegehren auf Entschädigung und Wiedergutmachung geltend gemacht hat. Diesem wichtigen ideellen kulturhistorischen Aspekt sollte Israel sich nicht verschließen und was die Frage des Eigentums und Forderungen angeht, dieses Begehren nochmals überdenken. **Joachim Moeller, Berlin**


Bild: action press

Kinderlose privilegiert? Elternpaar mit zweijährigem Sohn und fünf Monate alter Tochter

Aufbauarbeit

Zu: Raserei im Schauspielhaus (Nr. 6)

Guter *PAZ*-Artikel. Nicht verständlich ist allerdings die Unvollständigkeit der Nachkriegsgeschichte des Deutschen Schauspielhauses Hamburg. Hat die erst mit der schillernden Figur Gründgens seinen Wiederanfang genommen? Mitnichten. Die Aufbauarbeit dieses Hauses machten andere. Kommissarisch 1945 R. Külus. Kurzfristig A. Hellmer von 1946/48 und danach der Staatsschauspieler, Regisseur und Intendant Albert Lippert (1948–1955). Nur wer die damalige Zeit der Hindernisse und Einschränkungen seitens der Besatzungsmächte kennengelernt hat, kann die Aufbauleistungen von Lippert in Hamburg als würdig befinden. Gründgens hat sich in ein für seine Zeit gemachtes Nest gesetzt. Die *PAZ* legt doch ansonsten sehr korrekt immer Wert darauf, zeitliche Zusammenhänge auch als solche darzustellen. **Erich Lippert, Detmold**

Lüge als Waffe

Zu: Entfesselter Wille zum Hass (Nr. 5)

Im Zuge meines Magisterstudiums (Geschichte, Anglistik) hatte ich eine Hausarbeit mit dem Thema „Der Krieg mit der Lüge als Waffe“, also dem sinngemäß gleichen Thema, angefertigt. Ich kam damals (1999) zu dem Ergebnis, dass im Verhältnis zur psychologischen Subtilität der englischen Propaganda die deutsche geradezu naiv und tölpelhaft war. **Dr. Hans-Joachim Kucharski, Mühlheim**

Einzug der AfD

Zu: Die Waffen liegen bereit (Nr. 5)

Der Einzug ins Europaparlament ist der AfD zu wünschen. Leider ist es so, dass dieses Parlament nicht allzu viel zu beschließen hat. Es muss jedoch dort unbedingt Stimmen geben, welche die Probleme beim Namen nennen (wenn sie schon nicht die Macht haben, sie zu lösen). Es wird in jedem Falle ein mediales Ereignis, da wird auch der Hauptstrom nicht mehr schweigen können. **René Jäck, Bad Belzig**

»Heute hat das Volk entschieden – Morgen beginnt die Arbeit im Bundeshaus«

Zu: Selbsterhaltungstrieb (Nr. 6)

Mehr als die Hälfte aller stimmberechtigten Schweizerinnen und Schweizer hat an diesem Sonntag an den Abstimmungen teilgenommen. Einmal mehr haben sie an der Urne den Kurs ihres Landes bestimmen können. Die Bestrebungen von Religiösen und Konservativen (O-Ton von SRF), den vernünftig geregelten Schwangerschaftsabbruch mit der Forderung zu belasten, er dürfe nicht mehr von den Krankenkassen bezahlt werden, ging eindeutig bachab – 70 Prozent der Abstimmenden sagten „Nein“ zu dieser Initiative.

Hingegen ist die „FABI“- (Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur-)Vorlage die einen weiteren Ausbau des nationalen Schienennetzes und dessen Finanzierung regelt von 62 Prozent der Abstimmenden angenommen worden. Dies, obschon unselbstständig Erwerbende für die berufsbedingten Fahrkosten bei der direkten Bundessteuer künftig maximal 3000 Franken vom steuerbaren Jahreseinkommen abziehen können und die Mehrwertsteuer zeitlich befristet um 0,5 Prozent auf neu 8,5 Prozent (Normalsatz) angehoben wird.

Vor allem interessiert sich das Ausland für den Ausgang der Abstimmung über die Initiative der SVP „Stopp der Masseneinwanderung“. Haarscharf haben die abstimmenden Schweizerinnen und Schweizer diese mit 50,3 Prozent „Ja“ angenommen, obschon der Bundesrat und die eidgenössischen Räte die Vorlage zur Ablehnung empfohlen hatten, obschon auch alle übrigen Parteien von links bis rechts ebenso wie die Arbeitgebervereinigungen und die Gewerkschaften die „Nein“-Parole ausgegeben hatten. Wir erinnern uns: 1992 hatten an der Abstimmung über einen Beitritt zum EWR über 78 Prozent der Stimmberechtigten teilgenommen. Auch damals war die in Deutschland als „rechtspopulistisch“ apostrofierte SVP auf sich allein gestellt gewesen. 50,3 Prozent der Abstimmenden hatten die Vorlage abgelehnt, die die Vorstufe zu einem EU-Beitritt hätte sein sollen. Mit diesem Entscheid ist die Schweiz gut gefahren.

Jetzt heißt es abwarten: Der Bundesrat und die eidgenössischen Räte haben nun drei Jahre Zeit, aus dem neuen Verfassungstext ein Gesetz zu gießen. Der Initiativtext lässt einen beträchtlichen Spielraum offen. Er enthält auch ein Notventil. Bis zu einem auch vom Volk akzeptierten Gesetz (Referendum) hat die EU mit der Kündigung der bilateralen Verträge zu warten. Die Annahme der Initiative hat die Verträge der Schweiz mit der EU in keiner Weise geändert; sie sind nach wie vor in Kraft. Zudem: Verschiedene westeuropäische Regierungsmitglieder haben schon vor der schweizerischen Abstimmung Kritik an der Personenfreizügigkeit innerhalb der EU geübt – etwa der britische Premier David Cameron. Auch in Deutschland haben gewichtige Politiker Vorbehalte angebracht. Neuverhandlungen – „Nachjustierungen“ wie bei der Energie-Wende – sind jetzt eine Option. Einmal mehr zeigt sich, dass die in Deutschland so beliebten Umfragen absolut unzuverlässig sind: Aus den Umfragen ergab sich ein „Ja“-Anteil von weniger als 40 Prozent. Die Umfragen prognostizierten also eine eindeutige Ablehnung der Vorlage. Umfragen sind Momentaufnahmen, unverbindlich, je nach Thema will man sich auch bedeckt halten. O-Ton des SRF-Korrespondenten in Bern: „Heute hat das Volk entschieden – Morgen beginnt die Arbeit im Bundeshaus.“ **Jürg Walter Meyer, Leimen**

Gleiche Werte

Zu: Wie Friedrich der Große nach Pennsylvania kam (Nr. 5)

Viele Intelektuelle wie Doug Casey und Bill Bonner sehen den Kriegseintritt der USA 1917 (wie auch die Gründung der Fed 1913) als einen der größten Fehler der US-Geschichte an. Nach dem Zusammenbruch des Dollar-Imperiums ist eine amerikanisch-deutsch/preußische Allianz mehr als vorstellbar. Amerikaner und Deutsche haben im Grunde die gleichen Werte. **Jörn Gebert, Frankfurt am Main**

»Schönreden« statt Abhilfe

Zu: Was die anderen dürfen (Nr. 4)

Die Gier nach Macht sitzt in fast allen unseren Politideologen so tief, dass sie ihrer eigentlichen Aufgabe zum Wohle des Volkes nur noch ein „Schönreden“ der bitteren Realität im Lande entgegenzusetzen haben. Diebstahl, Kriminalität und Gewalt auf den Straßen sowie einer völligen Überfremdung im eigenen Land steht die Bevölkerung fast hilflos gegenüber. Selbst die Polizei zieht es häufig vor, besondere Brennpunkte gar nicht mehr zu betreten. In vielen Dörfern schützen bereits freiwillige Bürgerwehren die Bewohner vor nächtlichen Überfällen. Alle Migrantenheime unterliegen dagegen einem besonderen Schutz, und vielen Neuankömmlingen geben Linke und Grüne bereits Hilfestellung bei den ihnen zustehenden Privilegien in Deutschland. Über die zusätzlichen Kosten wird Stillschweigen bewahrt.

Auch bei dem überstürzten Atomausstieg waren es überwiegend die Grünen, die über Jahrzehnte nur Angst und Horrorszenarien unter der Bevölkerung verbreiteten. Mit ihren Sitzblockaden erschwerten sie jede Suche nach einen Endlager für Restmüll. Ohne Kernenergie als „Sicherheitsreserve“ steht der Industriestaat Deutschland unausweichlich vor dem Ruin mit einem nicht bezahlbaren Schuldenberg. **Dr. W. Hanau, Berlin**

Bei der Steuer ist es an der Zeit für durchgreifende Maßnahmen

Zu: Moralkönigin in Erklärungsnot (Nr. 6)

Nach den in letzter Zeit und den letzten Tagen bekannt gewordenen brisanten Steuerbetrugsfällen ist es an der Zeit, dass die Politik endlich durchgreifende systemrelevante Maßnahmen einleitet. Ein Grund dafür, dass Kapitalströme dieses Ausmaßes überhaupt aus den Augen verloren gingen, ist unser total undurchsichtiges und kapitalkräftige Bevölkerungsteile begünstigendes Steuersystem. Wenn der Staat durch steuerlich absetzbare Geldanlagen, wie zum Beispiel Schiffsfinanzierungen in Korea, dann die für ihn später nicht mehr überschaubaren Verschiebungen in Bewegung setzt, darf er sich nicht wundern, wenn er die Kontrolle darüber verliert, wohin das Geld später weiter gewandert ist, und dann nur noch durch gekaufte Steuer-CDs einen geringfügigen Steueranteil wieder für den Fiskus zurückholen kann. Die Große Koalition konnte und könnte das mit einem Federstrich erledigen, aber sie hat das nicht in ihrer Zeit von 2005 bis 2009 getan und auch von 2013 bis 2017 wird sie es nicht tun, dazu stekken zu viele Politiker, wie in Berlin gesehen, „selbst mit drin“.

Von den ehrlichen Steuerzahlern wird jetzt erwartet, dass unter möglicher Beibehaltung der strafbefreienden Selbstanzeigen absolut alle hinterzogenen Steuern nachgezahlt werden müssen. Es ist doch nicht einzusehen, dass, wie bekannt geworden ist, über 30 Jahre hinterzogen wird und nachträglich nur für zehn Jahre nachentrichtet werden muss – ein tolles Steuersparmodell. Lohnsteuerpflichtige, die per Abzugsverfahren nichts hinterziehen können, müssten sonst aus Gründen der Gleichbehandlung einen entsprechenden nachträglichen Pauschalausgleich bekommen. Auch wird im Fall Alice Schwarzer von der Öffentlichkeit eine Überprüfung dahingehend erwartet, ob die ihr in vielen Jahren durchgängig gewährten hohen Zuschüsse aus Steuermitteln nicht auch zum Teil in die Schweiz geflossen sind.

Und im Fall des Berliner Staatssekretärs sei angemerkt, dass ein Oberinspektor seiner Behörde ganz sicher per Disziplinarmaßnahme sofort aus dem Dienst entfernt worden wäre und zusätzlich seinen Beamtenstatus verloren hätte. Aber ein Berliner Staatssekretär ist eben nur ein politischer Beamter, und ein solcher bekam von seinem Boss Wowereit wenigstens eine einjährige begünstigende Karenzzeit. Hier sieht man mal wieder, eine Krähe hackt der anderen nicht die Augen aus! **Helmut von Binzer, Hamburg**

Das Ostpreußenblatt

Nr. 8 – 22. Februar 2014

MELDUNGEN

Urlaubskomplex im Schloss

Angerburg – Die Stadt Angerburg bemüht sich um einen Zuschuss für den Bau eines Hotel- und Erholungskomplexes im denkmalgeschützten Schloss in Steinort. Neben einem Hotel der Premiumklasse mit 1000 Betten auf mehr als 100 Hektar Fläche sollen ein Golfplatz, ein Landeplatz für Leichtflugzeuge und Hubschrauber sowie ein Wellness-Bereich mit vielen neuen Arbeitsplätzen entstehen. Die geschätzten Kosten der Anlage, gebaut in öffentlich-privater Partnerschaft, belaufen sich auf umgerechnet über 48 Millionen Euro. Die Arbeiten sollen im Einvernehmen mit der Deutschen Denkmalstiftung, die Eigentümerin des Schlosses in Steinort ist, vorgenommen werden, sagte der Stellvertretende Bürgermeister von Angerburg, Andrzej Lachowicz. Dank dieser Investition soll sich der Tourismus entwickeln. Das Objekt soll noch vor Beginn der Fußballweltmeisterschaft 2018 in Russland fertiggestellt werden. Einige Spiele werden in der Nachbarschaft von Angerburg, im Königsberger Gebiet ausgetragen. Von den Spielen könnte, nach Meinung von Lachowicz, auch der Hotel- und Erholungskomplex in Steinort profitieren. Die Investition befindet sich auf der Liste der „Schlüssel"-Projekte des Regionalprogramms der Europäischen Union für Ermland und Masuren der Jahre 2014 bis 2020. Nach der Befürwortung des Projektes durch die Woiwodschaftsverwaltung und der Bewilligung einer etwaigen Bezuschussung von 50 Prozent werden das Ministerium für Regionalentwicklung und die Europäische Union entscheiden. *PAZ*

Streit um Luisenrotunde

Königsberg – Die geplante Restaurierung der Luisenrotunde im Königsberger Stadtpark wird wohl noch lange auf sich warten lassen. Noch immer gibt es keine Einigung zwischen den städtischen Behörden und dem Eigentümer des in der Nähe des Denkmals befindlichen Cafés „Mama", Alexander Kubrak. Laut Bürgermeister Alexander Jaroschuk, der sich auf Drängen der Bürgerinitiative, die für eine Wiederherstellung des Denkmals kämpft, selbst für dessen Erhalt einsetzt, hat die Stadt mit dem Café-Betreiber Gespräche geführt und über eine Entschädigung verhandelt. Dieser wolle aber nicht einlenken. Aus Sicht des Café-Betreibers stellt sich die Situation jedoch anders dar. Der Bürgermeister habe nie mit ihm gesprochen und eine Entschädigung sei ihm erst recht nicht angeboten worden. Darüber hinaus plant er einen Umbau des stark modernisierungsbedürftigen Cafés. Wahrscheinlich wird erst ein Gericht den Streit schlichten können. Dass die Sache nicht vorankommt, mag auch an den Restaurierungskosten von umgerechnet rund 105 000 Euro liegen, die aufzubringen sich weder die Gebiets- noch die Stadtregierung verpflichtet fühlt. *MRK*

Zum Jubeln bestellt

Schlechte Umfragewerte für Olympische Spiele: Königsberger Politiker ordnen »Flashmob« an

Das gigantische Ausmaß, mit dem Russland die Olympischen Winterspiele im subtropischen Sotschi austrägt, stößt nicht nur im Westen auf Kritik. Umfragen zeigen, dass viele Russen bezweifeln, dass Sotschi die lahmende russische Wirtschaft beflügeln wird. Um eine positive Olympialaune zu erzeugen, ordneten Königsberger Behörden Massenversammlungen nach sowjetischem Muster an, bloß das sie heute die moderne Bezeichnung „Flashmob" tragen.



Gingen im Bad der Menge förmlich unter: Gouverneur Nikolaj Zukanow und Bürgermeister Alexander Jaroschuk (re. Mitte) Bild: J.T.

Die Olympischen Winterspiele in Sotschi hatten schon lange ihre Schatten vorausgeworfen: Seit sieben Jahren wurde die in subtropischem Klima liegende Stadt Sotschi am Schwarzen Meer völlig umgekrempelt. Die immensen Ausgaben für die riesigen Bauprojekte regen viele Russen auf, weil sie befürchten, dass die darauf verwendeten Haushaltsmittel Kürzungen bei Sozialausgaben nach sich ziehen.

Auch bei den Königsbergern schien sich, nachdem 100 Tage vor Eröffnung der Spiele das Olympische Feuer durchs Gebiet getragen worden war, Olympiamüdigkeit bemerkbar zu machen. Deshalb versuchten die Regierenden, den Olympischen Geist auf ungewöhnliche Weise wiederzubeleben: Zwei Tage vor der offiziellen Eröffnungsfeier erhielten alle Institute und Universitäten der Städte einen Brief von Viktor Lusow, dem für Sport und Jugendpolitik zuständigen Abteilungsleiter der Königsberger Stadtverwaltung. Darin bat er die Leiter der Lehranstalten, ihre Studenten zur Teilnahme an einem Tanz-„Flashmob" zu bewegen. Veranstaltungsort sollte der Platz beim Denkmal „Mutter Russland" im Königsberger Zentrum sein. In dem Brief hieß es: „Wie Sie wissen, ist ein Flashmob ein Phänomen, das vor kurzem aus westeuropäischen Ländern und den USA nach Russland gekommen ist. Dabei verabreden Menschen sich freiwillig über soziale Netzwerke zu Versammlungen, bei denen sie schreien, tanzen, singen oder sich sogar ausziehen. Die Stadtverwaltung hat beschlossen, sich auf traditionelle Kommunikationskanäle wie Facebook zu beschränken und nach altbewährten Methoden im Stile der sowjetischen Paraden zum 1. Mai zu verfahren." In der Sowjetära wurden Versammlungen in Unternehmen organisiert und wenn ein Mitarbeiter ohne wichtigen Grund fehlte, wurde sein Verhalten bei der nächsten Kollektivversammlung gerügt. Am Ende seines Briefes betonte Lusow, dass die Bemühungen der Teilnehmer nicht unbelohnt bleiben würden: „Nach der Veranstaltung werden Fotos und Videoaufnahmen dem Organisationskomitee ‚Sotschi 2014' übergeben und dort wird anschließend bewertet, wie die Königsberger für Olympia getanzt und zur Freude beigetragen haben."

Gemessen an den Kosten, mit denen Olympia das russische Budget belastet hat, müssten die Studenten bis zum Umfallen springen, damit jeder sich eine Vorstellung von der gigantischen Summe machen kann. Dass die Olympischen Winterspiele in Sotschi die teuersten aller Zeiten sind, ist hinreichend bekannt. Weniger bekannt war bisher die Meinung der Russen hierzu. Das Levada-Zentrum hat vor Beginn des Großereignisses eine Umfrage durchgeführt. Demnach glauben nur 23 Prozent, dass die Olympischen Spiele das Ansehen der Russen und des russischen Staates verbessern können. Knapp die Hälfte der Befragten ist überzeugt, dass ein erheblicher Teil der Mittel veruntreut wurde.

Bürger befürchten soziale Kürzungen

Eine Überraschung brachte auch eine Umfrage der staatlichen VZIOM (Allrussisches Zentrum für die Untersuchung der gesellschaftlichen Meinung), die ebenfalls vor Beginn der Spiele erhoben wurde. Demnach beabsichtigte kein einziger der befragten Russen, die Olympischen Spiele zu besuchen. Die Mehrheit derjenigen, die nach Sotschi reisen wollten, kam aus den vergleichsweise wohlhabenden Metropolen Moskau und Sankt Petersburg, denn eine Fahrt dorthin können sich nur gut Betuchte leisten. Ein Reisepaket nach Sotschi kostet umgerechnet etwa 7300 Euro, das durchschnittliche Einkommen liegt bei umgerechnet 520 Euro im Monat. Dazu schrecken die strengen Sicherheitsauflagen Besucher ab. Mehrmalige Überprüfungen am Tag sind normal. Gäste der Stadt müssen neben ihrem normalen Pass einen besonderen „Olympia-Fan-Pass" vorweisen, denn in der Zeit vom 7. Januar bis 21. März gelten in der Stadt besondere Sicherheitsbestimmungen. Um den Olympia-Fan-Pass zu erhalten, muss man sich auf einer Internetseite registrieren und eine Reihe von Fragen beantworten und erst dann kann man das Dokument im Zentrum für Zuschauerregistrierung abholen.

Diese besonderen Umstände und die Sorge um den Verfall des Rubels sowie die unsichere wirtschaftliche Zukunft haben viele Russen davon abgehalten, nach Sotschi zu fahren.

Der „Flashmob" in Königsberg hat trotzdem stattgefunden. Es gab sogar zwei. Am 7. Februar, nur wenige Stunden vor der Eröffnungsfeier, fand ein Tanz-„Flashmob" am Denkmal „Mutter Russlands" statt, bei dem sich auch Gouverneur Nikolaj Zukanow und Bürgermeister Alexander Jaroschuk unters Volk mischten. Sie begrüßten die Anwesenden, sprangen herum und auf ihren Gesichtern war deutliche Freude über das gelungene Ereignis zu sehen.

Auf dem Hansaplatz kam eine zweite Massenveranstaltung zustande. Einige hundert Menschen versammelten sich, in erster Linie Studenten und Schüler, die in der Form der fünf olympischen Ringe aufgestellt waren. Die Organisatoren der Veranstaltung hatten einen mobilen, zehn Meter hohen Turm aufgebaut und animierten die Anwesenden zum Lachen und Spaß haben. Die Teilnehmer hielten Hunderte bunter Luftballons in den Händen, die sie zum Schluss gemeinsam in die Luft steigen ließen. *Jurij Tschernyschew*

Botanischer Garten wird moderner

Königsberger Universität plant neben einem Neubau der Orangerie umfangreiche Umgestaltungen

Der Botanische Garten in Königsberg soll einmal zu einer der beliebtesten Sehenswürdigkeiten der Stadt werden. Geplant sind außer einer neuen Orangerie umfangreiche Umgestaltungsarbeiten.

Einst einer der schönsten Gärten Deutschlands

Die Grünanlage gehört neben dem Tiergarten zu den wenigen Naturdenkmälern, die aus der Vorkriegszeit erhalten geblieben sind. Leider ist er aber seit vielen Jahren dem Verfall preisgegeben und ein wenig in Vergessenheit geraten. Der Botanische Garten, der vor dem Krieg als praktischer Anschauungsort für den Unterricht der städtischen Schulen genutzt wurde, soll bald seine ursprüngliche Bestimmung zurückerhalten. In den Orangerien und Gewächshäusern züchtete man exotische Gewächse, verschiedenartige Blumen, Arzneipflanzen, Obst und Gemüse. Er galt als einer der schönsten Botanischen Gärten Deutschlands.



Utopisches Äußeres: Modell der geplanten Orangerie Bild: J.T.

Während des Krieges hat der Garten großen Schaden genommen. In der Sowjetära wurde er zwar wiedererrichtet, doch wechselten die Zuständigkeiten mehrfach, bis er 1967 der Staatlichen Universität als Lehrgarten übergeben wurde. Der Park ist mit seinen zirka 13 Hektar nicht besonders groß, dennoch sind dort 2500 verschiedene Pflanzenarten zu sehen und auf seinem Gelände gibt es malerische Teiche, Beete und seltene Gehölze. In der Mitte gibt es eine Orangerie, die sich in beklagenswertem Zustand befindet. Nachdem die Orangerie zwischen 1940 und 1950 wieder aufgebaut worden war, hat man kaum etwas erneuert.

Seit die Universität den Status einer Lehranstalt mit föderaler Bedeutung hat, und ihr deshalb großzügig Finanzmittel zur Verfügung gestellt wurden, gibt es auch neue Pläne für den Botanischen Garten. 2011 wurde die Erneuerung des Gartens beschlossen. Eigentlich sollte das Projekt schon 2012 umgesetzt werden, aber es wurde verschoben. Jetzt sind die Arbeiten für Sommer 2014 geplant. Die alte Orangerie soll abgetragen werden und an ihrer Stelle ein Neubau entstehen. Das Gebäude wird größer sein und fünf verglaste Fensterfelder sollen ihm ein modernes und ungewöhnliches Äußeres verleihen.

In den Feldern werden Gewächse der verschiedenen Klimazonen vorgestellt. Die maximale Höhe des Neubaus beträgt 20 Meter, die für die Palmen ausreichen sollen.

Das Budget für die Arbeiten beträgt umgerechnet 3,8 Millionen Euro. Die Universität hofft auf weitere Unterstützung aus dem Staatshaushalt, aber auch ohne weiteres Geld will man mit der Umgestaltung beginnen. *J.T.*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

ich habe noch den Geschmack auf der Zunge, diesen sahnig-cremigen Karamellgeschmack, wenn die unregelmäßig geformten Klumpen sofort zerschmolzen, nachdem man sie in den Mund gesteckt hatte, unvergleichlich in ihrer zarten Süße. Wir holten sie aus einem kleinen Königsberger Lädchen, das sich in der Steilen Straße befand und das so gar nicht zu den üblichen Geschäften hier auf dem Sackheim passte, die auf den täglichen Bedarf der hart arbeitenden Bewohner zugeschnitten war – aber es lag schon dicht an der Königstraße, einer lebhaften Einkaufsstraße mit ihren Delikatessläden und Spezialgeschäften. Zwei ältere Damen verkauften hier Süßigkeiten wie Pralinen, Bonbons und Kekse, die meisten in Eigenproduktion hergestellt, und dazu gehörten die „Baltischen Sahnebonbons“, dieser süße Traum meiner Kindheit. Sie wurden vor den Augen der Kundschaft von einem hochkantigen Blech abgeschnitten, auf dem sich die gelbbraune Masse befand, eine aufwendige Verpackung hätten sie kaum überstanden in ihrer zerbrechlichen Konsistenz. Unvergleichbar und unvergessen! Denn es genügte nur eine Leserzuschrift, um in mir die Erinnerung zu wecken, und auch für die Absenderin hatte allein ein Name in unserer Familienkolumne bewirkt, das Keks-Paradies ihrer Kindheit wieder lebendig werden zu lassen. Dieses Schlaraffenland lag allerdings nicht in Königsberg sondern in Berlin, und so fand Frau **Anorte Großkreuz** geborene **Worseck** aus Aachen den Weg dahin zurück:

„Vor einiger Zeit veröffentlichten Sie eine Anfrage nach dem Namen ‚Kerwien‘. Wie das so geht, kam plötzlich eine Erinnerung an die Kindertage in den 60er Jahren, und die führte mich nach Berlin-Neu Tempelhof in die Manfred-von-Richthofen-Straße. Dorthin führte der tägliche Einkaufsweg mit meiner Mutter. Unter diesen Geschäften war auch eine Kekshandlung, und diese wurde von einer älteren Dame, einem Fräulein **Kerwien**, geführt. Ob sie die Eigentümerin war oder dort als Verkäuferin arbeitete, kann ich natürlich nicht sagen, ich war ja damals noch nicht einmal zehn Jahre alt. Aber sie und Fräulein **Jeremias**, zu denen ich später zum Kuchenholen geschickt wurde – Mohrenköpfe, Lucca-Augen, Dresdener Eierschecke, hmmm! –, waren die einzigen älteren Damen, die ein Geschäft hatten. Ob sie wirklich unverheiratet waren oder ob sie ihre Männer im Krieg verloren hatten, ist mir nicht bekannt. Jetzt versuche ich so nach und nach, alle Läden meiner Kindheit auf einem großen Aufriss der Straße richtig einzuordnen und meine Erinnerung an die Menschen, denen ich dort begegnet bin, aufzuschreiben. Wer weiß, vielleicht fragt später doch jemand danach und freut sich dann über diese Aufzeichnungen.“



Wer erkennt die junge Frau rechts auf dem Foto aus Pötschendorf? Bild: privat

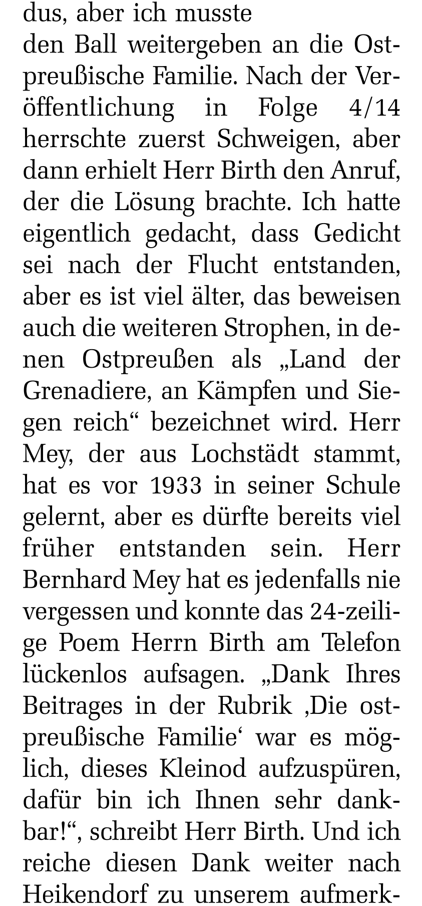
Es müssen ja nicht immer „süße“ Erinnerungen sein, die uns bewegen – manchmal sind es ein Gedicht, ein Lied, ein Kinderreim, und wir freuen uns, wenn wir sie aus der Vergangenheit holen können. Nicht immer vollständig, und dann quälen wir uns mit den Fragmenten herum. So ergeht es auch Frau **Inge-Lore Gratias**, die lange gezögert hat, mit dieser kleinen Bitte an uns heranzutreten, aber wir haben da keine Werte-Scala, jeder ehrlich vorgebrachte Wunsch hat seine Berechtigung. Es handelt sich um ein Kinderlied, das sie wahrscheinlich in ihren ersten Schuljahren in Wehlau gelernt hat, die mit der Flucht ein Ende fanden. Und deshalb werden einige Leserinnen wohl helfen können, den Liedtext zu vervollständigen, von dem Inge-Lore Gratias nur einige Strophen kennt, darunter den Beginn: „Schornsteinfeger ging spazier'n ... Kam er an ein schönes Haus ... Schaute da ein Mädel raus ...“ Der Schornsteinfeger fordert das Madel auf, mit ihm zu gehen, aber das muss erst die Mutter fragen. Und so geht es weiter, wobei jede Zeile wiederholt wird. Das Lied weist nicht gerade nach Ostpreußen hin, aber das es dort bekannt war, besagt die Frage von Frau Inge-Lore Gratias. (Ammendorfer Weg 36 in 06128 Halle.)

Einen ähnlichen Wunsch vermittelt uns Frau **Edith Kaes** von der Kreisgemeinschaft Rastenburg. Einem Leser ihres Heimatbriefes geht ebenfalls wie ein Bienenschwarm ein Gedicht im Kopf herum, aber er bekommt es einfach nicht mehr zusammen. Es handelt sich um ein plattdeutsches Gedicht, das so beginnt: „Suse, läwe Suse, hinter unserm Huse ...“ Dann wird ein dort stehender Schneemann beschrieben, dessen abzusehendes Ende mit dieser Zeile beginnt: „Wenn de lewe Sönnke kommt, fangt er an to griene.“ Wer kennt es? (Frau Edith Kaes, Kreisgemeinschaft Rastenburg, Telefon 02236/840913, E-Mail: edith.kaes@t-online.de)

Die Redakteurin des Heimatbriefes „Rund um die Rastenburg“ möchte aber noch eine weitere Bitte aus ihrer Leserschaft übermitteln, die nicht so leicht zu erfüllen sein wird, denn auch Frau Kaes konnte bislang nicht helfen. Sie wird von Frau **Anna Schmeisser** geborene **Rehbein**, gestellt, die im Internetportal „Bildarchiv Ostpreußen“ das Bild einer Familie aus Pötschendorf, Kreis Rastenburg entdeckt hatte, das drei Frauen und zwei Männer, gemütlich vor einem Kachelofen sitzend zeigt. Frau Schmeisser interessierte sofort die junge Frau rechts auf dem Foto, denn diese zeigt ihrer Meinung nach eine verblüffende Ähnlichkeit mit ihrer Mutter **Christel** Rehbein. Könnte die Abgebildete vielleicht ihre Großmutter sein oder jemand aus deren Familie? Ihre Mutter Christel wurde am 3. Februar 1944 auf Gut Grauden bei Tilsit geboren. Der Vater des Kindes, **Heinz Ranischevski**, war damals noch nicht verheiratet. Die Mutter seiner Tochter Christel erwähnt er in seinen Briefen mit keinem Wort, ihre Identität ist nicht mehr feststellbar. Auch Christel Rehbein konnte in ihrem späteren Leben keine Angaben zu ihrer Mutter machen, deren Spur sich irgendwo zwischen Krieg und Flucht verliert. Frau Edith Kaes bemühte sich, die auf dem Foto abgebildeten Bewohner von Pötschendorf zu finden, und es gelang ihr tatsächlich, mit der Tochter der Familie **Härter**, bei der die Aufnahme gemacht wurde, in Verbindung zu treten. Leider war diese im Mai 1941, als das Foto gemacht wurde, erst sechs Jahre alt. So konnte sie sich nach 73 Jahren nicht an diese junge Frau erinnern, die ihrer Meinung nach weder zur Familie Härter noch zu deren näheren Bekanntenkreis gehörte. So lautet nun die von Frau Kaes übermittelte Frage: Glaubt jemand aus unserem Leserkreis, die junge Frau zu kennen oder in der Lage zu sein, zu deren Identität etwas beizutragen? Für mich ist allerdings eine auffallende Ähnlichkeit der jungen Frau mit der neben ihr sitzenden älteren Dame erkennbar, es könnte sich um Mutter und Tochter handeln, zumal die Jüngere ihre Hand fast zärtlich auf den Oberarm der Älteren legt. Eine Identifizierung würde jedenfalls Klarheit erbringen, ob es tatsächlich eine familiäre Verbindung zu Frau Schmeissers Großmutter gibt, was doch eine ziemlich vage Vermutung ist. Zuschriften bitte an Frau Kaes unter der oben angegebenen Adresse.

Da sind die Spuren, denen Herr **Volkmar Kümmel** aus Altdorf nachgehen will, schon greifbarer. Und auch hier sind es wieder Suchfragen zu den Großeltern, allerdings gestellt von einem 88-jährigen Königsberger, und so führen sie weit in die Vergangenheit zurück. Herr Kümmel ist dabei, seine Familiengeschichte aufzuarbeiten, und benötigt dazu einige Aufnahmen aus dem noch unversehrten Königsberg, seiner Heimatstadt, in der er bis zur Flucht wohnte. Ein Großvater wohnte am Kurfürstendamm Nr. 23 und hatte ein Geschäft in der Lindenstraße Nr. 24/25. Bei seinem anderen Großvater lagen Wohnung und Geschäft dicht beieinander auf dem Vorderrossgarten. Otto Kümmel besaß eine Buchdruckerei und -binderei in Nr. 25, privat wohnte er in Nr. 19. Herr Kümmel sucht nun Aufnahmen von den genannten Straßen, wobei er mit dem Wunsch die Hoffnung verbindet, dass sich auch die genannten Häuser auf den Aufnahmen befinden. Was beim Vorderrossgarten noch am ehesten möglich ist, weil es sich um eine lebhafte Geschäftsstraße handelt und die Buchdruckerei einen bekannten Namen hatte. (Volkmar Kümmel, Weinhofer Straße 29 in 90518 Altdorf, Telefon 09187/41991.)

Das phänomenale Wissen, das Herr **Gerd Birth** mir zugesprochen hatte, als er ein altes Preußen-Gedicht suchte, bei dem ich leider passen musste, hat ein Leser bewiesen, denn er kannte es nicht nur, sondern konnte es sogar fehlerfrei aufsagen. „Setzen, Eins!“, hätte **Bernhard Mey** dafür sicher von dem Deutschlehrer bekommen, bei dem er es einmal gelernt hatte. Es handelt sich um das Gedicht, dessen Titel und Textanfang lautet: „Wir sind die letzten Preußen ...“ Herr Birth kannte es nicht, als eine ältere Dame aus seinem Nachbarort in der Nordheide danach fragte, und hoffte nun auf meinen Fundus, aber ich musste den Ball weitergeben an die Ostpreußische Familie. Nach der Veröffentlichung in Folge 4/14 herrschte zuerst Schweigen, aber dann erhielt Herr Birth den Anruf, der die Lösung brachte. Ich hatte eigentlich gedacht, dass Gedicht sei nach der Flucht entstanden, aber es ist viel älter, das beweisen auch die weiteren Strophen, in denen Ostpreußen als „Land der Grenadiere, an Kämpfen und Siegen reich“ bezeichnet wird. Herr Mey, der aus Lochstädt stammt, hat es vor 1933 in seiner Schule gelernt, aber es dürfte bereits viel früher entstanden sein. Herr Bernhard Mey hat es jedenfalls nie vergessen und konnte das 24-zeilige Poem Herrn Birth am Telefon lückenlos aufsagen. „Dank Ihres Beitrages in der Rubrik ‚Die ostpreußische Familie‘ war es möglich, dieses Kleinod aufzuspüren, dafür bin ich Ihnen sehr dankbar!“, schreibt Herr Birth. Und ich reiche diesen Dank weiter nach Heikendorf zu unserem aufmerksamen Leser Bernhard Mey.



Ruth Geede Bild: Pawlik

Nicht so erfolgreich sind wir auf der Suche nach den ehemaligen Freundinnen jener **Helga**, deren Poesiealbum aufgefunden wurde, das viele Eintragungen mit Gedichten und guten Sprüchen von ihren Familienangehörigen und Freundinnen enthält. Es wurde dem damals im Kreis Tilsit-Ragnit wohnenden Mädchen im Jahr 1939 von seiner Tante **Trudel** geschenkt. Wahrscheinlich wohnte Helga in Schalau (Passkalwen) im Kirchspiel Ragnit, denn einige Eintragungen weisen auf diesen Ortsnamen hin. Wir hatten in Folge 48/13 mehrere der im Album vorkommenden Mädchennamen genannt, weil wir hofften, über diese Freundinnen etwas von der Albumbesitzerin zu erfahren. Es erreichten uns tatsächlich einige Hinweise, und wir konnten die Informationen an Frau **Ute Eichler**, die sich mit der Angelegenheit befasst, weiterleiten. Leider ist das Ergebnis der Nachforschungen nicht sehr erfreulich. Bei einer **Eva B.** handelte es sich um eine aus Insterburg stammende Doppelgängerin, eine andere, die mit vollem Namen im Album stand, konnte oder wollte sich nicht erinnern, denn sie lehnte jede Befragung ab. Etwas Hoffnung keimt bei einer **Eva P.** auf, die sich zwar an keine Helga erinnern kann, aber zwei Mitschülerinnen befragen will, zu denen sie noch Kontakt hat. Die Suche nach der Albumbesitzerin Helga geht jedenfalls weiter.

Unsere heutige Kolumne mit einer Auswahl von nicht so schwer wiegenden Zuschriften soll eine Atempause zwischen den vielen Fragen und Erinnerungen an die ersten Monate des Schicksalsjahres 1945 sein, die unsere letzten Ausgaben bestimmten und auch noch weiter bestimmen werden. Denn noch nie sind uns so viel Berichte aus unserem Leserkreis über die Flucht und die furchtbaren Erlebnisse der Daheimgebliebenen übermittelt worden wie in diesen erinnerungsschweren Wochen. Das verlangt eine sorgfältige Sichtung und behutsame Bearbeitung – keine leichte Aufgabe.

Eure

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

In der Suppenküche dampft die Bohnensuppe

Spendernetzwerk ermöglicht die »Nothilfe Königsberg«

Nichts wärmt besser und schneller als eine heiße Suppe. Wenn der eisige Winterwind über den Pregel fegt und durch die steifen Knochen der frierenden Menschen zieht, wird für die betagten Frauen und Männer die Zeit lang, bis endlich die Türe zur Suppenküche geöffnet wird. Dieser Augenblick ist für die Wartenden der ersehnte Lichtpunkt im kalten grauen Alltag, denn er bringt vor allem für die Obdachlosen die einzige warme Mahlzeit, täglich sind es bis zu 130 Portionen Eintopf wie Bohnensuppe oder Borscht. Und das ist nicht die einzige Hilfsleistung: In dem Haus neben der Katholischen Kirche gibt es auch eine Kleiderkammer mit wärmenden Sachen für die Bedürftigen und eine Ambulanz für die Obdachlosen, die medizinische Betreuung benötigen. Ermöglicht durch die „Nothilfe Königsberg“ des Caritasverbandes für die Diözese Osnabrück, ein nur mit Spenden finanziertes Hilfswerk für Königsberg und Umgebung, das bereits viele Sozialprojekte realisiert und weitere in der Planung hat, die nicht nur das Leben der Alten und Kranken erleichtern, sondern auch der Betreuung von Kindern aus schwierigen Verhältnissen dienen sollen.

Und Kinder gehörten auch zu den ersten Spendenempfängern, zu denen die „Gründungsväter“ **Theodor Große-Starmann** und **Helmut Buschmeyer** vor einem Vierteljahrhundert nach Ostpreußen reisten. Sie hatten viele gespendete Fußbälle im Gepäck, die in Heimen lebenden Kindern Freude bereiten sollten. Zu dieser Spende war es gekommen, weil der westfälische Kaufmann Helmut Buschmeyer aus Bad Iburg als Vorsitzender des Niedersächsischen Fußballverbandes bei verschiedenen Vereinen Bälle gesammelt hatte, als er von dem Mangel an Sportgeräten in polnischen und russischen Kinderheimen im alten Ostpreußen erfuhr. Es gelang ihm und Theo Große-Starmann – beide Jahrgang 1941 – den Deutschen Fußball-Bund (DFB) und die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) für die Spendenaktion zu gewinnen, auch Franz Beckenbauer und Uwe Seeler brachten ihre Stiftungen ins Spiel – bis heute!

Inzwischen hat die „Nothilfe Königsberg“ eine lange und oft recht schwierige Aufbauarbeit hinter sich. Begonnen hatte alles im April 1992, als der bei den Maltesern aktive Kaufmann Große-Starmann seine karitative Tätigkeit auf Königsberg ausweitete. Als er und sein – in dieser christlichen Aufgabe mit ihm verbundener – Freund Helmut Buschmeyer mit einem Lastkraftwagen, der mit Lebensmitteln und Bekleidung voll beladen war, am Pregel eintrafen, waren sie von den dort herrschenden Zuständen im sozialen Bereich erschüttert und beschlossen: Hier müssen wir weiterhelfen! Im Jahr 1998 kam es dann zur Gründung der „Königsberghilfe“, einem inzwischen eng verknüpften Netzwerk von freiwilligen Spendern und ehrenamtlichen Helfern, die in Zusammenarbeit mit dem Malteserhilfsdienst vor Ort die Hilfsgüter in die richtigen Hände brachten. Vor zwei Jahren erfolgte dann der Wechsel zum Caritasverband, der nun diese Aufgabe weiterführt und sie weitgehend unterstützt. Alle Geldspenden laufen über den Caritasverband für die Diözese Osnabrück e.V. Nothilfe Königsberg. Die Projektleitung liegt in den Händen von Theo Große-Starmann, ihm zur Seite steht der unermüdliche Helmut Buschmeyer.

Die Suppenküche ist Zuflucht für viele alte Menschen Bild: privat

Was in den 20 Jahren des Bestehens dieser Hilfsaktion an Spenden zusammen gekommen ist, kann man nicht mit wenigen Zeilen dokumentieren. Allein im letzten Jahr wurden 43 Lkw-Ladungen Hilfsgüter von „Theo & Team“ organisiert. Bis auf drei, die in den polnischen Teil Ostpreußens gingen, waren alle für Königsberg und Umgebung bestimmt. Kliniken stehen ebenso auf dem Programm wie Behindertenheime, die im Laufe der Jahre mit medizinischen Geräten, Rollstühlen, Gehhilfen und Möbeln versorgt wurden. So konnten bei der Auflösung einer Klinik im Bereich Osnabrück 46 Betten übernommen werden, die nun in einem russischen Altersheim ihre Aufgabe erfüllen.

Im ehemaligen Königsberger Vorort Metgethen [Kosmodijansk] befindet sich eines der Hauptprojekte der Königsberghilfe, das Kinderhaus, in dem 35 Kinder im Vorschulalter betreut werden. „Wir wollen diesen Kindern aus bedürftigen Familien eine Chance geben und ihnen Werte und Normen vermitteln“, sagt Helmut Buschmeyer. Für die Einrichtung dieses Hauses werden noch viele Spendengelder benötigt, denn auch die russischen Behörden stellen Auflagen für den noch im Argen liegenden Brandschutz. Das dritte Großprojekt ist die Sozialstation in Ludwigsort [Rasdolnoje], die von Frau **Monika Dak** geleitet wird. Von dort erfolgt die Verteilung von Hilfsgütern an über 150 Einrichtungen im Königsberger Gebiet.

Und das alles wird finanziert durch Spendengelder, die auch in kleinen Vereinen zusammen getragen werden, denn Helmut Buschmeyer setzt seine Erfahrungen als Fußballfunktionär voll für diese ehrenamtliche Arbeit ein. „Im Fußball spricht man richtiger Weise von einem Team – Gleiches gilt für uns. Nothilfe Königsberg, das heißt: Ein Team organisiert Spenden. Wir haben viele Helfer, jeder hilft so, wie er kann. Viele Spenden – Groß und Klein – haben bislang garantiert, dass wir vernachlässigten Kindern und vielen älteren Menschen in der Suppenküche wirklich helfen konnten.“ Im Augenblick bereiten sich die beiden Gründungsväter auf die nächste Königsbergreise Anfang März vor. Für Buschmeyer ist es die 31. Hilfsaktion vor Ort, Große-Starmann hat das Zählen längst aufgegeben, es dürften an die 200 Fahrten sein! *R.G.*

Wir gratulieren ...

ZUM 100. GEBURTSTAG

Röder, Otto, aus Schützengrund, Kreis Ortelsburg, am 26. Februar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Blumenreiter, Siegfried, aus Stobern, Kreis Ebenrode, am 25. Februar
Voesch, Emma Martha, aus Lyck, am 23. Februar
Wisch, Konrad, aus Kumehnen, Kreis Samland, am 26. Februar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Hoppe, Hildegard, geb. **Bilicki**, aus Ortelsburg, am 23. Februar
Kohnert, Rudolf, aus Gilgetal, Kreis Elchniederung, am 22. Februar
Neumann, Ursula, aus Lyck, Bismarckstraße, am 28. Februar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Klomfaß, Gertrude, geb. **Pletowski**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 23. Februar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Borutta, Hans, aus Selmenthöhe, Kreis Lyck, am 28. Februar
Dembek, Marie, geb. **Kukla**, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 23. Februar
Dzingel, Hans, aus Sargensee, Kreis Treuburg, am 29. Februar
Rüger, Hedwig, geb. **Ziwitza**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 25. Februar
Trott, Gustav, aus Lissau, Kreis Lyck, am 22. Februar
Vogt, Erna, geb. **Petrick**, aus Tewellen, Kreis Elchniederung, am 26. Februar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Götzie, Erich, aus Elchwinkel, Kreis Elchniederung, am 23. Februar
Herrmann, Karl, aus Bittkau, Kreis Treuburg, und Wabbeln, Kreis Ebenrode, am 22. Februar
Kargoll, Irene, geb. **Plotzitzka**, aus Roggenfelde, Kreis Treuburg, am 22. Februar
Karkowski, Erna, geb. **Hempelmann**, aus Gregersdorf, Kreis Neidenburg, am 23. Februar
Kindermann, Gertrud, geb. **Schwarzenberger**, aus Neu-Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 24. Februar
Staufenbiel, Hildegard, aus Lissau, Kreis Lyck, am 25. Februar
Tiedemann, Erna, geb. **Schönwald**, aus Lehmbruch, Kreis Elchniederung, am 25. Februar
Wilzek, Irma, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 25. Februar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Blomeyer, Hedwig, geb. **Pfarrherr**, aus Peyse, Kreis Samland, am 22. Februar
Heil, Hedwig, geb. **Kizinna**, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 25. Februar
Holländer, Alfred, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 22. Februar
Horn, Martha, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 25. Februar
Hundertmark, Hildegard, geb. **Klein**, aus Klein Hubnicken, Kreis Samland, am 26. Februar
Liebold, Käte, geb. **Glandien**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 26. Februar
Niedzwetzki, Max, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 24. Februar
Opalka, Elisabeth, geb. **Chmielewski**, aus Paterschobensee, Kreis Ortelsburg, am 26. Februar
Maruska, Herta, geb. Thybusch, aus Ulrichsee, Kreis Ortelsburg, am 27. Februar
Schwarz, Ruth, geb. Nowitzki, aus Kandien, Kreis Neidenburg, am 28. Februar
Wanzke, Ursula, geb. **Braun**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 24. Februar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Abrolat, Gertrud, geb. **Graschtat**, aus Argermünde, Kreis Elchniederung, am 27. Februar
Flechsig, Gerda, geb. **Bojahr**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 27. Februar
Kemper, Erna, geb. **Endom**, aus Wehlau, am 23. Februar
Lorenzen, Ilse, geb. **Dennig**, aus Hanffen, Kreis Lötzen, am 23. Februar
Maaß, Helene, geb. **Nilotzki**, aus Neidenburg, am 26. Februar
Matzigkeit, Siegfried, aus Gronwalde, Kreis Elchniederung, am 25. Februar
Schiffmann, Ursula, geb. **Kaiser**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 24. Februar
Seidenberg, Heinz, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 22. Februar

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Voss, Herta, geb. **Steffan**, aus Pohlau, Kreis Ebenrode, am 23. Februar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Adomeit, Hermann, aus Klein-Heinrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 26. Februar
Breier, Hildegard, geb. **Behnke**, aus Polenne, Kreis Samland, am 22. Februar
Buldt, Irmgard, geb. **Parplies**, aus Angertal, Kreis Angerburg, am 7. Februar
Burk, Paul, Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 27. Februar
Drochner, Heinz, aus Schlichtingen, Kreis Elchniederung, am 27. Februar
Frank, Angela, geb. **Ott**, aus Wehlau, am 28. Februar
Gais, Margarete, geb. **Scheffler**, aus Klein Dirschkeim, Kreis Samland, am 26. Februar
Giesel, Elisabeth, geb. **Rockel**, aus Grünhoff, Kreis Samland, am 28. Februar
Herrndorfer, Maria, aus Millau, Kreis Lyck, am 24. Februar
Hippe, Ilse, aus Lyck, am 25. Februar
Hömke, Helmut, aus Groß Kuhren, Kreis Samland, am 23. Februar
Hoffmann, Hannelore, geb. **Knepel**, aus Schützendorf, Kreis Ortelsburg, am 24. Februar
Hohmann, Ursula, aus Lyck, am 25. Februar
Jestrzemski, Hildegard, aus Lyck, am 24. Februar
Kowalsky, Martha, geb. Bury, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg und Königsberg, am 26. Februar
Kühl, Lilly, geb. **Weichler**, aus Lesgewangen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 26. Februar
Lasarzik, Ilse, aus Treuburg, am 28. Februar
Lensch, Lothar, aus Ludwigswalde, Landkreis Königsberg, am 21. Februar
Mielke, Veronika, geb. **Palkowski**, aus Friedrichsthal, Kreis Wehlau, am 22. Februar
Neuweiler, Lotte, geb. **Dohmann**, aus Radomin, Kreis Neidenburg, am 24. Februar
Numrich, Erika, geb. **Schmidt**, aus Ebenrode, am 26. Februar
Perschel, Helmut, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 27. Februar
Petrat, Hilmar, aus Bartztal, Kreis Ebenrode, am 28. Februar
Segatz, Luzie, aus Mulden, Kreis Lyck, am 27. Februar
Steimmig, Gerda, aus Lyck, am 28. Februar
Walendy, Bruno, aus Markgrafsfelde, Kreis Treuburg, am 26. Februar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bokelmann, Lilli, geb. **Rosenfeld**, aus Kurwensee, Kreis Elchniederung, am 23. Februar
Brügmann, Ingrid, geb. **Krause**, aus Gowarten, Kreis Elchniederung, am 22. Februar
Großmann, Irmgard, geb. **Latza**, aus Theerwischwalde, Kreis Ortelsburg, am 24. Februar
Heilbutzki, Walter, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 26. Februar
Herrmann, Willy, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 27. Februar
Huwe, Werner, aus Eisermühl, Kreis Lötzen, am 28. Februar
Jakobi, Horst, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 23. Februar
Kannenberg, Burkhard, aus Kiöwen, Kreis Treuburg, am 24. Februar
Klimach, Anna, aus Petzkau, Kreis Lyck, am 23. Februar
Kluttig, Gerda, geb. **Petruck**, aus Strobjehnen, Kreis Samland, am 22. Februar
Knutzen, Elfriede, geb. **Urbschat**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 23. Februar
Koewius, Heinz, aus Lyck, Yorkplatz, am 24. Februar
Koss, Gertrud, geb. **Schönsee**, aus Ortelsburg, am 28. Februar
Lau, Erich, aus Pillau, Kreis Samland, am 22. Februar
Lüdemann, Elli, geb. **Klein**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 22. Februar
Luxa, Elise, aus Jürgen, Kreis Treuburg, am 24. Februar
Madeyka, Lore-Brigitte, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße, am 24. Februar
Neumann, Gerhard, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 25. Februar
Nitzke, Gerhild, geb. **Wehrmann**, aus Neusiedel, Kreis Tilsit-Ragnit, am 27. Februar
Pomp, Edith, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 27. Februar
Rompel, Horst, aus Langheide, Kreis Lyck, am 24. Februar
Scharkowski, Horst, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 27. Februar
Siewert, Herta, geb. **Albroßeit**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 25. Februar
Sowa, Gerd, aus Sachen, Kreis Neidenburg, am 23. Februar
Stein, Brigitte, geb. **Padschewa**, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 25. Februar
Tima, Ruth, aus Lyck, General-Busse-Straße, am 27. Februar
Weber, Ruth, aus Marienfelde, Kreis Neidenburg, am 28. Februar
Wichmann, Walter, aus Perkuhnen, Kreis Elchniederung, am 23. Februar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Baumeister, Frieda, geb. **Link**, aus Gallehnen, Kreis Wehlau, am 27. Februar
Bechtold, Dieter, aus Rudau, Kreis Samland, am 22. Februar
Braun, Gudrun, geb. **Kircheiß**, aus Groß Michelau, Kreis Wehlau, am 28. Februar
Burmeister, Anni, aus Lyck, am 28. Februar
Dieck, Ernst, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, am 27. Februar
Gerigk, Horst, aus Gutsfelde, Kreis Elchniederung, am 24. Februar
Gross, Erika, geb. **Bondzio**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 26. Februar
Gustloff, Edith, geb. **Nieswandt**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 23. Februar
Heinrich, Irma, geb. **Guddat**, aus Kiekwieden, Kreis Ebenrode, am 22. Februar
Januschewski, Edith, aus Richtenberg, Kreis Treuburg, am 25. Februar
Kaulbarsch, Hartmut, aus Lyck, am 28. Februar
Kerwel, Erwin, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 25. Februar
Kieth, Gerhard, aus Stolzenau, Kreis Ebenrode, am 23. Februar
Krolow, Gisela, geb. **Lipke**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 23. Februar
Kürten, Hannelore, geb. **Tonnius**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 22. Februar
Kunze, Hildegard, geb. **Burkatzki**, aus Brodau, Kreis Neidenburg, am 22. Februar
Lemke, Waltraud, geb. **Grönert**, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 25. Februar
Lipczynska, Greta, aus Robitten, Kreis Preußisch Eylau, am 22. Februar
Malkowski, Marianne, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, am 25. Februar
Mey, Erich, aus Partsch, Kreis Rastenburg, am 4. Februar
Mohrs, Eidth, geb. **Thiel**, aus Neuendorf, Kreis Wehlau, am 24. Februar
Pahl, Ulrich, aus Kingitten, Kreis Samland, am 27. Februar
Redell, Ingeborg, aus Pillau, Kreis Samland, am 22. Februar
Reiß, Wally, geb. **Scheffler**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 23. Februar
Sadowski, Kurt, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 24. Februar
Sahr, Anneliese, aus Lyck, am 26. Februar
Soboll, Horst, aus Jesken, Kreis Treuburg, am 22. Februar
Stolz, Bruno, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 22. Februar
Todtenhaupt, Horst, aus Wehlau, am 23. Februar
Torkler, Elfriede, aus Kreuzfeld, Kreis Lyck, am 28. Februar
Volgmann, Horst, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 23. Februar
Wesemann, Ursula, geb. **Venohr**, aus Rossen, Kreis Heiligenbeil, am 24. Februar
William, Friedrich, aus Geislingen, Kreis Ortelsburg, am 22. Februar
Willutzki, Christel, aus Glauch, Kreis Ortelsburg, am 24. Februar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bader, Christa, geb. **Taddey**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 26. Februar
Boldt, Rosina, geb. **Stobbe**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 26. Februar
Dunschen, Käthe, geb. **Sender**, aus Treudorf, Kreis Ortelsburg, am 23. Februar
Fehse, Klaus, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 24. Februar
Gottschalk, Manfred, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 25. Februar

Jandt, Hartmut, aus Kalkhöfen, Kreis Ebenrode, am 26. Februar
Jung, Traute, geb. **Sawatzki**, aus Schölen, Kreis Heiligenbeil, am 25. Februar
Kindt, Else, geb. **Naujeck**, aus Kellen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 28. Februar
Knigge, Prof. Dr. Armin, aus Lötzen, am 25. Februar
König, Hannelore, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 26. Februar
Masuhr, Lieselotte, geb. **Ullerich**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 24. Februar
Merkle, Brunhilde, geb. **Bahr**, Wolittnick, Kreis Heiligenbeil, am 23. Februar
Muth, Helga, geb. **Tschirren**, aus Obrotten, Kreis Samland, am 23. Februar
Landsberger, Eva, geb. **Stephan**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 28. Februar
Lehmann, Herbert, aus Polenzhof, Kreis Elchniederung, am 24. Februar
Muxfeld, Elli, aus Neidenburg, am 25. Februar

Glückwünsche
Fortsetzung auf Seite 16

TERMINE DER LO

Jahr 2014

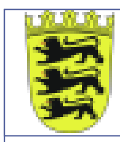
8./9. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.
5./6. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen.
11. bis 13. April: Kulturseminar, Bad Pyrmont.
17./18. Mai: Deutschlandtreffen der Ostpreußen, Messe Kassel.
6. bis 9. Juni: Ostpreußisches Musikwochenende, Bad Pyrmont.
21. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Allenstein.
1. bis 3. September: Geschichtsseminar, Bad Pyrmont.
13. bis 19. Oktober: Werkwoche, Bad Pyrmont.
18. Oktober: 7. Deutsch-Russisches Forum im Königsberger Gebiet (geschlossener Teilnehmerkreis).
24. bis 26. Oktober: Schriftleiterseminar, Bad Pyrmont.
3. bis 7. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-26 oder info@ostpreussen.de.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 22. Februar, 12.45 Uhr, MDR: Ostpreußens Küste. Naturdoku, D 2002.
SONNABEND, 22. Februar, 22.30 Uhr, Phoenix: Winter 42/43.
SONNABEND, 22. Februar, 20.15 Uhr, Arte: Ägypten – Leben und Sterben im Tal der Könige. Reportage.
SONNTAG, 23. Februar, 7.05 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Feiertag. Karl der Große – Kaiser zwischen Mission und Schwert, zwischen Glaube und Gewalt. Pfarrer i. R. Burkhard Müller, Evangelische Kirche.
SONNTAG, 23. Februar, 8.05 Uhr, WDR 5: Osteuropa-Magazin.
SONNTAG, 23. Februar, 20.15 Uhr, ZDF: Der Wagner-Clan. Eine Familiengeschichte. Historiendrama, D 2013.
MONTAG, 24. Februar, 15.15 Uhr, Phoenix: Gute Zähne nur für Reiche?
MONTAG, 24. Februar, 17 Uhr, N24: Die Kennedy-Verschwörung. Tatort Dallas.
MONTAG, 24. Februar, 20.15 Uhr, BR: Das Geschäft mit der Esoterik. Reportage.
MONTAG, 24. Februar, 22 Uhr, NDR: 45 Minuten: Die Rückkehr der Kohle. Reportage.
DIENSTAG, 25. Februar, 19.15 Uhr, Deutschlandfunk: Das Feature. Zwischen Front und Exil. Syrische Flüchtlinge und der Krieg.
DIENSTAG, 25. Februar, 20.15 Uhr, RBB: Bilderbuch. „Berlins Mitte“ zeigt wie kein anderer Stadtteil unterschiedliche Lebenswelten, Fassaden und überraschende Orte.
DIENSTAG, 25. Februar, 22.05 Uhr, MDR: Stalins Tod. Das Ende einer Ära. Doku, D 2013.
DIENSTAG, 25. Februar, 22.15 Uhr, Sat1: Der Fall Christian Wulff. Reportage.
MITTWOCH, 26. Februar, 10.10 Uhr, Länderzeit: Wenn Städte faktisch pleite sind. Welche Strategien führen aus der Schuldenfalle?
MITTWOCH, 26. Februar, 16.10 Uhr, N-TV: Feuersturm – Bomben gegen Deutschland.
MITTWOCH, 26. Februar, 20.15 Uhr, Phoenix: Sachsen am Abgrund. Friedrich August I. und Napoleon.
MITTWOCH, 26. Februar, 21.35 Uhr, Arte: Hitlers Madonna und die Retter der Raubkunst. Die Doku liefert die historischen Fakten zu George Clooneys Kinodrama „Monuments Men“.
DONNERSTAG, 27. Februar, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 25 Jahren: Der österreichische Verhaltensforscher Konrad Lorenz gestorben.
DONNERSTAG, 27. Februar, 13.55 Uhr, Arte: Gewaltfrieden (1/2). Die Legende vom Dolchstoß und der Vertrag von Versailles.
FREITAG, 28. Februar, 11.30 Uhr, NDR: Böhmen – Land der hundert Teiche.
FREITAG, 28. Februar, 20.15 Uhr, 3sat: Unschuldig in Haft. Wer unschuldig im Gefängnis landet, hat es schwer, diese Tatsache zu beweisen. Doku, D 2013.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Buchen – Busfahrt zum Deutschlandtreffen – Freitag, 16., bis Sonntag, 18. Mai: Die Gruppe fährt zum Deutschlandtreffen, mit Übernachtung in seinem sehr guten Hotel, Stadtrundfahrt, Besuch des Schlosses Wilhelmshöhe und des Museums der Gebrüder Grimm. Interessenten mögen bitte unter Telefon (06281) 8137 anrufen.

Esslingen – Donnerstag, 27. Februar, 14.30 Uhr, Waldheim, ES-Zollberg: Die Gruppe lädt zur Ordentlichen **Jahreshauptversammlung** ein. Nach der gemütlichen Kaffeerunde und Durchführung der Vorstandswahlen werden die Teilnehmer sich in geselliger Runde am gemeinsamen Essen sowie an ostpreußischen Beiträgen erfreuen. Die Organisatoren hoffen auf rege Teilnahme.

Lahr – Sonnabend, 22. Februar, 12 Uhr, Gasthaus Zum Zarko, Schillerstraße 3: Die Gruppe trifft sich zum Eisbeinessen.

Ludwigsburg – Dienstag, 25. Februar, 15 Uhr, Kronenstuben, Kronenstraße 2: Jahreshauptversammlung mit Grützwurstessen. Tagesordnung: 1. Begrüßung, 2. Totenehrung, 3. Rechenschaftsbericht des 1. Vorsitzenden, 4. Kassenbericht des Kassenwarts, 5. Bericht der Kassenprüfer, 6. Entlastung des Vorstands, 7. Anträge, 8. Wahlen der nicht besetzten Ämter, 9. Verschiedenes.

Reutlingen – Sonnabend, 1. März, 14 Uhr, Treffpunkt für Ältere, Gustav-Werner-Straße 6a: Treffen der Gruppe zur **Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen** und Grützwurstessen. Sauerkraut wird von den Landfrauen zubereitet. Die Organisatoren bitten um zahlreiche Teilnahme. Für die Neuwahlen werden noch Mitstreiter im Vorstand gesucht. Es ist doch Ehrensache, soweit es die Gesundheit erlaubt, an unserer Heimatarbeit mitzuwirken. Bitte anrufen bei Ilse Hunger, Telefon (07121) 52541. Die Kreisgruppe lädt alle Interessierte ein, auch Freunde und Gönner mitzubringe. Außerdem steht weiter auf dem Programm: Kaffeetafel und Unterhaltung, Jahresrückblick 2013–2014 der ersten Vorsitzenden Ilse Hunger, Kassenbericht von Marianne Praß und Kassenprüferin Edeltraud Merkur. Der Bericht der Frauengruppenleiterin entfällt. Danach Totenehrung und Glückwünsche zu 80. und 90. Geburtstagen sowie Ehrungen langjähriger Mitglieder. Entlastung des Vorstandes und Neuwahlen unter Leitung der Vorsitzenden von Baden-Württemberg, Uta Lüttich, Stuttgart. Danach Besprechung der Fahrt zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen nach Kassel. Plätze sind noch frei. Danach folgt der gemütliche Teil bei Grützwurstessen und Sauerkraut. Die Gruppe erwartet alle, Landsleute und alle, die sich mit der verlorenen Heimat verbunden fühlen.

Stuttgart – Sonnabend, 22. Februar, Haus der Heimat, Großer Saal, Schloßstraße 92: Kulturnachmittag der Landsmannschaft Westpreußen mit Ehepaar Liessau, Freiburg. Ein selbst aufgenommener und konzipierter Videofilm von Sigrid Liessau wird in Bild und Ton gezeigt: „Von Thorn nach Danzig, die Weichsel abwärts“. Ein wirklich sehenswerter Film in Profi-Qualität, der alle Ost- und Westpreußen begeistern wird. Gäste sind herzlich willkommen. – Dienstag, 11. März, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Gr. Saal, Schloßstraße 92: Gemeinsame Veranstaltung der Frauengruppe und der Kreisgruppe. Thema: „Frühlingszeit und Osterzeit“. Mit Gesang, Gedichten und Geschichten begrüßen die Teilnehmer den Frühlig. Mit Filmvorführung. Gäste sind herzlich willkommen.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Hof – Sonnabend, 8. März, 15 Uhr, Altdeutsche Bierstube: Monatsversammlung. – Das Programm der Ostpreußenreise ist ausgearbeitet. „Masuren – Kreis Deutsch-Eylau – Danzig“ vom 10. bis 17. Juni (in der Woche nach Pfingsten). Gäste sind herzlich willkommen. Reiseleiter: Christian Joachim, Schleizer Straße 4, 95111 Rehau, Telefon (09283) 9416. – **Bericht von der Monatszusammenkunft im Februar** – Alle Tische waren dicht besetzt, die Kreisgruppe hatte zu ihrem traditionellen Grützwurstessen eingeladen. Der 1. Vorsitzende Christian Joachim freute sich sehr über die zahlreichen Mitglieder und Gäste, die der Einladung zu diesem ostpreußischen „Kulturessen“ gefolgt waren. Nach einer freudigen Begrüßung mit Ankündigung von Vereinsmitteilungen meinte der Vorsitzende, der hiesige Metzger habe nach der überlieferten Rezeptur wieder sein Bestes gegeben und der Wirt vervollständige nun das Essen. Dem war dann auch so, es war ein harmonisches Heimattreffen mit einem leckeren Erinnerungsessen. Das fanden alle.



München – Sonnabend, 22. Februar, 14.30 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Jahresversammlung mit Neuwahl. Vorführung der DVD „Von Memel nach Trakehnen 1942“. Zu Beginn gemeinsame Kaffeetafel. – Jeden Montag, 18 bis 20 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Ostpreußischer Sängerkreis. Kontakt: Dr. Gerhard Gräf, Offenbachstraße 60, 85598 Baldham, Telefon (08106) 4960.

Nürnberg – Dienstag, 25. Februar, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1 (gegenüber Endstation U 1 Langwasser): Mitgliederversammlung der Ost- und Westpreußen. Pfarrer Plorin berichtet über die Entwicklung unserer Heimat in den vergangenen Jahren. Gäste willkommen.

Weiden – Heimatnachmittag – Nach kurzer Winterpause konnte der 1. Vorsitzende Norbert Uschald im Café Mitte viele Landsleute, aber auch zahlreiche Gäste willkommen heißen. Nach der Begrüßung und einigen Bekanntmachungen wurden gemeinsam die Heimatlieder „Land der dunklen Wälder“ und „Westpreußen mein lieb Heimatland“ gesungen. Danach berichtete Uschald von den Bräuchen, die früher an Maria Lichtmess üblich waren. Er ging insbesondere auf den Wechsel der Bediensteten auf den Bauernhöfen ein. Im Anschluss daran spielte Katharina Uschald einige Lieder auf dem Keyboard und Barbara Uschald sang das Lied vom „Lieben Kaspar“. Die Kassiererin Ingrid Uschald trug die Geschichte „Das Gesangbuch“ aus dem Allensteiner Heimatbrief vor. Norbert Uschald spielte mit der Flöte schließlich noch bekannte Melodien aus Opern und Operetten. Nach gemütlichem „Schabbern“ und „Plachandern“ verabschiedete man sich mit dem Volkslied „Kein schöner Land“ bis zur nächsten Zusammenkunft am 2. März.

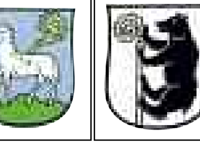


BERLIN

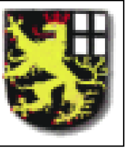
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Bartenstein – Sonnabend, 22. Februar, 13 Uhr, Restaurant Heidelbeere, Heidelberger Platz 1: Eisbeinessen. Anfragen bei Elfriede Fortange, Telefon (030) 4944404.



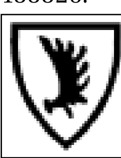
Heilsberg/Rößel – Sonnabend, 22. Februar, 15 Uhr, Seniorenfreizeitstätte Maria-Rimkus-Haus, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin: Fasching. Anfragen für Heilsberg bei Benno Boese, Telefon (030) 7215570, für Rößel bei Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600.



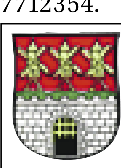
Mohrungen – Donnerstag, 6. März, 15 Uhr, Sportkasino Sternstunde, Kreuznacher Straße 29, 14197 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Ursula Dronsek, Telefon 2164338.



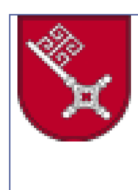
Rastenburg – Sonntag, 9. März, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



Frauengruppe – Mittwoch, 12. März, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116–117, 10963 Berlin: Vortrag über Patientenverfügung. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Pillkallen/Schloßberg – Donnerstag, 20. März, 14 Uhr, Haus des Älteren Bürgers, Werbellinstraße 42, 12053 Berlin. Anfragen bei Helga Rieck, Telefon 6596822.



BREMEN

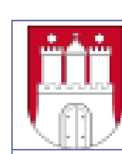
Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremerhaven – Freitag, 28. Februar, 14.30 Uhr, Barlach-Haus: **Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahlen.**

Dittchenbühne

Sonnabend, 8. März, 20 Uhr/Sonntag, 9. März, 16 Uhr: Die Möwe. Drama von Anton Tschechow. Eintritt jeweils 15 Euro.

Forum Baltikum – Dittchenbühne, Hermann-Sudermann-Allee, Elmshorn, Telefon (04121) 89710.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de

LANDESGRUPPE

Donnerstag, 20. März, 15 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8 (gegenüber der S-Bahnstation Stadthausbrücke): Delegiertenversammlung.

KREISGRUPPE



Elchniederung – Mittwoch, 26. Februar, 14 Uhr, Haus Lakkemann, Hamburg-Wandsbek: Treffen der Gruppe. Zu Beginn wird satzungsgemäß die Jahreshauptversammlung durchgeführt, wie den Mitgliedern mit Tagesordnung bekannt gegeben. Für den anschließenden Teil ist es gelungen, Professor Günter Hertel, einen besonderen Ostpreußenfreund, für einen Vortrag zum Thema „Elchniederung heute“ zu gewinnen. Gäste sind herzlich willkommen.



Gumbinnen – Sonnabend, 29. März, 14 Uhr (Einlass 13 Uhr), Restaurant Lackemann, Litzowstieg 8 (Nähe Einkaufs-Center Quarree, Pkw-Parkhochhaus vorhanden, U-Bahn 1 bis Wandsbek-Markt, dann fünf Minuten Fußweg durch Hausdurchgang): Treffen der Gruppe. Anmeldung bis spätestens Montag, 22. März bei Schriftführerin Hilde Janssen-Kaydan, Rathenaustraße 53, 22297 Hamburg, Telefon (040) 517931. „Winter ade, Scheiden tut weh“ wird der Titel der kulturellen Veranstaltung sein, bei der Humor nicht fehlen darf. Der Vorstand freut sich auf ein Wiedersehen. Gäste sind herzlich willkommen.



Heiligenbeil – Sonnabend, 22. März, 14 Uhr, AWO-Seniorentreff, Bauerbergweg 7: Die Heimatgruppe feiert ihr Frühlingsfest. Der Vorstand lädt alle Mitglieder und Freunde der Gruppe herzlich ein, um gemeinsam bei Kaffee und Kuchen einige fröhliche Stunden in geselliger Runde zu verbringen. Gleichzeitig ist Jahreshauptversammlung laut Satzung der Landesgruppe Hamburg e.V. Der Seniorentreff kann mit der Bus-Linie 116 ab U-Bahnstation Hammer Kirche, Wandsbek-Markt oder Billstedt erreicht werden. Der Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen beträgt 5 Euro. Anmeldung bei Lm. Konrad Wien, Telefon (040) 53254950, bis zum 21. März erbeten. – **Fahrt zum Deutschlandtreffen** – Die Kreisgruppe fährt zum Deutschlandtreffen der LO am 17. und 18. Mai in Kassel. Anmeldung und Auskunft unter Telefon (040) 53254950 ab 18 Uhr. Leistungen: Fahrt im modernen Reisebus, zwei Übernachtungen, zweimal Frühstücksbuffet, zweimal Abendessen (Drei-Gang-Menü), geführte Stadtrundfahrt, Transfer zu den Messehallen an beiden Tagen. Preis pro Person im DZ 196 Euro, Einzelzimmerzuschlag 30 Euro. Empfohlen wird eine Reiserücktrittsversicherung. Reisebeginn 16. Mai. Abfahrtsorte: Harburg-Bahnhof 8 Uhr, ZOB Hamburg 8.30 Uhr.

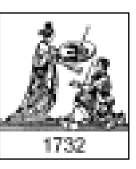


Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden 1. Mittwoch im Monat (außer Januar und Juli) mit Liedern und kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de

BEZIRKSGRUPPE

Hamburg-Wilhelmsburg – Montag, 24. Februar, 15 Uhr, Gasthaus Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle): Die Gruppe feiert Fasching.

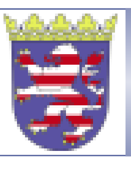
SALZBURGER VEREIN



Sonnabend, 1. März, 13 Uhr, Hotel St. Raphael, Adenaueralle 41: Treffen der Gruppe. Vortrag: „Salzburger Emigration nach Georgia 1734“.

WESTPREUSSEN

Mittwoch, 26. Februar, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8: Hans-Jürgen Kämpfert aus Lübeck hält einen Vortrag zum Thema „Das ereignisreiche Leben der Johanna Schopenhauer“. Die Schriftstellerin war die Mutter des bekannten Philosophen Arthur Schopenhauer aus Danzig.



HESSEN

Kommissarischer Vorsitzender: Ulrich Bonk, Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/Main, Telefon (069) 77039652.

Darmstadt – Sonnabend, 8. März, 15 Uhr, Luise-Büchner-Haus/Bürgerhaus am See, Neu-Kranichstein, Grundstraße 10 (EKZ): Monatstreffen. Nach der Kaffeetafel spricht Karl Lask über ein Thema aus seinem Leben.

Dillenburg – Mittwoch, 26. Februar, 15 Uhr, Café Eckstein: Monatsversammlung. Hans-Joachim Naujoks wird über den Tilsiter Wilhelm Vogt referieren, der den preußischen Militarismus durch den Kakao zog. Gäste sind wie immer herzlich willkommen. – **Bericht** – Thema der letzten Monatsversammlung war das Lesebuch „Der Kinderfreund“ des brandenburgischen Gutsherrn von Rochow und das von ihm geschriebene Lesebuch für Landschulen. Zu Beginn brachte Bernd Kohlhauer mit einigen Bildern (Portrait des Freiherrn von Rochow, die Schule in Reckan, Grabstein des ersten Lehrers dort und Titelblatt des „Kinderfreunds“) den Zuhörern in Erinnerung, was sie im August 2013 schon über von Rochow gehört hatten. Im Anschluss daran sprach Ingrid Nowakiewitsch über dieses Lesebuch und was von Rochow damit erreichen wollte: Für die Erziehung der Schulkinder seines Bezirks hatte er sich einiges vorgenommen, vor allem für mehr Bildung zu sorgen. Das Lesebuch sollte für alle, auch die Ärmsten seiner Tagelöhner, erschwinglich sein. Es kostete bei seiner Einführung im Jahre 1776 nur „zween Groschen“. Die zweite Auflage, bereits 1781 erschienen, kostete acht Kreuzer. Die einzelnen Lesestücke und Geschichten befassten sich mit verschiedenen Themen. Die Geschichten wurden von Doris Wille vorgelesen. Das Gebot, der Obrigkeit zu gehorchen, war eine davon. Die Kinder sollten die Vorzüge des Landlebens kennenund schätzenlernen, dazu gehörte auch, dass sie über Pflanzen und ihren Nutzen oder Schaden Bescheid wissen sollten. Auch die Kirche spielte eine Rolle, zum Beispiel in den Geschichten vom guten Hirten oder „Vom Nutzen der Frömmigkeit und dem Schaden des Lasters“. Zwei Geschich-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Glückwünsche

Fortsetzung von Seite 15

Sallowsky, Marianne, aus Trammen, Kreis Elchniederung, am 22. Februar

Schild, Ursel, geb. **Dalügge**, aus Neidenburg, am 26. Februar

Steffeck, Hans, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 26. Februar

Werner, Edith, geb. **Kisch**, aus Hammerbruch, Kreis Lötzen, am 24. Februar

Zänker, Heinz, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 26. Februar

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

ten beschäftigten sich auch mit den Geboten: Du sollst Vater und Mutter (und den Lehrer) ehren, und Du sollst nicht stehlen. Vieles befasste sich auch mit der Aufmerksamkeit gegenüber Anderen. In der Geschichte „Die Fremden“ geht es um das Anerkennen und Eingliedern von Fremden in die Dorfgemeinschaft. Auf Neudeutsch heißt das: Integration von Neubürgern mit Migrationshintergrund. Aber auch Schulwissen, etwa über Brennglas, Magnet und Globus, ist gefragt, und auch Spiele und Vergnügungen, solange sie nicht ausarten, kommen nicht zu kurz. Rochow hat einmal gesagt, dass Landkinder nicht weniger intelligent seien als Stadtkinder und sie könnten durchaus dasselbe erlernen und auch anwenden.

Das Lesebuch „Der Kinderfreund“ erschien bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts in zahlreichen Auflagen und Nachdrucken, teils mit, teils ohne Erlaubnis des Freiherrn von Rochow. So gab es Ausgaben für fast alle deutschen Kleinstaaten: Brandenburg, Franken, Sachsen und Preußen (diese wurde in Königsberg gedruckt), dazu Übersetzungen ins Französische, Dänische und Holländische. Es gab einen physikalischen, einen arithmetischen und einen musikalischen Kinderfreund, einen Mädchenfreund und einen Denkfreund, einen christlichen und einen für katholische Landschulen mit einem Kapitel über sittliches Betragen gegenüber allen Menschen. Die 23. Auflage, der „Neue deutsche Kinderfreund“ von 1854 war bereits ein Realienbuch mit Lesetexten über die Welt, Naturgeschichte und Erdkunde, Gesundheitslehre und über die bürgerliche Gesellschaft und die Gesetze. Sie enthielt auch anspruchsvollere Texte der damals bekannten Schriftsteller, wie Goethe, Hauff, Hebel, Rückert, Claudius. In einer Auflage waren Holzstiche exotischer Tiere enthalten, außerdem gab es Tabellen zum Lernen und Üben des großen und kleinen Einmaleins und über die gebräuchlichen Maße, Gewichte und Münzen. Im Jahre 1836 erschien bei Bertelsmann in Gütersloh ein Elementarbüchlein, mit Alphabet und Ziffern, auch römischen, und mit Silben-Übungen. Diese Fibel wurde wahrscheinlich in städtischen Elementarschulen mit ihren übergroßen Klassen (oft 80 Schüler) und in den einklassigen Dorfschulen verwendet. Aus allen deutschen Kleinstaaten sowie aus dem Ausland kamen Lehrer und Pfarrer, die ja oft den Unterricht erteilten, nach Reckan in die Guts-Schule, um sich den Unterricht anzusehen und anzuhören und Einblick in das dort gebrauchte Lesebuch zu nehmen. Heute ist die alte Schule ein Museum, in dem manchmal mit Besuchern Unterricht wie in alten Zeiten gehalten wird.

Wetzlar – Montag, 10. März, 18.30 Uhr, Wetzlarer Grillstuben: Die Gruppe trifft sich zum Grützwurstessen mit Beiträgen von Friederike Preuß und Karla Weyland über heimatliche Spezialitäten und Bräuche beim Essen und Trinken. – **Bericht** – Beim Februartreffen sprach Joachim Albrecht über den ostpreußischen Humor. Mit seinen im ostpreußischen Tonfall vorgetragenen Kostproben widersprach der aus der masurischen Kreisstadt Lötzen stammende Albrecht der unter Westdeutschen vertretenen Meinung, der Ostpreuße sei im Grunde seines Wesens „ernst, schwerblütig und schwerfällig“ und habe deshalb keinen Sinn für Humor. Freilich, so Albrecht einschränkend, sei der Humor seiner Landsleute nicht so spritzig wie beispielsweise der der Rheinländer. „Aber der Humor, der so richtig wärmt, wie ein Kachelofen bei eisiger Kälte, der ist gerade bei uns zu Hause.“ In einem launigen „Zatzkes“ und „Dammeleien“ spiegele sich vielfach das ländliche Milieu der ehemaligen deutschen Ostprovinz wieder, bemerkte Albrecht. So, als der Lehrer über die Nützlichkeit der Ziege für die menschliche Ernährung sprach und seine Schüler fragte, wie das Tier bei ihnen zu Hause gehalten werde. Ein „Lorbass“ (ein pfiffiger Junge) habe daraufhin berichtet, dass ihre „Kooß“ im Sommer draußen grase, im Winter aber im Zimmer der Oma untergebracht sei. Ob denn der Gestank auszuhalten sei, fragte der Lehrer. „O jo, daran muss sich de Kooß jewöhne“, war die Antwort.

Wiesbaden – Donnerstag, 20. Februar, 12 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach: Stammtisch. Serviert wird „Schmandhering“. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essensdisposition bitte unbedingt anmelden bis spätestens 14. Februar bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Mittwoch, 26. Februar, Stadtparkrestaurant (Eingang Sozialverband), Jasperallee 42: Treffen der Gruppe. Fröhlicher Faschingsnachmittag mit einer gemeinsamen Kaffeetafel.

Buxtehude – Sonnabend, 22. Februar, 12.30 Uhr, Hoheluft, Stader Straße 15: „Aus der Heimat schmeckt es am besten.“ Bei der beliebten Auftaktveranstaltung bietet die Gruppe Königsberger Rinderfleck und Königsberger Klopse an, dazu eine Portion Humor und Musik. Der Kostenbeitrag beträgt 5 Euro pro Person. Anmeldung bei Familie Wander, Telefon (04161) 87918. – Sonntag, 23. Februar, 19.30 Uhr, Stadeum, Stade: Mitglied Helfried Weyer zeigt seinen Dia-Panorama-Vortrag „Kairo – Kappstadt, eine Liebeserklärung an Afrika.“ Der Besuch ist lohnenswert.

Helmstedt – Donnerstag, 13. März, 15 Uhr, Begegnunsstätte, Schützenwall 4: Monatstreffen der Gruppe.

Osnabrück – Donnerstag, 27. Februar, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Literaturkreis. – Die Kreisgruppe plant eine Fahrt zum Deutschlandtreffen nach Kassel. Um die nähere Umgebung der Stadt kennenzulernen, bietet die Firma HB-Reisen, Bad Essen, diese Fahrt von Freitag, 16., bis Dienstag, 20. Mai, an. Geboten werden eine Stadtführung in Kassel, ein Ausflug in das Waldecker Land. „Unterwegs mit Dr. Eisenbart“ – ein Rundgang mit dem berühmten Medicus in Hannoversch Münden sowie eine Schiffsfahrt auf Fulda und Weser. Anmeldungen nimmt die Firma Bonkowski bis zum 30. März entgegen. – Dienstag, 11. März, 16.45 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Kegeln.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Für die Fahrt zum Ostpreußentreffen am 17./18. Mai in Kassel sind noch einige wenige Plätze frei, ebenso Zimmer im gebuchten Hotel. Bei Interesse bitte melden bei Manfred Ruhnau, Kreisgruppe Bonn, Telefon (02241) 311395.

Bielefeld – Montag, 3. März, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Zusammenkunft der Frauengruppe. – Donnerstag, 6. März, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt. – Donnerstag, 13. März, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Ostpreußisch Platt.

Bonn – Jeden 1. Mittwoch, Stadthalle Bad Godesberg: Treffen der Frauengruppe. – Jeden 3. Mittwoch, 17.30 Uhr, Stadthalle Bad Godesberg, Erkerzimmer: Stammtisch.



Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 bis 20 Uhr, GHH/Eichendorff-Saal, I. Etage: Chorprobe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen – Westpreußen – Sudetenland. – Mittwoch, 5. März, GHH/Raum 311: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Donnerstag, 13. März, 19.30 Uhr, GHH/Raum 412: Offenes Singen mit Barbara Schoch. – Freitag, 14. März, 18 Uhr, Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62, 40210 Düsseldorf: Stammtisch.

Gütersloh – Montags, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Realschule, Moltkestraße 13: In unregelmäßigen Abständen findet der Ostpreußische Singkreis statt. Informationen bei Renate Thamm, Telefon (05241) 40422. – **Busfahrt zum Deutschlandtreffen in Kassel vom 16. bis 18. Mai** – Bitte schon jetzt einen Platz für die Busfahrt reservieren bei Marianne Bartnik, Telefon (05241) 29211. Näheres bezüglich Ablauf, Programm und Preis wird in einem Faltblatt nach erfolgter Anmeldung mitgeteilt. – Donnerstag, 13. März, 15.30 Uhr, Gütersloher Brauhaus, Unter den Ulmen 9: Ostpreußische Frauengruppe. – Sonntag, 23. März, 15 Uhr, Brauhaus, Unter den Ulmen: **Jahreshauptversammlung.** Anträge und Wahlvorschläge bitte bis zum 17. März einreichen beim Vorsitzenden Eckard Jagalla, Telefon (05241) 403872.

Mülheim an der Ruhr – Dienstag, 11. März, 15 Uhr, Handelshof: **Jahreshauptversammlung** mit Geschäfts- und Kassenbericht des Jahres 2013 und einem Referat des Vorsitzenden. Den Abschluss bildet traditionell das Königsberger-Klops-Essen.

Wesel – Sonnabend, 8. März, 10 Uhr, Niederrheinhalle, Parkettsaal: Vorbereitung auf die 60-Jahrfeier der Gruppe, die mit einem Festakt begangen wird. Auskunft erteilt Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657.

Witten – Montag, 17. März, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: Romantisches Masuren, Land der tausend Seen.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116: Die Gruppe trifft sich zum Kartenspielen. – Sonnabend, 8. März, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44: Heimatnachmittag. Es wird der Film „Sommer in Ostpreußen 1942“ gezeigt.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Magdeburg – Freitag, 7. März, 15 Uhr, TUS, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises. – Sonntag, 9. März, 14 Uhr, Sportgaststätte Spielhagenstraße: Wir begrüßen den Frühling. „Einst in der Heimat – jetzt hier“. – Dienstag, 11. März, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Oldesloe – Am 12. Februar führten die Ost- und Westpreußen in Bad Oldesloe ihre Jahreshauptversammlung durch. Nach Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit erinnerte Gisela Brauer mit ihrem Gedicht „Winter im Heimatdorf“ an den Winter in der Heimat. Gisela Brauer ging dann auf die Themen der Zusammenkünfte des vorigen Jahres ein — zum Beispiel Ostpreußische Sagen, die Gedenksteine auf den Friedhöfen in der Heimat, Menno Simons und die Mennoniten. Die Gruppe sprach auch über „200 Jahre Bad Oldesloe“ und erlebte einen spannenden Sommerausflug, den Georg Baltrusch organisiert hatte. Sie dankte Frau Storjohann und ihren Mitwirkenden für den gedeckten Kaffeetisch zu den Treffen. Zur Wahl des Kassenwartes lagen keine Wahlvorschläge vor. Der langjährige Kassenwart Boris Makarowski wurde wiedergewählt. Er nahm die Wahl an, wies dabei auf sein Lebensalter hin. Mit der Gratulation wurde ein herzlicher Dank für die in den zurückliegenden Jahren geleistete Arbeit verbunden. Georg Baltrusch hatte die Ostpreußen-Geschichte vom Schrankenwärter Koschorrek mitgebracht, der nach seiner Pensionierung in einem Waggon der Deutschen Reichsbahn wohnte. Zum traditionellen Fleck-Essen und den Königsberger Klopsen waren auch Landsleute aus Neumünster und Mölln angereist. Brigitte Profé, Vorsitzende der Ostpreußen aus Neumünster, dankte für die Einladung zu dem gelungenen Nachmittag. Die Neumünsteraner kommen gern wieder.

Burg/Fehmarn – Jahresversammlung – Der Vorsitzende der LO Jochen Gawehns konnte auf der diesjährigen Jahresversammlung der Gruppe Fehmarn zahlreiche Mitglieder im Haus im Stadtpark begrüßen sowie als Gäste den Landesvorsitzenden und Kulturreferenten Edmund Ferner, den Kreisvorsitzenden Edwin Falk aus Eutin, den Ortsvorsitzenden Hans-Alfred Plötner aus Schönwalde am Bungsberg und den Vorsitzenden des Heimat- und Museumsvereins Fehmarn Reiner Rahlf. Wie der Versammlung mitteilte, konnte er auf ein arbeitsreiches Jahr zurückblicken, ebenso die Leiterin der monatlichen Treffen und Kulturreferentin Ina Naujok, die von der stellvertretenden Vorsitzenden Ingelore Spaeth vertreten wurde. Im Durchschnitt besuchen 40 Personen diese monatlichen Veranstaltungen, zusätzlich gehören auch Gratulationsbesuche zu dem Aufgabenbereich. Mit dem Silbernen Verdienstabzeichen durch den Landesvorsitzenden wurden geehrt wurden Waltraut Reimers und Gertrud Plath, dem diese Ehrung aus Krankheitsgründen später überreicht wird. Schatzmeisterin Sigrid Pieper bestätigte dem Verein eine gesunde Kassenlage, die von den Kassenprüfern Ilse Meiske und Ingelore Spaeht (in Vetretung von Kassenprüfer Dietrich Recke) geprüft worden war und sie den Antrag auf Entlastung des Vorstandes und der Kassenführerin stellten, der einstimmig von den Mitgliedern genehmigt wurde. Der Landesvorsitzende Edmund Ferner überbrachte Grüße vom Landesverband, ging auf die Ziele der Landsmannschaften ein, das kulturelle Erbe Ostpreußens zu bewahren und zitierte in diesem Zusammenhang Karl Carstens: „Die großen kulturellen Leistungen im deutschen Osten sind unvergänglich. Es ist unsere Aufgabe, sie im Bewusstsein der Menschen lebendig zu halten. Wenn wir die Erinnerungen an diese großen Leistungen lebendig halten, dann hat dieses nichts mit Revanchismus zu tun, sondern es ist der Ausdruck geschichtlichen Bewusstseins eines Volkes, das sich mit seiner Vergangenheit identifiziert.“ Weiterhin verwies Ferner auf das Bundestreffen der Ostpreußen am 17. und 18. Mai in Kassel. Edwin Falk überbrachte Grüße des Kreisverbandes, ebenso der Ortsvorsitzende Hans-Alfred Plötner aus Schönwalde am Bungsberg und Reiner Rahlf vom Heimat- und Museumsverein Fehmarn. Im Rahmen der Versammlung stand auch die Neuwahl des gesamten Vorstandes (außer einem Kassenprüfer) auf dem Programm. Hier gab es keine Veränderungen bis auf eine neue Kassenprüferin. 1. Vorsitzender bleibt Jochen Gawehns, seine Stellvertreterin bleibt Ingelore Spaeth, ebenso bleiben Sigrid Pieper als Schatzmeisterin, Brigitte Christensen als Schriftfüherin, Ilse Meiske als Kassenprüferin. Neu ist Hella Jördens als zweite Kassenprüferin, die für Dietrich Rekke neu gewählt wurde. Brigitte Christensen stellte dann den diesjährigen Ausflug vor, der zum Schloss Reinbek, auf das Gut Basthorst, zu den Drehorten der Serie „Neues aus Büttenwarder“ und zum Forsthaus nach Seebergen in die Stormansche Schweiz geht. Zum Abschluss der Veranstaltung wurde ein kleiner Imbiss gereicht.

Malente-Gremsmühlen – Bericht von der Jahreshauptversammlung am 7. Februar – Klaus Schützler ist weiterhin für zwei Jahre Vorsitzender der Malenter West- und Ostpreußen sowie Schlesier. An der diesjährigen Jahreshauptversammlung der Gruppe begrüßte der Vorsitzende Klaus Schützler eine Vielzahl der Mitglieder. Besonders wurden der 1. Vorsitzende der Kreisgruppe Ostholstein, Edwin Falk, und der Kreisvorsitzende der Rastenburger, Hubertus Hilgendorff, begrüßt. Nach dem Gedenken der im letzten Jahr verstorbenen Mitglieder erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht, aus dem zu ersehen war, dass heimatpolitische Veranstaltungen stattgefunden haben. Dabei wurden die traditionelle Erntedankfeier, das Fleck-, das Königsberger-Klops- und das Wellwurst-Essen sowie die besinnliche Adventsfeier besonders hervorgehoben. Alle Veranstaltungen waren stets gut besucht und es konnten auch Gäste begrüßt werden. Der Kassenbericht des Kassenwarts Walter Janz zeigte, dass mit den Beiträgen der Mitglieder sehr sparsam gewirtschaftet worden ist, so dass dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt werden konnte. Bei den Vorstandswahlen wurden die Amtsinhaber teilweise bestätigt, aber es wurden auch Mitglieder zur Vorstandsarbeit neu gewonnen: Vorsitzender: Klaus Schützler, Stellvertreter: Heinrich Buchwald, Klaus Schwarz. Kassenwart: Walter Janz. Stellvertretende Kassenwarte: Hans-Walter Schützer, Joachim Glauer. Beisitzer: Gerda Klemz, Reinhart Locker, Babara Putzer und Ernst Grunenberg. Kassenprüfer: B. Putzer und E. Grunenberg. Nach Beendigung des offiziellen Teils berichtete Heinrich Buchwald über seine 2013 durchgeführte Fahrt zu seiner Geburtsstadt Kreutzburg in Schlesien. In den umliegenden Ortschaften wurden „Schrottholzkirchen“ besucht. Von den Mitgliedern und Gästen wurden ebenfalls eigene Erlebnisse aus dem Memelland und dem Königsberger Gebiet vorgetragen und diskutiert. In seinen Schlussworten dankte der

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

Vorsitzende Klaus Schützler allen für die gute Mitarbeit und Tätigkeit zum Wohle der Landsmannschaft und forderte alle auf, sich auch künftig für die heimatpolitischen Anliegen einzusetzen.

Pinneberg – Sonntag, 9. März, 16 Uhr, Restaurant Mondea, Mühlenstraße 70 d: Jahreshauptversammlung. Tagesordnung: 1. Begrüßung und Eröffnung durch die Vorsitzende mit Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung. 2. Totenehrung. 3. Bericht der Vorsitzenden. 4. Verlesen und Genehmigung des Protokolls der Jahreshauptversammlung vom 16. März 2013. 5. Bericht der 2. Vorsitzenden über die Aktivitäten im vergangenen Jahr. 6. Bericht des Schatzmeisters mit Aussprache. 7. Kassenprüfbericht mit Antrag auf Entlastung des Vorstands. 8. Vorstellen des Wirtschaftsplans für das Jahr 2014. 9. Neuwahlen des Vorstands, zuvor Wahl eines Wahlleiters. Zur Wahl stehen: 2. Vorsitzender für zwei Jahre, ein Kassenprüfer für zwei Jahre, zwei Beisitzer für ein Jahr. 10. Ehrungen. 11. Anträge, bitte bis drei Tage vorher in schriftlicher Form. 12. Verschiedenes und Vorschau auf das Programm für 2014. Ende des offiziellen Teils. Kleine Pause und Vorlesen einer wahren Geschichte. Um zirka 18 Uhr: Gemeinsames Essen. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten, da sonst eine neue Versammlung einberufen werden muss.

Schönwalde am Bungsberg – Donnerstag, 6. März, 14 Uhr, Jugendherberge: Senioren-Begegnung.



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

Jena – Freitag, 28. Februar, 14 Uhr, Panorama Gaststätte Schlegelsberg, Oskar-Zachau-Straße 6, 07749 Jena: Vortrag von Frau Böttcher über „Walter Scheffler“. Alle Landsleute sind herzlich willkommen – Freitag, 28. März, 14 Uhr, Panorama Gaststätte Schlegelsberg, Oskar-Zachau-Straße 6, 07749 Jena: Gruppentreffen mit Lichtbildvortrag von Herrn Hamm zum Thema „Ostpreußen“. Alle Landsleute sind herzlich willkommen!

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ELCHNIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Hartmut Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Ortstreffen

Einladung zu Ortstreffen der Orte Tawe, Inse, Loye und Karkeln vom Freitag, 25., bis Sonntag, 27. April ins Hotel Schaumburger Hof, Graf-Wilhelm-Straße 22, 31515 Steinhude, bei Hannover, Telefon (05033) 1570. – 25. April, ab 10 Uhr: Treffen im Clubzimmer. – 26. April, ab 10 Uhr: Treffen im Clubzimmer. 14 Uhr: Beginn der Veranstaltung. – 27. April, 10 Uhr: Gottesdienst in der Kirche zu Steinhude (wer daran interessiert ist). **Anreisemöglichkeiten:** Mit dem Auto: A 2 Abfahrt Steinhude. Mit der Bahn: Ab Hannover mit dem Nahverkehrszug bis Wunstorf, dann mit dem Bus nach Steinhude. Anmeldung an: Ruth Woldeit, Schotteweg 23, 44379 Dortmund, Telefon (02301) 670160 oder rwoldeit@t-online.de, oder an: Rosemarie Zimare geb. Lemke (geb. in Tawe), Juliusstraße 11, 22769 Hamburg, Telefon (040) 438911 oder zimare@alice-dsl.net. Wir freuen uns auf ein Wiedersehen.

OL: Mittwoch, 26. Februar, 19 Uhr: **Die Verjagten – Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts.** Vortrag und Buchpräsentation von Prof. Jan M. Piskorski, einem der profiliertesten polnischen Historiker. Mit seinem preisgekrönten Buch legt Piskorski die erste europäische Geschichte des Zeitalters der Vertreibungen vor. Eintritt: 4 Euro.

Ostpreußisches Landesmuseum, Lüneburg, Telefon (04131) 759950.

GOLDAP

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@ goldap.de. Internet: www.goldap.de.

Regionaltreffen in Essen

Einladung und Programm zum Regionaltreffen der Kreisgemeinschaft Goldap Ostpr. e. V. in Essen am Sonntag, 2. März: Beginn 10 Uhr im Pfarrzentrum St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen. **Programm:** Begrüßung Kreisvertreter Stephan Grigat; Ostpreußenlied; Andacht Dieter Mau; Totenehrung Kreisvertreter Stephan Grigat; Bericht „Aktuelles aus der Kreisgemeinschaft“, Kreisvertreter Stephan Grigat; Bericht „Aktuelles aus Stade“, Annelies Trucewitz; Filmvortrag „Flucht aus Goldap“, das Schicksal einer ostpreußischen Familie. Zum Inhalt: In einer Verbindung von Interviews, Lesungen aus dem überlieferten Fluchttagebuch und historischen Fotos wird das Schicksal der Bürgerin Gertrud Braumann und ihrer Familie, die 1944 aus dem ostpreußischen Kreis Goldap in den Landkreis Stade flüchtete, veranschaulicht. Neben dem dramatischen Fluchtgeschehen von vor fast 70 Jahren stellt der Film auch den schwierigen Neuanfang der Familie im Alten Land bzw. in Stade bis etwa 1960 und weiter bis das „Heimkehren auf Zeit“ ab der 70er Jahre dar. Anschließend gemeinsames Mittagessen und gemütliches Beisammensein.

Verkauf von Heimatartikeln, Büchern und historischen Heimatbrücken – Bücherflohmarkt mit interessanten Ostpreußenbüchern zu Schnäppchenpreisen. Brigitte Karow ist für Sie da. Vorbestellungen möglich. Ansprechpartner bei Fragen zur Veranstaltung: Manfred Gawrisch, Schimmelsfeld 44, 45139 Essen, Telefon (0201) 287988. Kommen Sie zum Regionaltreffen nach Essen. Goldaper Treffen sind Treffen mit Freunden – wir laden Sie herzlich dazu ein!



GUMBINNEN

Kreisvertreter: Eckard Steiner, Schöne Aussicht 35, 65510 Idstein / Taunus, Telefon (06126) 4173, E-Mail: eck.steiner@ pcvos.com, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

Trauer um Heinz Urbat

Einer unserer zuverlässigsten Mitarbeiter, der Stadtoberamtsrat a. D. Heinz Urbat verstarb am 19. Dezember 2013 in Wolfsburg. Wir gedenken seiner in Dankbarkeit und Hochachtung.



Heinz Urbat Bild: KG Gumninnen

Heinz Urbat wurde am 16. September 1926 in Matzutkehmen/ Matzhausen im Kreis Gumbinnen geboren. Nach einer glücklichen Kindheit war seine Jugendzeit von Kriegseinsatz und Heimatverlust geprägt. In Wolfsburg fand er familiär und beruflich einen neuen Anfang. Seit 1958 arbeitete er aktiv im Kreistag der Kreisgemeinschaft Gumbinnen mit und war seit 1965 im Vorstand tätig und hatte dort das Amt des Schriftführers inne.

Von 1994 bis 2006 gehörte Heinz Urbat dem geschäftsführenden Vorstand der Kreisgemeinschaft als Schriftführer an. Daneben war er von 1994 bis 2006 Schriftführer und Vorstandsmitglied im Vorstand der Stiftung Gumbinnen. Über Jahrzehnte wirkte Heinz Urbat im Ausschuss für Prüfungs- und Satzungsfragen mit. Für seinen Heimatort Matzhausen war er als Ortsvertreter tätig und führte regelmäßig Heimattreffen durch und organisierte Fahrten in die Heimat.

Für sein langjähriges ehrenamtliches Engagement und seine zuverlässige Mitarbeit sowie seinen treuen Einsatz für die Belange der Kreisgemeinschaft Gumbinnen wurde er bereits 1985 mit dem Silbernen Ehrenzeichen der Landmannschaft Ostpreußen geehrt. Zu seinem 80. Geburtstag erhielt er für seine Verdienste das Goldene Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen.

Heinz Urbat hat sich in hervorragender Weise um die Kreisgemeinschaft Gumbinnen verdient gemacht.



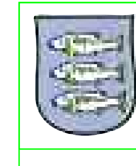
HEILSBERG

Kreisvertreter: Erwin Popien, Eichendorffstraße 30, 41564 Kaarst, Telefon (02131) 62403, E-Mail: erwiniptus@aol.com.

Heimatbrief Nr. 15

Im Herbst vergangenen Jahres wurde mit dem Versand des Heimatbriefs der Kreisgemeinschaft Heilsberg Nr. 15 in über 2000 Exemplaren begonnen. Es sind noch einige Exemplare vorhanden. Jeder, der interessiert ist, kann der Kreisgemeinschaft seinen diesbezüglichen Wunsch mitteilen. Auch eine Aufnahme in die Mitgliederliste ist möglich.

Die nächste Sitzung des Kreistages der Heilsberger Kreisgemeinschaft findet am 5. April, 14 Uhr im Messehotel in Köln-Deutz, Theodor-Hürth-Straße 2–4, statt.



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Ostpreußen verzaubert

„Ostpreußen verzaubert“ ist der Titel der vom Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen/Bayern konzipierten, erarbeiteten und reich illustrierten Wanderausstellung auf 24 Tafeln. Ostpreußen wird hier in vielen Facetten kurz und prägnant präsentiert. Diese Ausstellung wurde mit großer Resonanz bereits in Süd- und Südwestdeutschland und auch in der Republik Polen gezeigt. Burgen, Schlösser, Kirchen und andere Sehenswürdigkeiten werden ebenso dargestellt wie berühmte Persönlichkeiten, Landschaften und die Tierwelt. Bekannte Spezialitäten für Leib und Seele finden Erwähnung. Zeittafeln zur historischen Orientierung sind vorhanden und Informationen zum berühmtesten Exportartikel Ostpreußens, dem Bernstein. Auf aktuellen Fotos werden Besucher Bekanntes wiederfinden, doch sicher auch Neues entdecken.

Wer einmal das Land zwischen Weichsel und Memel bereist hat, wer vielleicht sogar dort noch geboren ist, wird den besonderen Zauber Ostpreußens bis heute spüren. Vieles hat sich in der ehemals östlichsten deutschen Provinz in den letzten 100 Jahren oft auf tragische und schmerzliche Art und Weise verändert. Der besondere Charakter des Landes ist jedoch überall wahrnehmbar, sei es in der Architektur der Ordensburgen oder in der einmaligen Landschaft von der Kurischen Nehrung bis zu den Masurischen Seen. Die Ausstellung wird gezeigt im Foyer des Neuen Rathauses Neumünster, Großflecken 59, vom 11. März bis zum 11. April 2014. Ausstellungseröffnung in Anwesenheit des Stadtpräsidenten Friedrich Wilhelm Strohdiek und des Direktors des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen/Bayern Wolfgang Freyberg am Dienstag, den 11. März 2014, um 14 Uhr. Die Kreisgemeinschaft Lötzen, die diese sehenswerte Ausstellung in ihre Patenstadt (seit 60 Jahren!) Neumünster geholt hat, lädt alle an Ostpreußen Interessierten ein zu kommen. „Ostpreußen, wie es war – Kindheitserinnerungen in der Malerei von Helene Dauter“ – die neue Ausstellung im Heimatmuseum der Kreisgemeinschaft Lötzen, Sudetenlandstr. 18 h (Böcklersiedlung) in der Patenstadt Neumünster. Helene Lascheit wurde 1920 in Gilge, Kreis Labiau, im Nordwesten Ostpreußens, geboren; sie wuchs auf mit zwölf Geschwistern. Bald nach ihrer Hochzeit mit Fritz Dauter musste das

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18

Ehepaar auf die Flucht gehen, die für sie in Schleswig-Holstein endete. Erst als ihre beiden Kinder erwachsen waren, begann Helene Dauter mit der Malerei. Sehr rasch stellte sich heraus: „Ihre Bilder haben Seele.“ („Kieler Nachrichten“ 1986). Das bevorzugte Thema: Die eigene glückliche Kindheit am Kurischen Haff im Fischerdorf Gilge. Der Malerin ist es in der Darstellung gelungen, dass jedes ihrer Bilder eine Geschichte erzählt. Von der Heuernte, von der Fahrt mit dem Klingerschlitten, von der Wäschebleiche, vom Spiel der Kinder, vom Elch im Winterwald, vom Vater, der zum Fischfang fährt ... Helene Dauter starb 1996; sie hat einen Bilderschatz hinterlassen.

Teile dieses Kunsterbes, dazu Informationstafeln, werden vom 15. März (Eröffnung um 14 Uhr) bis zum 21. Juni 2014 im schönen Ausstellungsraum des Heimatmuseums der Kreisgemeinschaft Lötzen mit seiner besonderen Atmosphäre zu sehen sein. Zur Ausstellung ist ein besonders gelungenes Begleitheft mit farbigen Abbildungen erhältlich.



ORTELSBURG

Kreisvertreter: Dieter Chilla, Bussardweg 11, 48565 Steinfurt, Telefon (02552) 3895, Fax (02552) 996905, E-Mail: derc@ gmx.de. Geschäftsführer: Hans Napierski, Heinrichstraße 52, 45701 Herten, Telefon (0209) 357931, Internet: www.kreis-ortelsburg.de

Fahrt zum Deutschlandtreffen

Am 17. Mai fährt die Kreisgemeinschaft Ortelsburg mit einem Bus zum Deutschlandtreffen nach Kassel. Die Kosten betragen 103 Euro. Folgende Leistungen sind eingeschlossen: Hin- und Rückfahrt im Reisebus mit Schlafsessel, Klimaanlage und Video, Kühlschrank, Bordküche und WC, Übernachtung im Motel One in Kassel sowie Frühstück, alle Busfahrten vor Ort sowie der Eintritt. Am 18. Mai beginnt die Rückfahrt nach der Beendigung aller Veranstaltungen. Zustiegsmöglichkeit: Essen ZOB, Gelsenkirchen ZOB, Herne Hbf, Bochum ZOB, Dortmund ZOB, weitere Zustiegsmöglichkeiten an der A 44 in Richtung Kassel. Niemand weiß, ob noch weitere Deutschlandtreffen folgen werden. Von daher sollten Sie diese einmalige Möglichkeit nutzen. Anmeldungen unter Telefon (02366) 936916, (0170) 2009860, E-Mail: J.Nischik@t-online.de



RASTENBURG

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm. Gst.: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950.

Neuntägige Ostpreußenreise

Neuntägige Ostpreußenreise vom 25. Mai bis 2. Juni nach Rastenburg (Sonderreise mit Hubertus Hilgendorff). **Reiseverlauf: 1. Tag,** Sonntag, 25. Mai: Anreise nach Kolberg. Abfahrt ab Bielefeld, Hannover, Magdeburg und Berlin zur Zwischenübernachtung in Kolberg [Kolobrzeg]. Ankunft am späten Nachmittag, anschließend gemeinsames Abendessen. **2. Tag,** Montag, 26. Mai: Kolberg–Rastenburg. Nach dem gemeinsamen Frühstück geht die Reise auf direktem Wege weiter bis nach Rastenburg [Ketrzyn]. Zimmerbezug und am Abend gemeinsames Essen im Hotel Koch II. **3. Tag,** Dienstag, 27. Mai: Rastenburg. Dieser Tag steht für eigene Unternehmungen in Rastenburg und Umgebung zur freien Verfügung. Unsere Reiseleiterin organisiert gerne Taxen für Fahrten in die Umgebung. Zum Abendessen im Hotel treffen Sie sich wieder. **4. Tag,** Mittwoch, 28. Mai: Rastenburg. Als erstes besuchen Sie am heutigen Tag die berühmte Wallfahrtskirche Heiligelinde [Sw. Lipka]. Viele Gäste besuchen jährlich das Kirchengelände, das sich aus dem Gotteshaus, dem Kreuzgang mit den vier Eckkapellen und dem Klostergebäude zusammensetzt. Das Prunkstück ist die kunstvolle Orgel mit zirka 4000 Pfeifen und einem Orgelprospekt mit beweglichen Figuren zum Thema Maria Verkündigung. Nach einer Besichtigung fahren Sie nach Gallingen [Galiny]. In dem hübsch restaurierten Gutskomplex sind heute ein Hotel und ein Gestüt untergebracht. Die Umgebung lädt geradezu ein, hier eine gemütliche Kutschfahrt durch den Park zu unternehmen. Danach fahren Sie zu Ihrer Reiseleiterin nach Hause, wo ein Picknick mit regionalen Spezialitäten stattfindet. Spätes Abendessen im Hotel. **5. Tag,** Donnerstag, 29. Mai: Rastenburg. Der heutige Tag steht ganz im Zeichen der Stadt Rastenburg. Tagsüber wohnen Sie der Eröffnung der „Ausstellung zur Geschichte der Stadt Rastenburg“ bei und am Abend findet der traditionelle Grillabend am Hotel mit Musik statt. **6. Tag,** Freitag, 30. Mai, Rastenburg. Dieser Tag steht zur freien Verfügung. Auch heute organisiert Ihre Reiseleiterin natürlich gerne Transportmittel für Fahrten in die Umgebung. **7. Tag,** Sonnabend, 31. Mai: Rastenburg – Frische Nehrung – Gdingen. Sie verlassen das masurische Seengebiet und fahren bis nach Frauenburg [Frombork]. Um 11 Uhr legt hier das Schiff ab, das Sie über das Frische Haff bis nach Kahlberg [Krynica Morska] bringt. Hier organisieren wir bei gutem Wetter auch wieder ein kleines Picknick. Im Anschluss verlassen Sie die Frische Nehrung und gelangen über die Weichsel-Mündung und vorbei an Danzig nach Gdingen [Gdynia]. Ihr Hotel für diese Nacht befindet sich mitten im Zentrum Gdingens, nur 250 Meter vom Strand entfernt. Wir empfehlen noch einen Spaziergang auf der Promenade, bevor Sie sich zum Abendessen wieder treffen. **8. Tag,** Sonntag, 1. Juni: Gdingen–Kolberg. Von Gdingen aus ist es nicht weit bis zum Slowinski-Nationalpark mit seinen Wanderdünen. Ein paar Kilometer außerhalb von Leba fahren Sie mit einem Elektrozug in das wunderschöne Naturschutzgebiet. Nach einer kleinen Wanderung erreichen Sie die sehenswerten Dünen. Vergleichbares finden Sie in Europa nur im französischen Aguitanien oder auf der Kurischen Nehrung. Die 40 Meter hohe Lonzker Düne mit den Fichtenwäldern und dem schneeweißen Sandstrand ergeben ein eindrucksvolles Bild. Hier haben Sie ausreichend Zeit, um diese außergewöhnliche Landschaft in vollen Zügen zu genießen. Ihr Tagesziel ist noch einmal Kolberg. Die letzte Übernachtung erfolgt im Fünf-Sterne-Marine-Hotel, das direkt am Strand liegt. **9. Tag,** Montag, 2. Juni: Kolberg – Heimreise. Genießen Sie noch einmal das reichhaltige Frühstücksbüffet im Hotel, denn um 9 Uhr beginnt die Heimreise über Berlin und Hannover bis nach Bielefeld.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@ tilsit-stadt.de.

Luisenschultreffen

Das diesjährige Schultreffen der ehemaligen Schülerinnen der Königin-Luisen-Schule findet am 23. und 24. Juni in Bad Bevensen statt. Beginn 10 Uhr. Ich hoffe, dass die meisten Teilnehmer sich, wie bisher üblich, schon am Vortag, 22. Juni, zu einem Begrüßungskaffee einfinden werden. Abreise am 25. Juni oder nach Belieben. Es wird jetzt Zeit, die Zimmerreservierungen vorzunehmen. Anmeldung im Hotel bis zum 15. März. Stichwort KLS. Anschrift: Hotel Berlin, Alter Wiesenweg 11, 29549 Bad Bevensen. Telefon (05821) 506-0. Zimmerpreise: EZ ohne Balkon 52 Euro, mit Nordbalkon 55 Euro. DZ mit Nordbalkon 96 Euro, mit Südbalkon 104 Euro. Pro Übernachtung kommen 2,90 Euro Kurtaxe hinzu. Auf Wunsch kann vom Hotel eine Reiserücktrittsversicherung vermittelt werden. Es sei auch noch an die Möglichkeit erinnert, bei der Bahn eine Umsteigehilfe zu beantragen unter der Telefonnummer (01805) 512512. Auf eine möglichst zahlreiche Beteiligung hofft Schulsprecherin Vera Jawtusch.

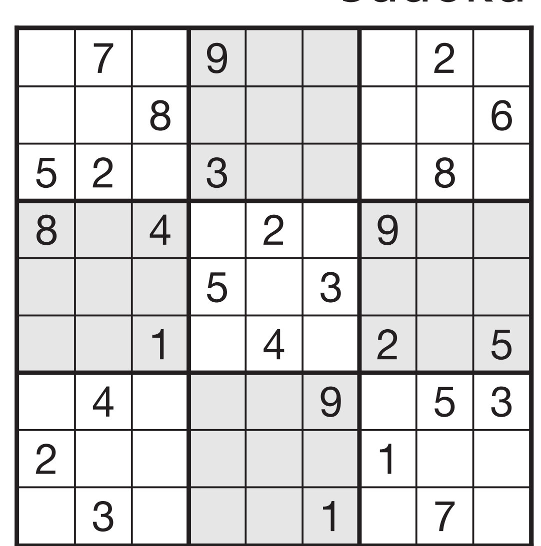
Zwei Ostpreußen-Rundreisen

Die Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit weist auf zwei Fahrten nach Ostpreußen hin, mit der zeitlichen Alternative 8. bis 18. Juli und 24. Juli bis 2. August 2014. Bei den Reisezielen gibt es Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede.

Die **erste Fahrt** wird geleitet von Eva Lüders. Die Leiterin der Heimatstube in Preetz begleitet seit 1999 Reisegruppen in ihren Geburtskreis Tilsit-Ragnit. Für sie ist die ehrenamtliche Tätigkeit ein wichtiger Baustein der Völkerverständigung. Ihre diesjährige Fahrt beginnt am 8. Juli in Hannover und geht über Kiel weiter mit dem Schiff nach Memel [Klaipeda], mit Stadtführung und anschließender Übernachtung dort. Am nächsten Tag geht es über die Kurische Nehrung nach Nidden und von dort weiter nach Rossitten, von wo aus die Reise nach Königsberg führt mit einer Stadtrundfahrt und dem Besuch des Doms. Von Tilsit aus werden am nächsten Tag Hauptkirchspielorte im Kreis Tilsit-Ragnit besucht. Auf dem Programm stehen zum Beispiel Schillen und das Museum von Jurij Userzow in Breitenstein. Nach einem Tag mit Gestaltung nach Absprache geht die Reise weiter über die russisch-polnische Grenze bei Goldap nach Masuren. Die Jägerhöhe bei Angerburg, Lötzen und Heiligelinde gehören zu den vielen attraktiven Zielen dort. Nach einer Übernachtung in Nikolaiken folgen eine Schiffsfahrt nach Niedersee, ein Besuch des Philliponenklosters sowie eine masurische Bauernhochzeit nach Ostpreußenart. Nach einem Besuch des Oberländer Kanals erfolgt die letzte Übernachtung in einem pommerschen Schlosshotel und die Rückfahrt am darauffolgenden Tag. Auskunft: *Eva Lüders, Kührener Straße 1 b, D-24211 Preetz, Telefon (04342) 5335, E-Mail: eva.lueders@arcor.de*

Die **zweite Fahrt** wird geleitet von Heiner J. Coenen, einem Rheinländer, der sich seit 1961 auf Anregung seines damaligen Ausbilders Klaus-Dieter Metschulat (Kraupischken/Breitenstein) intensiv in die Ostpreußen-Thematik eingearbeitet hat und zum fünften Mal nach Ostpreußen fährt. Seine diesjährige Fahrt beginnt am 24. Juli in Mönchengladbach-Rheydt mit Zusteigemöglichkeiten in Dortmund, Bielefeld, Hannover und Berlin. Über Posen und Frauenburg am Frischen Haff geht die Fahrt nach Tilsit. Dort sind bei einem zweitägigen Aufenthalt der Besuch von Heimatorten, dem Ostpreußenmuseum von Jurij Userzov und/oder die Teilnahme an einer Rundreise zum Gestüt Georgenburg, Insterburg und Gumbinnen möglich. Nächste Ziele sind die Epha-Düne auf der Kurischen Nehrung und die Vogelwarte Rossitten. Königsberg erschließt sich bei einer Stadtrundfahrt und der Besichtigung des Doms. Ziele in Masuren sind unter anderem Steinort, der ehemalige Besitz der Grafen Lehndorff, Rastenburg, Lötzen und der Geburtsort des Schriftstellers Ernst Wiechert. Eine Kutschfahrt und eine Stakenfahrt auf der Kruttina vermitteln zusätzlich die Schönheit Masurens. Die Rückfahrt führt über Allenstein nach Danzig und schließt eine Begegnung mit deutscher Ingenieurskunst des 19. Jahrhunderts am Oberländischen Kanal ein sowie die Besichtigung der Marienburg. Die letzte Übernachtung findet in Stettin statt. Auskunft: *Heiner J. Coenen, Maarstraße 15, D-52511 Geilenkirchen, Telefon (02462) 3087 oder E-Mail: Heiner.Coenen@t-online.de*

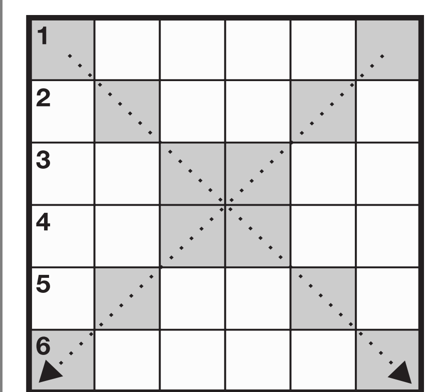
Sudoku



	7		9				2	
		8						6
5	2		3				8	
8		4		2		9		
			5		3			
		1		4		2		5
	4				9		5	3
2						1		
	3				1		7	

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



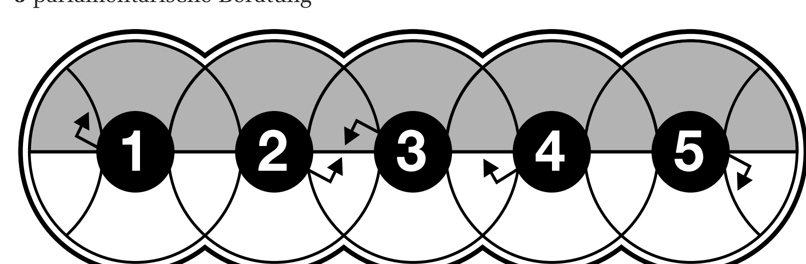
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Backwaren.

1 Teil eines Ganzen
2 Standbild
3 eiliger Weggang
4 Sportruderboot
5 Zustand der Lufthülle
6 Himmelsrichtung

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine Überzeugung durch Worte.

1 Training, **2** Reich der Toten, Unterwelt, **3** Versschmied, Poet, **4** Qualle, **5** parlamentarische Beratung



So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Stueck, 2. Statue, 3. Flucht, 4. Achter, 5. Wetter, 6. Norden – Stuten, Kuchen

Kreiskette: 1. Uebung, 2. Erebus, 3. Reimer, 4. Meduse, 5. Lesung – Ueberredung

Sudoku:

PAZ14_08

Ostpreußen ein Denkmal setzen

Bildarchiv Ostpreußen umfasst bereits 55000 Bilder – Zahl 100 000 in vier Jahren anvisiert

Das Bildarchiv Ostpreußen ist die umfangreichste Sammlung historischer Aufnahmen der Provinz Ostpreußen und wird ständig erweitert und aktualisiert. Dr. Manfred Schwarz betreut ehrenamtlich das von der Landsmannschaft Ostpreußen geförderte Projekt. Re-dakteurin Manuela Rosenthal-Kappi sprach mit Dr. Schwarz.

PAZ: *Das Bildarchiv Ostpreußen umfasst inzwischen nahezu 55 000 Fotos, die Sie ehrenamtlich gesammelt haben. Wie entstand die Idee zur Errichtung eines auf Ostpreußen bezogenes Bilderarchivs?*

Schwarz: Bei eigenen Recherchen nach Bildern aus Ostpreußen machte ich die Erfahrung, dass diese zum Teil in schwer zugänglichen Archiven vergraben sind. Viele wertvolle Originale sind nicht katalogisiert, schlummern in irgendwelchen Kisten und werden nicht genutzt, weil sie außer dem Besitzer niemandem bekannt sind. Man denke nur an die unzähligen Familienalben, die Flucht und Vertreibung überstanden haben. Mir ging es von Beginn an nicht nur um die Sammlung von Abbildungen aus Ostpreußen, sondern auch um die Möglichkeit, sie anderen zugänglich zu machen. Ich denke, wir werden die ostpreußische Idee nicht fördern, wenn wir die eigenen Schätze für uns behalten. Angeregt durch die Möglichkeiten der Informationstechnologie entstand der Gedanke einer Internet-Plattform, die wie ein Schaufenster Abbildungen aus den verschiedensten privaten und öffentlichen Quellen anzeigt, aber auch jedem Nutzer die Möglichkeit gibt, seine eigenen Bilder oder auch Textbeiträge zu Bildern einzubringen – gewissermaßen ein Wikipedia für Motive aus Ostpreußen.

PAZ: *Wie sind Sie vorgegangen?*

Schwarz: Nach Erstellung eines Konzeptes für das elektronische Bildarchiv im Jahre 2005 habe ich den Kreisvertretern von Tilsit-Stadt, Tilsit-Ragnit und Elchniederung einen ersten Prototypen vorgestellt. Die Realisierung des Projektes wurde beschlossen. Durch die engagierte Mitarbeit von Archivaren der drei Kreisgemeinschaften füllte sich das System rasch und gewann dadurch an Akzeptanz. Dieser Erfolg beflügelte die Idee, das Archiv zu erweitern und für alle Kreisgemeinschaften zugänglich zu machen. Nach einer Präsentation des Projekts bei der Landsmannschaft Ostpreußen im Februar 2006 erklärte sich diese bereit, die Trägerschaft zu übernehmen.



Großes Moosbruch: Altes Ehepaar bei der Kartoffelernte Bild: Bildarchiv Ostpreußen/Fritz Krauskopf, Königsberg

PAZ: *Wie finanziert sich das Bildarchiv?*

Schwarz: Die Entwicklung des Systems wurde durch die Landsmannschaft finanziert. Sie trägt auch die fixen Kosten (Serverbetrieb, Internetdomäne, DSL-Anschluss) und beteiligt sich an der Systempflege mit einer monatlichen Kostenpauschale.

Weitere Einnahmen generiert das Archiv durch die Digitalisierung, Aufbereitung und Archivierung umfangreicher Bildbestände für die Landmannschaft und einige Kreisgemeinschaften. Ein noch geringer, aber zunehmender Teil der Einnahmen resultiert aus dem Vertrieb von Bildern, die in Papierform oder als Bilddatei für private Zwecke oder für Veröffentlichungen angefordert werden.

PAZ: *Welche Kreisgemeinschaften beteiligen sich neben der Landsmannschaft Ostpreußen?*

Schwarz: Hier sind vorrangig die Gründungsmitglieder, die Kreisgemeinschaften Elchniederung, Tilsit-Stadt und Tilsit-Ragnit, zu nennen, aber auch die Kreisgemeinschaft Rastenburg, welche ihren gesamten Bildbestand durch eine eigene Archivarin eingestellt hat. Weitere Kreisgemeinschaften haben das Einstellen ihrer Bilder gegen Bezahlung in Auftrag gegeben. Andere Kreisgemeinschaften haben zwar ihre grundsätzliche Bereitschaft zur Zusammenarbeit bekundet, sind aber bei der Archivierung ihres Bildbestandes in den Anfängen stecken geblieben. Leider beteiligt sich die Hälfte der Kreisgemeinschaften bisher gar nicht. Bei der Anfang März stattfindenden Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont wollen wir einen neuen Versuch unternehmen, die noch abseits stehenden Kreisgemeinschaften für eine Zusammenarbeit zu gewinnen. Der überwiegende Anteil der Bilder stammt von privaten Sammlern, von der Landsmannschaft in Hamburg und vom Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg. Für alle privaten Bildlieferanten ist die Einstellung ihrer Bilder kostenfrei.

PAZ: Wer sind die Nutzer

Schwarz: Die Hauptnutzer sind Menschen mit ostpreußischen Wurzeln, Angehörige der Erlebnisgeneration und zunehmend deren Kinder und Enkel, welche häufig über die Familienforschung auf den Gedanken kommen, nach Bildern aus der Heimat ihrer Vorfahren zu suchen.

Viele Anfragen erreichen uns von den jetzigen Bewohnern Ostpreußens, welche sich für die Geschichte der Provinz interessieren. Das ist einer der Gründe, warum unsere Webseite mehrsprachig angelegt ist. Neben Anfragen aus der Wissenschaft bearbeiten wir Bildbestellungen von Zeitschriften- und Buchverlagen. Zudem unterstützen wir Ausstellungen in Deutschland, Polen, Russland und Litauen. Entgegen allen Prognosen stellen wir fest, dass die Zahl der an Ostpreußen Interessierten eher zu- als abnimmt. Die über einen Monat gemittelten täglichen Nutzerzugriffszahlen steigen ständig und lagen im Januar 2014 bei 1500.

PAZ: *Was ist das wertvollste Stück in Ihrem Archiv?*

Schwarz: Diese Frage ist schwer zu beantworten, da die Antwort von der jeweiligen Interessenslage abhängt. Vor einiger Zeit hatten wir die Gelegenheit, großformatige farbige Architekturzeichnungen aus den Jahren 1908–1910 von Malereien in der Burg Lochstädt zu digitalisieren (siehe Bildnummern 50605–50612 und weitere).

Ein historisches Dokument, einen Geschäftsbrief der Fa. J. Simon Wwe & Söhne in Königsberg an die Gebrüder von Rothschild in Paris aus dem Jahre 1865, findet man unter der Bildnummer 49163.

Das Leben auf dem Land beschreiben unter anderem die Bilder 23236, 14292, 19368, 8827, 9519. Wertvoll sind auch zahlreiche historische Karten (zum Beispiel der Straßen- und Grundstücksplan von Georgenswalde aus dem Jahre 1913), auf denen unsere Bilder verortet werden.

PAZ: *Wie soll es in Zukunft weitergehen?*

Schwarz: Zunächst geht es uns darum, möglichst viele Motive aus Ostpreußen zu erfassen und zu dokumentieren. Dabei denken wir sowohl an Familienfotos als auch an private Sammlungen und Archive wissenschaftlicher Institute. In vier Jahren wollen wir die Marke von 100 000 Bildern erreicht haben und damit unsere Position als erste Adresse für Bilder aus Ostpreußen festigen. Danach steht die Auswertung des weiten Feldes ostpreußischer Literatur an.

An dieser ehrgeizigen und arbeitsintensiven Aufgabe arbeitet eine Gruppe von zurzeit 13 ehrenamtlichen und halbehrenamtlichen Mitarbeitern. Systemtechnisch möchten wir das Bildarchiv auch auf Smartphones und Tablet-Computern lauffähig machen, um besonders junge Leuten anzusprechen. Mit dem Ziel, anhand von Abbildungen ein möglichst umfangreiches Bild Ostpreußens zu vermitteln, wollen wir nicht weniger als dieser ehemaligen deutschen Provinz ein Denkmal bauen. Das Bildarchiv Ostpreußen wird beim Deutschlandtreffen in Kassel mit einem eigenen Stand vertreten sein. Wir würden uns freuen, wenn möglichst viele Teilnehmer ihre Bilder oder Alben mitbringen und sie uns für die Digitalisierung zur Verfügung stellen.

Wer das Bildarchiv noch nicht kennt, hat die Möglichkeit, sich unter folgender Internetadresse zu informieren: www.bildarchiv-ostpreussen.de

PRUSSIA

Duisburg – Sonnabend, 1. März, ab 10 Uhr, Museum Stadt Königsberg“, Johannes-Corputius-Platz 1, Eingang Karmelplatz 5, 47051 Duisburg: Der Vorstand der PRUSSIA, Gesellschaft für Geschichte und Landeskunde Ost- und Westpreußens e. V., lädt zu einer Vortragsveranstaltung ein. Die Teilnahme ist kostenfrei, Gäste sind herzlich willkommen.

Ab 10 Uhr besteht die Möglichkeit die Ausstellung des Museums zu besichtigen, eine Führung findet um 10.15 Uhr statt. Ab 11 Uhr wird Dr. Rikado Shindo von der Humboldt-Universität zu Berlin zum Thema „Die Russlandpolitik des Königsberger Oberbürgermeisters Hans Lohmeyer in den 1920er Jahren, dargestellt anhand konkreter Beispiele“ referieren. Der Vortrag basiert zu großen Teilen auf erstmalig ausgewertetem Quellenmaterial. Frau Dr. Shindo gilt als ausgezeichnete Kennerin der grenzüberschreitenden Wirtschaft und Politik Ostpreußens nach dem Ersten Weltkrieg.

Aus den Reihen der Mitglieder wird ab 14 Uhr Herr Jörg Naß zu „Ostpreußen, die Heimat von Johannes Bobrowski in seinen Gedichten und Romanen“ sowie zur neuen Bobrowski-Dauerausstellung in Willkischken [Vilkyskiai] vortragen.

Lorenz Grimoni informiert über die Gedanken/Entwicklungen und Zeitlinien einer zukunftssicheren Unterbringung des Museums Stadt Königsberg. 15.15 Uhr: Beginn der satzungsgemäßen Mitgliederversammlung. Die Veranstaltung endet gegen 16.30 Uhr.

Wie der chinesische Kaiser ins Altmühltal kam

Seit 60 Jahren feiert Dietfurt äußerst eigenwillig Karneval – Ursache hierfür sind offenbar die hohen Stadtmauern

Nicht „Alaaf“ oder „Helau“ schallt es durch die Altmühl- und Siebentälerstadt Dietfurt, sondern „Killewau“. In chinesischem Ambiente feiern die Dietfurter am Unsinnigen Donnerstag ihren „Chinesenfasching“, der weit über Deutschland hinaus bekannt ist, sogar im echten China.

Im Jahr 1982 gab es den ersten offiziellen Besuch eines Chinesen in Dietfurt, des Chefkorrespondenten der Pekinger Nachrichtenagentur. Seither folgten viele Besuche von Chinesen in Dietfurt und Dietfurtern in China. Doch wie kam es zum „Chinesenfasching“? Mehrere Anekdoten sind überliefert. Demnach hatten die Dietfurter schon lange den Spitznamen „Chinesen“. Bereits 1860 war diese Bezeichnung in der weiteren Umgebung bekannt.

Eine Begebenheit aus dem 18. Jahrhundert erzählt, dass die Dietfurter an den Bischof von Eichstätt zu wenig Abgaben zahlten. Deshalb verschlossen sie ihre Stadttore vor dessen Kämmerer. Unverrichteter Dinge musste dieser abziehen. Daraufhin soll der Kämmerer dem Bischof berichtet haben, dass sich die Dietfurter hinter ihren Stadtmauern wie die Chinesen verschanzt hätten. Eine andere Überlieferung erzählt von einem Handwerksgesellen, der sich in Dietfurt niederlassen wollte. Doch die Räte von Dietfurt wiesen ihn ab. Dieser beschwerte sich beim Landgericht, wo der Richter den Handwerker fragte, ob er gesehen habe, was um Dietfurt herum sei und ob er wisse, wer die größten Mauern der Welt gebaut habe. Als der Handwerker die zweite Frage nichtwissend verneinte, erzählte ihm der Landrichter von der echten chinesischen Mauer sowie deren Zweck, Fremde abzuhalten. Aus demselben Grund hätten auch die Dietfurter so hohe Ringmauern und Türme um ihre Stadt. Daraufhin zog der Handwerksgeselle weiter und erzählte überall, dass die Dietfurter wie die Chinesen seien.

Hauptsache bunt: Der Kaiser

An diese Anekdoten erinnerten sich 1928 einige Dietfurter. Die „Hansen-Kapelle“, eine Musikkapelle, bei der die meisten Musikanten mit Vornamen Hans hieß, wirkte beim Maskenzug in Chinesengewändern mit. Auch in den Folgejahren sah man im Fasching und am „Unsinnigen“, der hier seit 1880 gebührend gefeiert wird, immer wieder „Chinesen“. Beim ersten Nachkriegsmaskenzug im Jahr 1950 riefen der Bürgermeister und der Stadtkämmerer den „Chinalook“ in Erinnerung: In chinesischer Tracht saßen sie auf einem von Mulis gezogenen Fahrzeug. Seither gab es immer wieder chinesische Elemente. Der Sprung zum Chinesenfasching war nicht mehr weit.

Der entscheidende Einschnitt für die Tradition war 1954. Erstmals wurde in jenem Jahr mit „Ma-Ler-Gie“ (Malermeister Egid Prock) ein chinesischer Kaiser gewählt und bei einem prunkvollen Zug gewürdigt. Im Fasching 1955 lautete das Motto „Revolution in China“: Der Kaiser wurde in die Verbannung geschickt. Doch nach einigen Jahren Regentschaft durch Prinzenpaare wurde der Kaiser aus der Verbannung zurückgeholt. Das Motto hieß dann entsprechend: „Einzug des Kaisers von China“.

Nach den Experimenten der ersten Jahre ist seit dem Jahr 1958 der Kaiser die Hauptfigur beim Chinesenfasching. Eine Besonderheit war die Erhebung von „Ria-Ria-Lin-Cia“ (Maria Linz), einer Dienerin von Kaiser „Ma-Ler-Gie“, nach dessen Abdankung zur Kaiserin. Auf Drängen der persönlichen Berater gab sie bald ihre Vermählung mit Kaiser „Ka-We-Son“ (Karl Werner) bekannt. Die Hochzeit fand unter dem Motto „Kaiserhochzeit in China“ statt.

Das Amt des Kaisers übten außerdem in den sechs Jahrzehnten „Ma-Ya-Ki“ (Jakob Meier), „Gu-Ze-Rul“ (Gustav Zerull), „Ma-Ya-Muc“ (Werner Maier), „Sim-Ca-Gie“ (Egid Schweiger) und „Wang-Ton“ (Anton Bachhuber) aus, wobei einige Kaiser mehrmals und sogar nach längeren Pausen erneut regierten. Unvergessen bleibt der von 1976 bis 1999 amtierende „Boo-Da-Washy“ (Friseurmeister Hans Geyer). Nach dessen überraschendem Tod im Januar 2000 blieb der Thron zunächst verwaist. Dafür wurde am Unsinnigen Donnerstag 2000 das sagenumwobene Ei des chinesischen Glücksdrachens Long-Zou durch die Straßen gezogen, aus dem zu Beginn des Faschings 2001 dann der neue Kaiser „Ko-Houang-Di“ (Fritz Koller) schlüpfte, der seither herrscht.

Bereits um zwei Uhr nachts treffen sich die Maschkerer. Die Weckrufgruppe macht alle Dietfurter auf den Nationalfeiertag aufmerksam. Am Morgen endet der Weckruf. Die barocken Fassaden der Häuser sind mit exotischbunten Fahnen oder Schildern mit vermeintlich chinesischen Schriftzeichen geschmückt, in den Schaufenstern der Geschäfte stehen Chinesenpuppen. Die Teilnehmer, aber auch Gäste und Zuschauer sind chinesisch kostümiert, überall begegnet man grinsenden, schlitzäugigen Kulis, Mandarins, Lampionträgern in reicher chinesischer Tracht oder grimmig dreinschauenden Opiumschmugglern. Ortsfremde werden in den „Zollgrenzbezirk Chinareich“ nur durch das „Große Ming-Tor“ und das „Tor direkt zur Sonne“ eingelassen. Tankstellen funktionieren ihre Zapfsäulen zu stummen Chinesen um, in „Bäckeleien“ gibt es chinesische Zöpfe, Orden und Doktorhüte, in einer „Chinametzgelei“ sind „Chinaweiße, Blatwülstl und walmel Lebelkäs“ zu kaufen.



China nach Bayern gebracht: Sogar Drachen ziehen durch die Straßen — Bilder (2): Bauer

Gegen 13 Uhr beginnt am festlich geschmückten Stadtplatz und auf der chinesisch dekorierten Bühne vor dem Rathaus der

Das bayrische »Reich der Mitte« lockt Touristen

Countdown. Die Kaisersänger versetzen mit Schunkelliedern und Schlagerparodien die Zuschauer in Stimmung. Pünktlich ab 13.61 Uhr bewegt sich unter Gongschlägen, Musik und schrillen „Killewau“-Rufen der Faschingszug durch die Straßen. Der Großteil der Motivwagen und Fußgruppen ist chinesisch ausgerichtet mit originellen und kreativen Ideen. Während des Zuges wird der Kaiser auf seinem Thron durch die Stadt getragen oder er schwebt in einer riesigen Kanzel über seinem Wagen.

Nach dem Umzug findet am Rathaus die Kaiserproklamation statt. Welt- und auch Lokalereignisse werden mit geistreichem Witz aufs Korn genommen. Zum Abschluss der Huldigung stimmt das Volk in die National- beziehungsweise Kaiserhymne ein. Ein ausgelassenes Maskentreiben in den Gastwirtschaften der Stadt beendet den Chinesenfasching, der jährlich 15 000 bis 20 000 Leute ins bayerische „Reich der Mitte“ lockt, ein Vielfaches der Einwohnerzahl der Stadt.

Markus Bauer

Wo das »Krätznweibla« auf den »Jacklschutzer« trifft

Im Alpengebiet um Garmisch-Partenkirchen werden noch heute zur Fosanacht alte Dämonen vertrieben und gute Geister geweckt

Für Nordlichter ist das Treiben um den Karneval fast immer ein Rätsel. Mögen sich Handel und Industrie noch so sehr anstrengen, den Bewohnern oberhalb des Weißwurstäquators und weit entfernt von Rhein und Ruhr die seltsamen Verkleidungspraktiken nahezubringen. Es scheint hoffnungslos. Zu sehr empfindet man dort die bunten Fetzen, die Anfang des Jahres in den Kaufhäusern auftauchen, als Fremdkörper, das närrische Treiben als aufgesetzt und unverständlich. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass Rheinländer neuerdings karnevalistisch missionierend durch die Hauptstadt ziehen.

Wie eine Expedition in ferne Welten mutet eine Reise an, die beispielsweise zur Faschingszeit ins Werdenfelser Land führt. Im Alpengebiet um Garmisch-Partenkirchen, Mittenwald, Oberammergau und Murnau begegnet man einer „Fosanacht“ lebendig und ursprünglich wie nirgendwo sonst im bayrischen Raum. Viel altes Brauchtum der Vorfahren hat sich hier erhalten können. Der frühere Mensch fühlte sich der in seinem Glauben beseelten Natur schutzlos ausgesetzt. In seiner Welt bestimmten Geister und Dämonen den Ablauf des Lebens, und diese galt es zu beschwichtigen oder zu vertreiben. Beschwörungskulte und das Tragen furchterregender Masken halfen dabei. Krach, Schreien und Brüllen, ein „Heidenlärm“ ertönte, um sowohl die bösen Geister zu vertreiben als auch die guten zu wecken und zu locken. Jeder der „Maschkera“ trägt auch heute noch eine alte holzgeschnitzte Larve, die oft Jahrzehnte und länger im Familienbesitz ist. Diese vollendet gefertigten Kunstwerke sind stilisierte Holzgesichter, die dem Betrachter trotz aller Starrheit sehr ausdrucksvoll erscheinen. Das Maskenschnitzen gehört zur Werdenfelser Volkskunst und wurde hier zur Perfektion gebracht. Claus Hansmann, Verfasser des Werkes „Masken, Schemen, Larven“ behauptet, im Gegensatz zur Alemannischen Fasenacht stehe bei diesen Masken nicht das Ungeheuerlich-Schreckhafte, das Skurril-Lächerliche im Vordergrund, sondern immer sei es das Antlitz des Menschen, das gesucht, geformt und ins Allgemeingültige gehoben werde. So finden wir hier die unterschiedlichsten Typen, „scheane“ und „schiache“, „guate“ und „böase“, junge und alte.

Holzgeschnitzte Larven seit Generationen im Familienbesitz



Der Träger ist unkenntlich: Hinter Maske und Tüchern versteckt — Bild: Friedrich

Ganz wesentlich beim Maschkeragehen ist, nicht erkannt zu werden, und so tauscht man die Masken oft untereinander aus. Bevor eine Larve aufgesetzt wird, spuckt man hinein, um keine ansteckende Krankheit zu bekommen. Zur Unkenntlichmachung gehört weiterhin ein Kopftuch, das Stirn und Haare bedeckt, darüber kommt die am Hinterkopf festgeknotete Larve und abschließend setzt man einen Hut auf oder bindet ein großes Fransentuch um. Verstellter Gang und raunzende Stimme lassen den Maschkerageher nun völlig fremd und unbekannt aussehen. Viele urige Gestalten, oft begleitet von Musik, toben in der „Fosanacht“ durch die Straßen. So sieht man das „Krätznweibla“, die „Jacklschutzer“, die „Schellenrührer“ oder die „Untersberger Mandlan“, um nur einige von vielen zu nennen. Nach Abschluss der Weihnachtsfeiertage, am Heilige-Drei-Königstag beginnend, dauert dieses außergewöhnliche Treiben bis Mitternacht vor Aschermittwoch. Kein Maschkera darf allerdings an bestimmten Tagen dem Narrentum frönen. Verboten ist das Gehen an bestimmten kirchlichen Festtagen, die in diese Zeit fallen.

Laut Überlieferung muss jeder am Faschingsdienstag um Mitternacht seine Holzlarve abnehmen. Hält er sich nicht daran, wächst sie ihm fest an sein Gesicht.

Der Norddeutsche steht und staunt und fragt zu Recht, was seine Vorfahren eigentlich den bösen Geistern und Dämonen entgegengesetzt haben.

Silvia Friedrich



Der Staat habe versagt

»Arche«-Gründer zieht Bilanz

Erst vor wenigen Monaten erschütterte der Fall der kleinen Yagmur ganz Deutschland. Da hatte das Hamburger Jugendamt das bei Pflegeeltern lebende dreijährige Mädchen seinen leiblichen Eltern zurückgegeben, obwohl Fälle der Misshandlung von Seiten des Vaters bekannt waren. Yagmurs Tod war absolut unnötig und er zeigt vor allem, dass das Credo, dass Eltern immer die besten Bezugspersonen für ein Kind seien, nicht pauschal gelten kann. Und auch wenn der Fall Yagmur besonders extrem ist, so kennt Bernd Siggelkow, Gründer des christlichen Kinder- und Jugendwerks „Die Arche", zahlreiche Eltern, die keineswegs das Beste für ihre Kinder bewirken. Fast immer, so ist Siggelkows Ausführungen in „Ausgeträumt: Die Lüge vom sozialen Staat" zu entnehmen, liegt das nicht daran, dass die Eltern böse, sondern daran, dass sie schlicht bereits mit ihrem eigenen Leben überfordert sind.

Zusammen mit dem Managementberater Martin P. Danz weist Siggelkow darauf hin, dass der Erfolg der inzwischen auf 15 Niederlassungen angewachsenen „Arche" gleichzeitig auch einen Misserfolg des Sozialstaates deutlich macht. Dass es so viele Kinder gebe, die es nötig hätten, hier eine warme Mahlzeit, aber auch Zuwendung zu erhalten, sei äußerst bedenklich. So greift er vor allem das Bildungssystem an und fragt, wieso wir Deutschen, die wir sonst so auf Qualität bedacht seien, beim Bildungssystem so viele jugendliche Verlierer akzeptieren würden. Die Kinder, die die „Arche"-Einrichtungen besuchten, würden alle unter Perspektivlosigkeit leiden, die auch fast immer das Leben ihrer Eltern kennzeichne.

Siggelkow berichtet von seiner Arbeit mit den Kindern und es erschüttert einen, wenn man liest, dass es angeblich Schulkinder gibt, die noch nie einen Naturspaziergang oder Kurzurlaub gemacht haben. Auch erzählt er von Fällen, in denen Kinder verwahrlost in verdreckten Wohnungen gelebt haben und nur Streit und Kritik kennen. „Kritiker haben wir genug. Was unsere Zeit braucht, sind Menschen, die ermutigen", zitieren die Autoren den ehemaligen Bundeskanzler Konrad Adenauer, um dann zu beschreiben, wie Kinder aufblühen, wenn sie Lob und Unterstützung erhalten. Und so plädieren dann auch Siggelkow und Danz dafür, dass sich die Bürger mehr für solche Kinder direkt engagieren. Auf den Staat zu vertrauen brächte aus ihrer Sicht nicht genug. Dieser habe ein System geschaffen, in dem organisierte Helfer davon abhängig seien, dass genug Arme da sind, denen sie helfen können, so dass eine nachhaltige Hilfe von dieser Seite nicht zu erwarten sei. Zudem würden Kinder in ihren Familien und Pflegefamilien nur mit Vorankündigung besucht, was aus ihrer Sicht die wahren Zustände verschleiere.

Jugendhilfe: Mehr Bürgerengagement

Merkwürdig finden sie es auch, dass für ein vermisstes Kind alles unternommen werde, dieses zu finden, für das tägliche Wohl aber so wenig planvoll gehandelt werde. Dass die jetzige Politik nicht erfolgreich sei, machen die Autoren an dem Beispiel deutlich, dass der Anteil der jungen Erwachsenen ohne Ausbildung seit zehn Jahren bei 15 Prozent verharre. Auch würde kaum überprüft, ob sich ein sozialpolitisches Instrument bewährt habe und welche Auswirkungen es ganzheitlich gehabt habe.

In einem eher ermüdenden Abschnitt erklärt Danz, warum sich Unternehmen mehr engagieren müssten. Zwar sind die Grundaussagen gut und richtig, nur verfällt er leider immer wieder in inhaltsleere Managerfloskeln. Und überhaupt nimmt man von dem Buch wenig mit, obwohl es ein so wichtiges Thema berührt. Schade! *Bel*

***Bernd Siggelkow, Martin P. Danz: „Ausgeträumt: Die Lüge vom sozialen Staat"**, adeo, München 2013, gebunden, 242 Seiten, 17,99 Euro*



Der grauen Masse entrissen

Erster Weltkrieg: Historiker personalisieren das Leid von Soldaten

Nein, man will diese Jacke gar nicht sehen, die ins Blickfeld gerät, wenn man das Buch aufschlägt. Blau und zerschlissen ist sie, mit einem Riss zwischen den Goldknöpfen und überall Blut. 100 Jahre altes Blut. „Die Uniformjacke des Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinands, getragen bei seiner Ermordung", steht unter dem Foto. Damit fing es offiziell an, das weiß jeder. Und deshalb will man diesem Wahnsinn eigentlich nicht beiwohnen. Doch da dieses weltpolitische Ereignis bis heute so ziemlich jede Familie betrifft, blättert man weiter. Es ist schwer, in das Gesicht von abgebildeten Soldaten zu blicken. Sie haben ihr junges Leben wegwerfen müssen, wurden nicht gefragt, ob sie lieber leben, eine Familie gründen, einen Beruf ausüben wollten. Sie mussten das Vaterland verteidigen. Allein im ersten Weltkrieg starben rund 17 Millionen Menschen völlig sinnlos. 65 Millionen Soldaten haben an dem großen Gemetzel teilgenommen. Haben „in dem ersten die Welt umspannenden Konflikt über vier Jahre lang in den Gräben von Verdun und den Gemetzeln von Dinant die Schrecken des Krieges ausgetragen", heißt es im Einband des im Theiss-Verlages erschienen Werkes „Der Erste Weltkrieg". Eine Publikation, die den Unbekannten erstmals einen Namen und ein Gesicht geben will. Das Titelbild zeigt einen jungen Soldaten. Wie alt ist er? Er schaut entmutigt. Da steht kein Kämpfer voller Tatendrang, so wie sie noch im Sommer 1914, geschmückt mit Blumen, in den Waggons jubelnd zu den Kampfplätzen rollten. Der Junge hat dem Krieg schon ins Gesicht gesehen. Hat begriffen, was er wirklich bedeutet. Und man kann ihm nicht helfen. Das Elend abwenden. Die Geschichte lief nun einmal genau so ab. Und der junge Soldat auf dem Titelbild ist schon lange tot.

Beeindruckende Bilder machen das Leid greifbar

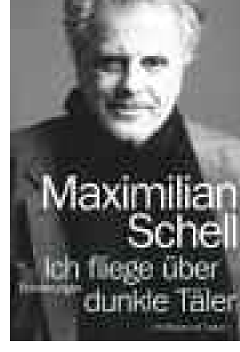
Nach den Schüssen von Sarajewo auf den österreichischen Thronfolger hatten die Mächtigen endlich ihren Grund, loszuschlagen. Sie entzündeten ein Feuer, das erst 1945 gelöscht wurde. August 1914. Mitten im schönsten Sommer beginnt der Weltenbrand. Ein Krieg, wie es ihn niemals zuvor gegeben hatte. Erstmals kämpfen Menschen gegen Maschinen. Alles, was Anfang des 20. Jahrhundert so fortschrittlich erschien, Hoffnungen machte auf eine friedliche, von Wissenschaft und Forschung geprägte Epoche, wurde nun eingesetzt gegen die Menschheit.

„Eine Geschichte des Ersten Weltkrieges wie diese hat es auf dem deutschen Buchmarkt noch nicht gegeben", erklärt der deutsche Historiker Gerd Krumeich im Vorwort. Er bezieht sich dabei unter anderem auf den „zivilistischen" Blick der Autoren, die aufzuzeigen versuchen, wie dieser Krieg sich auf die Heimat auswirkte. Ehemalige Feinde „verlassen die nationale Einseitigkeit", heißt es im Einband, und böten „einen neuen Blick auf die europäische Katastrophe". Krumeich war von Beginn an am Aufbau des „Historial de la Grande Guerre" in der französischen Stadt Péronne beteiligt. Ein 1992 eröffnetes Museum, das den Krieg 1914 bis 1918 von kultur-, sozial-, und mentalitätsgeschichtlicher Warte ais betrachtet. Endlich ein Miteinander, symbolisiert nicht allein dadurch, dass auf dem Gebäude die Fahnen Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands wehen. Beinahe alle Texte sind von Mitwirkenden des Forschungszentrums. Allen voran die Herausgeber Anne Duménil und Bruno Cabanes.

Sehr erfreulich ist, dass hier erstmals Historiker verschiedener Nationalität zusammen an einem Werk arbeiteten. 2007 erschien das Buch bereits im Larousse-Verlag in Frankreich. Die Übersetzung ins Deutsche, jetzt zum 100. Jahrestag des Beginns des Weltenbrandes, überrascht mit nie gesehenem Bildmaterial. 500 Abbildungen aus teils privaten Archiven bringen dem Leser diesen Krieg so nahe wie nie. Verdeutlichen auch, warum der „Grande Guerre" im kollektiven Gedächtnis der Franzosen so fest verankert ist. *Silvia Friedrich*

***Bruno Cabanes/Anne Duménil (Hrsg.): „Der Erste Weltkrieg. Eine europäische Katastrophe"**, Theiss, Darmstadt 2013, 480 Seiten, 49,95 Euro*





Der Höhenflieger

Autobiografie von Maximilian Schell wirkt über seinen Tod hinaus

Woran denken wir Älteren, wenn wir von Maximilian Schell hören? Zu allererst doch an Maria Schell, seine Schwester, deren unbeschreiblich strahlendes und – es gibt keinen anderen Ausdruck dafür – liebes Lächeln jeder Zuschauer ihrer Filme auf sich bezog, so dass ganz Deutschland für sie schwärmte. Erst dann kommen unsere Erinnerungen an Maximilian, ihren Bruder, der als Schauspieler in Zürich anfing und später in Hamburg bei Gustav Gründgens auf der Bühne stand und schon früh einen Oscar gewann. Dann gibt es auch noch den Bruder Carl Schell. Eigentlich bin ich mit den Schells sogar verwandt, über meine Nichte Alex, Tochter von Carl und meiner Cousine und *PAZ*-Autorin Liselotte Millauer.

Maximilian Schell, der Autor vieler Bücher und Drehbücher, hatte zu seinem 80. Geburtstag eine Autobiografie geschrieben. Es ist seine Geschichte und zugleich die abenteuerliche Geschichte der Familie, die vor den Nazis ins Schweizer Exil floh. Schell hatte das, was man ein reiches Leben nennt. Und er beschreibt es mit der Kunst eines großen Schriftstellers. Das Leben eines Künstlers, der immer ein Träumer blieb, der mit angehaltenem Atem über Zeit und Raum flog: „Als Junge hatte ich immer den Traum, dass ich verfolgt werde und renne und renne – immer höher und höher hinauf. Schließlich stehe ich auf einem Balkon oder Bergvorsprung und realisiere: Ich kann jetzt nicht mehr weiter. Und plötzlich fällt mir ein: Ich kann ja fliegen. Ja – natürlich! Ich schwinge mich von der Brüstung ins Bodenlose. Fliege über dunkle Täler. Ich bin frei. Niemand kann mich einsperren." – Ein oft wiederkehrender Traum, der das Motto seines bewegten Lebens sein könnte.

Schell erzählt in seinem Buch von seiner Kindheit in Wien und dem Leben auf einer abgelegenen Alm in Kärnten. Nach den ersten Jahren als Schauspieler kommt sehr schnell der große Durchbruch beim Film.

Der Flug über die Wolken beginnt. 1955 dreht er bereits seinen ersten Film „Kinder, Mütter und ein General". 1957 stand er erstmals in Hollywood vor der Kamera. Nun ist der Höhenflug unaufhaltsam. Für seine Rolle eines Verteidigers im Film „Das Urteil von Nürnberg" erhielt er den Oscar als bester Hauptdarsteller. Schell, der gut und spannend erzählen konnte, porträtiert in seinem Buch die Menschen, denen er begegnete: Marlon Brando, Judy Garland, Marlene Dietrich, Orson Welles oder Spencer Tracy, Friedrich Dürrenmatt und Michael Jackson. Auch von seinen vielen Liebesgeschichten berichtet er, darunter die dreijährige Beziehung mit der persischen Ex-Kaiserin Soraya. Doch wirklich geliebt, als Menschen, hat er wohl vor allem seine Schwester Maria. 2003 setzte er der an Demenz Leidenden mit der Film-Biografie „Meine Schwester Maria" ein sehr persönliches Denkmal.

Der Höhenflieger blieb bodenständig und schreibt über sich selbst: „Ich bin kein Erfolgsmensch. Ich bin Student. Das bleibt auch so." Das lebenslange Studium und der Traum von der Freiheit endeten aber kurz nach seinem 83. Geburtstag. Noch im Januar mit Dreharbeiten in Kitzbühel beschäftigt, starb „Max" unerwartet und ohne lange Leidenszeit am 18. Januar in Innsbruck. *Klaus Rainer Röhl*

***Maximilian Schell: „Ich fliege über dunkle Täler"**, Hoffmann und Campe, Hamburg, 320 Seiten, 24,99 Euro*



Vorläufer der deutschen und englischen Sprache

Die Geschichte des Westgermanischen: Linguist bietet interessante Einblicke

Englisch war in der Luftwaffe für den Rezensenten die zweite Arbeitssprache. Die Verwandtschaft zum Deutschen ist wegen unzähliger ähnlicher Worte offensichtlich. Da England erst im 5. Jahrhundert durch die Einwanderung der Angeln und Sachsen aus dem heutigen Norddeutschland seine germanische Prägung erhielt, wollte der Rezensent schon lange mehr über die gemeinsamen Ursprünge der beiden Sprachen wissen. In den Lexika erfuhr er darüber nur, dass Deutsch, Englisch, Holländisch und die skandinavischen Sprachen auf das „Urgermanische" zurückgehen. Nun zeigt der Linguist Wolfram Euler, dass mehr darüber zu sagen ist.

Sein neues Buch „Das Westgermanische" überrascht mit vielen neuen Erkenntnissen über die frühe Geschichte der deutschen und englischen Sprache. Beispielsweise war das Urgermanische, das etwa um 100 vor Christus und auch noch während der großen römisch-germanischen Konflikte um die Zeitenwende gesprochen wurde, keineswegs der letzte gemeinsame Vorläufer von Deutsch und Englisch. Schon ab ungefähr dem 1. Jahrhundert vor Christus gingen die ostgermanischen Sprachen, von denen man nur das Gotische genauer kennt, eigene Wege. Ungefähr 300 bis 400 Jahre später begann die Abtrennung des Urnordischen von den übrigen (west-)germanischen Dialekten. Deren Aufgliederung in Einzelsprachen begann offenbar erst weitere 300 Jahre später, also etwa im 6. Jahrhundert nach Christus.

Einheitliche Sprache im 5. Jahrhundert

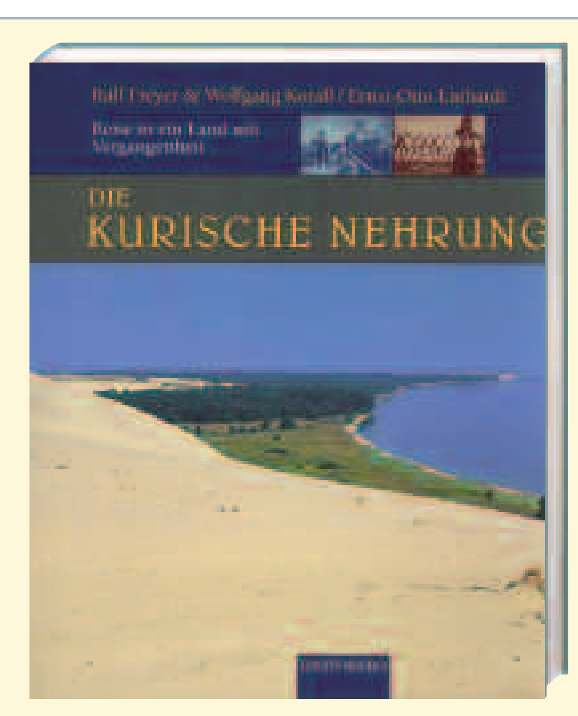
Der Leser ist durchaus überrascht, dass die westgermanische Sprache der Völkerwanderungszeit nicht längst intensiv erforscht worden war. Eulers langes Literaturverzeichnis belegt, dass es zu dieser Frage bisher nur Einzelaufsätze gab, aber noch keine Gesamtdarstellung. Diese hat der Münchner Wissenschaftler nun geschrieben und dabei viele Fragen gleichzeitig beantwortet. So gab es nicht nur westgermanische Dialekte, sondern man kann insbesondere für das 5. Jahrhundert, die Zeit der germanischen Landnahme in England, eine einheitliche „westgermanische Sprache" beschreiben, die dann der direkte Vorläufer von Altenglisch, Altsächsisch und Althochdeutsch wäre.

Zu den Glanzlichtern des Buches gehört vor allem das Kapitel über die Veränderung des (west)germanischen Wortschatzes. An der Bedeutungsveränderung von einzelnen Worten lassen sich religiöse Vorstellungen festmachen, beispielsweise an der Entwicklung von indogermanisch *perkwus „Eiche". Das Wort und seine Ableitungen nahmen in den germanischen Sprachen die Bedeutungen „Leben" (im Altnordischen), aber auch „Geist, Seele, Person" (Altsächsisch) und sogar „Welt" (Gotisch) an. Ein weiteres Glanzlicht sind die Textproben in rekonstruiertem Westgermanisch (einige Redensarten, das Vaterunser, die Weihnachtsgeschichte und das Hildebrandslied) und Eulers Entdeckung, dass die lateinischen Autoren der Völkerwanderungszeit mit dem Wort „germani" so gut wie nie Goten und Skandinavier bezeichnet haben, sondern nur die Germanen in Mittel- und Westeuropa, also eben die Westgermanen.

Spiegel der religiösen Vorstellungen

Im Englischen heißt die Zeit zwischen Antike und Mittelalter „Dark Age", also dunkles Zeitalter. Das geringe Wissen über diese Epoche hat zuletzt durch Fortschritte in Archäologie und Humangenetik deutlich zugenommen. Den Engländern wird zunehmend (wieder) bewusst, wie eng sie mit den Deutschen verwandt sind, was dort seit ein paar Jahren munter diskutiert wird. Auch zu dieser Debatte leistet das neue Buch einen bemerkenswerten Beitrag. *Manfred Backerra*

***Wolfram Euler: „Das Westgermanische. Von der Herausbildung im 3. bis zur Aufgliederung im 7. Jahrhundert. Analyse und Rekonstruktion"**, Verlag Inspiration Un Limited, London/Berlin 2013, 244 Seiten, 49 Euro*



Ralf Freyer & Wolfgang Korall/Ernst-Otto Luthardt
Die Kurische Nehrung
Reise in ein Land mit Vergangenheit
Die Kurische Nehrung ist eine 98 Kilometer lange Halbinsel zwischen Memel und Sarkau, von der heute 52 Kilometer zu Litauen und 46 Kilometer zu Russland gehören. Die Nehrung besteht ausschließlich aus Sand mit riesigen Wanderdünen, die in den vergangenen Jahrhunderten immer wieder Ortschaften unter sich begruben. Die Große Düne bei Nidden, eine der größten Dünen Europas, wird auch die „ostpreußische Sahara" genannt. Heute ist die Nehrung wieder ein beliebtes Reiseziel geworden, das einst auch von Persönlichkeiten wie Thomas Mann geschätzt wurde. Über 160 Bilder zeigen diese in Europa einzigartige Landschaft mit ihren Naturschutzgebieten und Dörfern zwischen den weiten Dünen in aktuellen Aufnahmen. Ein 32-seitiger Teil mit hist. Aufnahmen ergänzt das Werk. 225 Abb. 160 S.
Nr. P 533125 Gebunden mit Schutzumschlag 24,95 €



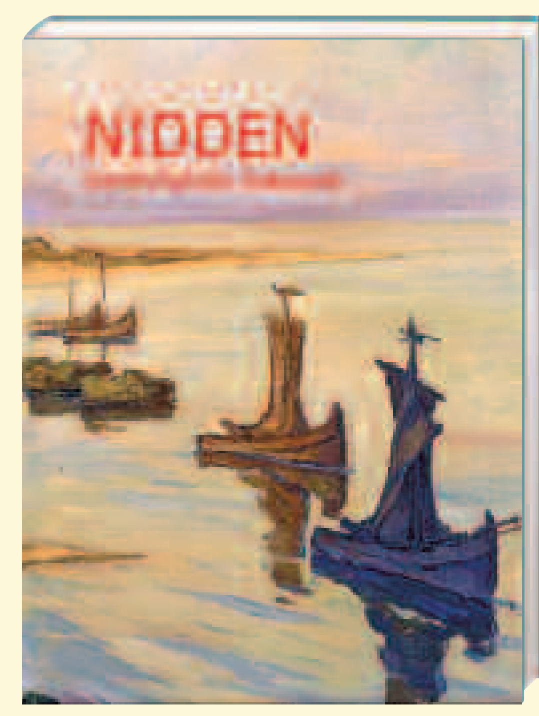
Georg Hermanowski
Ostpreußen-Lexikon
... für alle, die Ostpreußen lieben
308 S/W-Abbildungen.
328 Seiten
Gebunden mit farb. Überzug
Nr. P 1124 12,95 €

Das Ostpreußen-Lexikon – unentbehrliches Nachschlagewerk für alle, die Ostpreußen lieben und für alle, die ihr Wissen über das Land und seine Menschen vertiefen wollen. Georg Hermanowski, ein hervorragender Kenner Ostpreußens, informiert in über 850 Beiträgen kompetent und ausführlich über die Geschichte, Geographie und Kultur Ostpreußens. Ergänzt werden die Artikel durch 308 S/W-Illustrationen, die dem interessierten Leser die wichtigsten Persönlichkeiten, Sehenswürdigkeiten und Traditionen des Landes anschaulich näherbringen. Ein geschichtlicher Überblick bis zum alliierten Kontrollratsbeschluss über die Auflösung des preußischen Staates ergänzt das Werk.

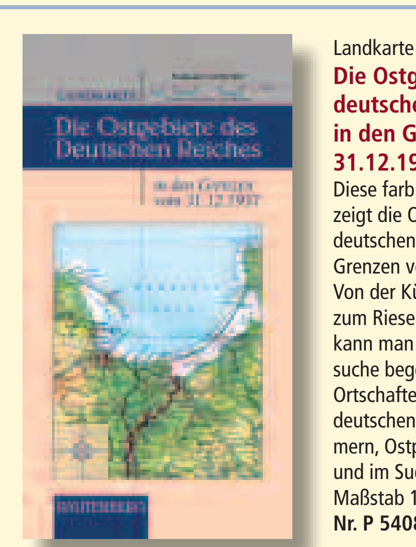


Robert Albinus
Königsberg-Lexikon
... für alle, die Königsberg lieben
20 S/W-Abbildungen.
384 Seiten
Gebunden mit farb. Überzug
Nr. P 1033 12,95 €

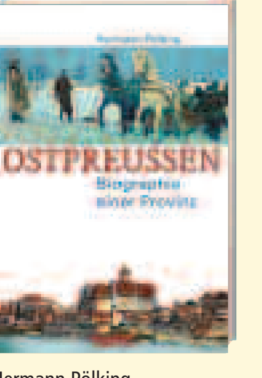
Das Königsberg-Lexikon – unentbehrliches Nachschlagewerk für alle, die Königsberg lieben und ihr Wissen über die Stadt und ihre Menschen vertiefen wollen. Der Herausgeber dieses Bandes, Robert Albinus, ein hervorragender Kenner Königsbergs, informiert unter Mithilfe zahlreicher Mitarbeiter in über 2.630 Beiträgen kompetent und ausführlich über die Geschichte, Geographie und Kultur Königsbergs. Ergänzt werden diese Artikel durch 850 Biografien, die dem interessierten Leser die wichtigsten Persönlichkeiten Königsbergs anschaulich näher bringen. Eine Zeittafel vom Bau der Burg Königsberg im Jahr 1255 bis zur Kapitulation der Stadt im Jahr 1945 ergänzt dieses Werk.



Nidden
Landschaft der Sehnsucht
Das Buch ist eine einzigartige Sammlung an Bildern und Texten, die ungewöhnliche Ansichten rund um den Künstlerort bieten. Der einleitende Bericht ist im Rahmen eines Interviews entstanden, das Dr. Bernd Schimpke, Herausgeber des Buchs, mit Helga Paul, geborene Detzkeit, geführt hat. Die heute 87-Jährige hat als Fischertochter bis zu ihrer Flucht im Herbst 1944 in Nidden gelebt. Sie erzählt aus ihrer Sicht, wie sie die Badegäste und Künstler erlebt hat. Digitalisierte Dias aus den 30er Jahren vermitteln einen weiteren Eindruck des früheren Lebens in Nidden. Die Dias befinden sich in Privatbesitz und werden im Buch erstmals öffentlich gezeigt. Zu sehen sind nicht nur die Landschaft und die Kähne, sondern auch echte Urlaubs-Postkarten-Motive sowie Maler bei der Arbeit. 136 Seiten
Nr. A0540 Gebunden 28,00 €



Landkarte
Die Ostgebiete des deutschen Reiches in den Grenzen vom 31.12.1937
Diese farbige Landkarte zeigt die Ostgebiete des deutschen Reiches in den Grenzen vom 31.12.1937. Von der Küste der Ostsee bis zum Riesengebirge im Süden kann man sich auf Spurensuche begeben nach den Ortschaften der ehemaligen deutschen Provinzen Pommern, Ostpreußen, Schlesien und im Sudetenland.
Maßstab 1: 1.000.000
Nr. P 5408 9,95 €



Hermann Pölking
Ostpreußen
Biographie einer Provinz
Zahlreiche Abb. 928 Seiten
Gebunden mit Schutzumschlag
Nr. P A0398 29,95 €

Ostpreußen ist bis heute ein Mythos. Hermann Pölking macht die Geschichte dieses Landstrichs erlebbar und verständlich, indem er unzählige Augenzeugenberichte und Erinnerungen mit den historischen Fakten zum Panorama einer mehr als 700-jährigen Geschichte verwebt. Sein Buch ist – trotz aller sachlicher Distanz – emotional erzählt, weil es die Nähe zu den Biografien der Menschen sucht. Ein außergewöhnliches Porträt Ostpreußens – vom Stammesland der Prussen bis zum Untergang als Provinz. Berücksichtigt ist dabei auch das, was sich landläufig über Ostpreußen als Mythos erhalten hat. Mit zahlreichen unveröffentlichten Abbildungen.



Christian Tilitzki
Alltag in Ostpreußen 1940–1945
Die geheimen Lageberichte der Königsberger Justiz
56 S/W-Abb. 324 Seiten
Nr. P 1083 Gebunden 14,95 €

Die Königsberger Gerichtslageberichte gestatten für die Zeit von 1940–1945 Einblick in eine vielschichtige Lebenswelt, wie sie bislang aus der isolierten Perspektive von Trauer und Sehnsucht nicht wahrgenommen werden konnte. Die Behördenchefs der Justiz waren angewiesen, die Reaktion der Bevölkerung auf außenpolitische und militärische Ereignisse zu beobachten und zweimonatlich darüber einen Bericht zu verfassen. 53 Berichte von Gerichtspräsidenten, Oberstaats- und Generalstaatsanwälten und weiterer hochgestellter juristischer Amtsträger sind in diesem Werk versammelt und geben ein beeindruckendes Bild der Stimmungen in dieser Zeit.

Helmut Lindenblatt
Pommern 1945
Eines der letzten Kapitel in der Geschichte vom Untergang des Dritten Reiches
105 S/W-Abb. 404 Seiten
Nr. P 3010 Gebunden 14,95 €

Das Buch dokumentiert in einer einzigartigen Darstellung das letzte Jahr des 2. Weltkriegs in Pommern. Der Autor, Helmut Lindenblatt, hat über Jahre eine aufwändige Recherche unternommen, zahllose Korrespondenzen geführt, Fluchtberichte gesichtet, Archive durchstöbert und mit Zeitzeugen gesprochen. Daraus ist eine Dokumentation entstanden, die die schreckliche Chronologie des Krieges und den Untergang des Dritten Reiches festhält. Militärische und zivile Aspekte wurden gleichrangig miteinander verbunden und durch die ungewöhnliche Vielzahl der ausgewerteten Unterlagen gibt dieses Buch einen umfassenden Einblick in ein Stück Zeitgeschichte.



Adam Hochschild
Der große Krieg
Der Untergang des alten Europas im Ersten Weltkrieg
In einem spannenden Epos lässt Hochschild diesen Krieg, dessen Echo bis in unsere Zeit nachhallt, anschaulich, lebensnah und erschütternd wie nie zuvor lebendig werden. Er richtet seinen Blick auf das Kriegsgeschehen und die diplomatischen Verwicklungen der großen Mächte. Im Zentrum der Darstellung stehen nicht nur die prominenten Befürworter des Krieges (u. a. Rudyard Kipling, H. G. Wells, Conan Doyle und John Galsworthy); viele, wenig beachtete Kritiker und Gegner aus allen Schichten kommen zu Wort. Zahlreiche meisterhafte Porträts von Kaiser Wilhelm II., Kaiser Franz Joseph, den Romanows und der – Generäle wie von Hindenburg, von Moltke, Ludendorff, French, Haig, Milner und des jungen Churchill runden das Panorama ab. Hunderte von Soldatenfriedhöfen säumen die Felder in Belgien und Frankreich; dort kamen Millionen Soldaten in dem Krieg ums Leben, der allen Kriegen ein Ende machen sollte. 525 Seiten.
Nr. P A0688 Gebunden mit Schutzumschlag 26,95 €



Schit-Lot-Em
Pommerscher Magenlikör
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5689 19,30 €



Stobbe Machandel
Wacholder Tönnchenflasche
38 % vol., Flasche 0,5 Liter
Nr. P 5809 15,20 €



Rabenvater
Feinbitter
40 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5806 17,60 €



Bärenblut
Honig und Holunder
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5694 19,95 €



Marjellchen
Schwarzer Johannisbeerlikör
25 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5693 16,95 €



Lorbass
Altpreußischer Kartoffelschnaps
40 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5673 15,95 €



Pillkaller
Edel-Machandel
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5696 16,95 €



Trakehner Blut
40 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5697 1 Flasche 18,90 €
Nr. P A0298 3 Flaschen 52,00 €



Herfried Münkler
Der große Krieg
Die Welt 1914-1918
Er fegte die alte Welt hinweg und haftet seit vier Generationen im kollektiven Gedächtnis: der Große Krieg. Als Ausbruch aus einem scheinbar stillstehenden Zeitalter der Sicherheit wurde sein Beginn am 1. August 1914 von vielen noch euphorisch begrüßt. An seinem Ende, im November 1918, waren zu bilanzieren: 17 Millionen Tote, eine in Trümmer gestürzte Weltordnung und ungestillte Revanchegelüste. Der Erste Weltkrieg veränderte alles. Herfried Münkler schildert in seiner großen Gesamtdarstellung diese «Urkatastrophe» des 20. Jahrhunderts, zeigt, wie der Erste Weltkrieg das Ende der Imperien besiegelte, wie er Revolutionen auslöste, aber auch den Aufstieg des Sozialstaats und der Nationalismen förderte. 928 S.
Nr. A0689 Gebunden mit Schutzumschlag 29,95 €



Monika Dahlhoff
Eine Handvoll Leben
Meine Kindheit im Gulag
272 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A0661 8,99 €

Im Winter 1944 wird die kleine Monika von russischen Soldaten verschleppt. Zusammen mit anderen Kindern wird sie in einem abgelegenen Gulag völlig sich selbst überlassen. Durch ständigen Hunger, beißende Kälte und fehlende Fürsorge verwahrlost sie immer mehr. Als das Mädchen nach Jahren befreit wird, bleibt ihr ein normales Leben versagt. In einer Pflegefamilie versucht man der traumatisierten Monika mit Strenge und Gewalt beizukommen, doch sie sehnt sich nach Geborgenheit und hofft noch immer auf ein Wiedersehen mit ihrer Mutter.




Meschkinnes
Der Ur-Bärenfang
50 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5692 19,95 €

Bernsteinriegel
Meschkinnes, Bärenblut, Bärenfang, Kurfürstlicher Magenbitter und Danziger Goldwasser. je 0,10 Liter im Tragekarton
Nr. P 5702 Spirituosen (5 x 0,10 Liter im Tragekarton) 19,95 €

5 Ostpreußische Liköre
5 Flaschen je 0,10 Liter ostpreußische Liköre im Tragekarton.
Nr. P 5803 18,95 €

Wir verschicken Flaschen in absolut bruchsicherer Verpackung. Dieses kostenintensive Verfahren erfordert, dass wir zusätzlich zur Versandkostenpauschale Verpackungskosten je Sendung in Höhe von 1,75 € erheben müssen.

Karen Winter
Sehnsucht nach Riga
Roman
397 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A0662 8,99 €

Schon als Kind liebt Marie-Luise von Zehlendorf, genannt Malu, Stoffe und Mode. Nichts wünscht sich die Gutsherrentochter mehr, als Kleider zu entwerfen. Als sie nach dem Tod ihres Vaters das Baltikum verlässt und nach Berlin zieht, wird ihr Traum Wirklichkeit. Innerhalb kurzer Zeit macht Malu sich einen Namen als Modeschöpferin, ihre Kleider sind gefragt, auch in den besten Kreisen. Doch ihr Liebster bleibt in Riga zurück und heiratet eine andere Frau. Wird Malu in Berlin ihr Glück finden - oder muss sie dafür in die Heimat zurückkehren? Eine junge Frau mit einem Traum und eine Liebe die nicht vergeht.

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg
Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Schmitz doch nicht entlassen

Berlin – Auf Antrag des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit (SPD) hat der rot-schwarze Berliner Senat die Entlassung von Kulturstaatssekretär André Schmitz überraschend zurückgenommen. Dadurch stehen ihm nun doch Übergangsgeld und Beamtenpension zu. Schmitz war erst kürzlich wegen Steuerhinterziehung entlassen worden. *H.H.*

Dreiste Ackerpiraten

Warschau – Die „Gazeta Wyborcza“ berichtet, dass immer mehr Ackerpiraten dem polnischen Staat zu schaffen machen. Diese besetzen nicht verpachtete Staatsäcker, wo sie pflügen und säen. Doch offenbar geht es ihnen nicht um die Ernte, sondern um die Erlangung von EU-Fördergeldern. „Die Zahlungen stehen jenem zu, der zum 31. Mai das Land benutzt“, erklärt der Chef der Agentur für landwirtschaftliche Immobilien ANR. Da die ARiMR, die die EU-Fördergelder auszahlt, bisher nicht die Eigentumsverhältnisse überprüft, ist dieser Betrag ein lukratives Geschäft. *Bel*

ZUR PERSON

Gaucks neuer »Flüsterer«

Dass Bundespräsident Joachim Gauck sich zum Auftakt der 50. Münchner Sicherheitskonferenz Ende Januar ausgerechnet für mehr Einsatz Deutschlands bei der Krisenbewältigung in der Welt, militärische Konflikte eingeschlossen, ausgesprochen hat, verwundert angesichts seines Images als Vermittler und Friedensbringer. Neben Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) pflichteten ihm auch Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) und Bundeskanzlerin Angela Merkel bei. Deutet sich hier eine neue, USA-freundliche Außenpolitik an?

Die Berufung von **Thomas Kleine-Brockhoff (53)** zum Leiter des Bundespräsidialamts im August vergangenen Jahres spricht dafür, dass Gauck, ein bekennender Bewunderer des Landes der Freiheit, trotz NSA-Affäre eine engere Zusammenarbeit mit den USA anstrebt. Kleine-Brockhoff kam direkt aus Washington ins Schloss Bellevue, wo er für die Reden des Präsidenten verantwortlich ist. Der ehemalige „Zeit“-Journalist war zuletzt Direktor des German Marshall Funds (GMF), einer Denkfabrik, die sich der Förderung der transatlantischen Beziehungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft widmet. Die GMF, 1972 als Schenkung der Bundesrepublik als Dank für den Nachkriegs-Marshall-Plan mit Hauptquartier in Washington eingerichtet, fördert Führungskräfte in Europa, die sich auf dem Gebiet der transatlantischen Beziehungen engagieren, bevorzugt Politiker. Als Planungschef ist Kleine-Brockhoff nach dem Amtsinhaber die wichtigste Figur im Bundespräsidialamt, der zudem weltweit gut vernetzt ist und als „Präsidentenflüsterer“ großen Einfluss haben dürfte. Er gilt als fähiger Journalist, der als „Zeit“-Mitarbeiter unter anderem die Käuflichkeit von Politik aufgedeckt hat. *MRK*





Entsorgungsnöte

Tief verunsichert

Wer sich ums deutsche Schuldbewusstsein sorgt, wie wir doch noch »italienisch« wurden, und was Herrn Juncker solche Angst einjagt / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Adam Krzeminski ist von ernster Sorge erfüllt; im Gastbeitrag für eine deutsche Tageszeitung macht der polnische Star-Intellektuelle seinem Kummer Luft. Es ist die „Durchlöcherung der deutschen Alleinschuld 1914“, die ihn aufgescheucht hat. Durch die neue Sicht auf das Schicksalsjahr sieht er die „Errungenschaft des deutschen Schuldbewusstseins“ in ernster Gefahr, weil in jüngster Zeit immer mehr Historiker öffentlich nachweisen, dass die These von der deutschen Alleinschuld am Ersten Weltkrieg eine dreiste Lüge war.

Krzeminski scheint zu ahnen, welcher Zündstoff da auch für sein Land ausgehoben wird. Hinweise auf die brutale Unterdrückung von mehr als zwei Millionen Deutschen im neuen polnischen Staat nach dem Ersten Weltkrieg konnten bislang immer mit dem Hinweis weggefegt werden, das die Deutschen ja schließlich hauptsächlich am Krieg schuld gewesen seien und deshalb mal ganz still sein sollten. Krzeminski wittert, dass es damit zu Ende gehen könnte und sich die Polen ihrem Unterdrückerregime über die deutschen Volksgruppen von Westpreußen bis Ost-Oberschlesien bald ganz ungefiltert stellen müssten. Das dürfte anstrengend werden.

Diesen speziellen polnischen Aspekt der Debatte hat bislang aber noch keiner thematisiert, weshalb Krzeminski ihn auch lieber weglässt. Man will ja keine schlafenden Hunde wecken. Er widmet sich einem anderen potenziellen Brandherd, der deutschen Zahlungsbereitschaft für Europa.

Bislang war die Lesart so: 1914 haben die Deutschen Europa in Brand gesetzt, dafür wurden sie mit „Versailles“ noch viel zu lasch bestraft, weshalb sie wieder hochkommen konnten, um mit Hitler die Hölle zu öffnen. Deshalb ist ja wohl klar, dass die Teutonen in Ketten, Verzeihung, „fest eingebunden“ bleiben müssen, weil sich 1914 und seine Folgen sonst zwangsläufig wiederholen.

Heute sollen wir froh und dankbar sein, dass unsere Nachbarn überhaupt mit uns reden. Dafür müssen wir eben zahlen – die „Friedensdividende“. Immer, wenn aufgedeckt wird, dass die Zahlerei rein wirtschaftlich gesehen („Wir Deutsche profitieren am meisten!“) doch kein so tolles Geschäft ist, kommt die Sache mit der deutschen Schuld an 1914 und den Folgen und der „Friedensdividende“ wegen der Pflicht zu Schuldbewusstsein und Dankbarkeit.

Wenn aber 1914 keine rein deutsche Sache mehr ist, dann war „Versailles“ ein Verbrechen, und die Frage, inwieweit das Friedensdiktat und seine erdrückenden Auswirkungen zum Aufstieg Hitlers beigetragen haben, liegt plötzlich in Paris und London – bis am Ende noch einer wissen will, ob und in welchem Umfang auch die schroffe Haltung Polens der NS-Propaganda dienlich war. Um Himmels willen!

> »Thanks, Bomber Harris!« und der Wunsch, die Frau möge auf einen britischen Blindgänger treten

Manche, die den Blick schweifen lassen, wähnen in der Weltkrieg-Eins-Debatte nur die Fortschreibung eines finsteren Prozesses, der die Deutschen langsam wieder „selbstbewusster“ werden lasse. Bei der WM 2006 haben sie sich beim Anblick der vielen deutschen Fahnen beinahe zu Tode erschrocken.

Doch da können wir beruhigen: Das waren Seifenblasen, der „neue deutsche Patriotismus“ fällt zusammen wie ein nasser Sack, wenn's drauf ankommt. Ohne Probleme zu bekommen, konnte sich eine junge Frau am 13. Februar unter die barbusig herum hüpfenden „Femen“-Weiber mischen mit dem Spruch auf ihrem nackten Oberkörper: „Thanks, Bomber Harris!“ (Danke, Bomber-Harris). In jedem anderen Land hätte ihr da was geblüht. Die entsetzten Dresdner blieben still. Manche mögen vielleicht leise hoffen, dass die Frau eines Tages auf einen britischen Blindgänger tritt. Aber offenen Protest trauen wir uns nicht gegen so etwas.

Patriotismus geht nur bei harmlosen Themen wie Fußball oder diesem hier: NDR und Radio Bremen (RB) gehen mit einem neuen Programm auf Radiosendung „für weltoffene Hörerinnen und Hörer“, wie Programmdirektor Jan Weyrauch stolz verkündet. Das Besondere am „neuen Nordwestradio“ ist, dass deutschsprachige Musik künftig komplett verbannt wird. Dagegen regt sich tatsächlich Widerstand; Liedermacher Heinz Rudolf Kunze nennt die Verbannung der eigenen Sprache aus einem Radioprogramm „eine deutsche Geisteskrankheit“: „Keine andere Kulturnation der Welt käme auf eine solche Idee.“

Aber was soll's, der ist dann eben nicht „weltoffen“, und als Staatssender können sich NDR und RB ein Ei drauf pellen, was die Hörer wollen. Sie müssen den Mist ja trotzdem finanzieren, die schimpfenden Beitragszahler, deshalb nennen die Staatsfunker den Zwangsbeitrag ja auch „Demokratie-Abgabe“, Abgabe von Demokratie eben.

Dass ihre Art von Demokratie allerdings in Gefahr sein könnte, dämmert europäischen Politikern und Medien mit Blick auf die erbarmungslos näher rückende EU-Wahl immer deutlicher: Die Populisten werden zunehmend stärker. Ein Nachrichtenmagazin hat sich auf die Suche nach einem dieser Dunkelmänner gemacht und den Briten Nigel Farage gefunden.

Der hetzt gegen die EU-Bürokratie, die Kommission und gegen was nicht alles, was das Blatt ungeheuerlich findet, denn Farage sei schließlich „selbst ein Profiteur des Brüsseler Systems: Seit 15 Jahren sitzt er als Abgeordneter im Europaparlament und genießt sämtliche Privilegien, über die er so gerne lästert.“

Ein Satz, der einen tiefen Einblick erlaubt in die Funktionsweise des Brüsseler Hofs sowie die Denkweise seiner Bewohner und ihrer medialen Herolde: Als EU-Parlamentarier wirst du mit Privilegien überhäuft, damit du die Schnauze hältst und brav auf Linie bleibst. Wenn du trotzdem einen auf „Opposition“ machst, bist du ein Verräter wie dieser Farage: Der nimmt das Geld, tut aber nicht, wofür er bezahlt wird, das Schwein, das populistische!

Verblüffend, wie selbstverständlich das Nachrichtenmagazin diese Denkweise, die den Kern jeder Korruption ausmacht (Geld gegen Wohlverhalten), ganz selbstverständlich übernimmt, ja als die natürlichste Sache der Welt verkauft, über die nur ein Schuft „lästern“ kann. Das muss es wohl sein, das „neue europäische Bewusstsein“, das wir einfach nicht begreifen wollen.

Auf die Frage, ob die Italiener durch den Euro „deutscher“ würden, antwortete ein italienischer Politiker schon vor mehr als zehn Jahren: Für ihn habe es eher den Anschein, als würden die Deutschen mehr wie sie, die Italiener. Der Mann war ein Hellseher, wenn man bedenkt, dass viele Italiener seit Langem die „Selbstverständlichkeit von Korruption“ als die eigentliche Geißel ihres Landes verurteilen.

Heute sind wir Deutsche selber soweit, dass wir der Unbestechlichkeit eines Nigel Farage nur noch mit Verachtung, Wut und Unverständnis begegnen können. Fürwahr, Europa wächst zusammen – im Sumpf.

Dass immer noch nicht alle mit wollen in den Modder, davon ist Jean-Claude Juncker höchst alarmiert. „Falls die Europaskeptiker eine Mehrheit erringen im Europaparlament, hätte das dramatische Folgen“, warnt der Luxemburger, der Spitzenkandidat der EU-Christdemokraten werden will. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit, der Binnenmarkt, die „wichtigsten Solidaritätsinstrumente“ und der Euro gerieten dann in Gefahr.

Bis auf den Binnenmarkt wissen wir allerdings nicht, was daran schlimm sein soll, und vor allem – für wen? Juncker sagt es uns: Das würde zu einer „tiefen Verunsicherung führen auf den internationalen Finanzmärkten“. Mit anderen Worten: George Soros würden etliche Milliarden an Spekulationsgewinnen durch die Lappen gehen, wenn er unser Geld nicht weiter über unsere „Solidaritätsinstrumente“ absaugen könnte, was den US-Spekulanten „tief verunsichert“. Nicht nur ihn: Auch Dumpinglöhne lassen sich ohne „Freizügigkeit“ viel schwerer durchsetzen. Hoffentlich haben die Wähler noch ein Einsehen.

MEINUNGEN

*Der Kommentator der „Basler Zeitung“ (12. Februar), **Dominik Feusi**, untersucht die Motive der EU-Politiker für deren wütende Reaktionen auf die **Schweizer Volksabstimmung** zur Zuwanderung:*

„Die Gefahr, die von den EU-Bürokraten nun heraufbeschworen wird, die nennt sich direkte Demokratie. Nichts ist den Regierenden lästiger als Bürger, die Nein sagen können ... Sie sind alle Berufspolitiker, die nicht von ihrer Leistung leben, sondern von Zwangsabgaben ihrer Bürger, die dafür arbeiten müssen. Und alle fürchten vor allem eines: ihr eigenes Volk. Das stört bei den eigentlich wichtigen Geschäften: Nicht einen Monat ist die Große Koalition in Deutschland an der Macht, und sie will trotz leeren Kassen ihre Diäten anheben.“

***Kurt Bock**, Vorstandschef der BASF, bezeichnet in der „FAZ“ (11. Februar) die **„Energiewende“** als ökologisch sinnlose, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie untergrabende **Heuchelei**, mit der sich wenige auf Kosten der Mehrheit und der Zukunft des Landes bereichern:*

„Die planwirtschaftliche Umverteilung mittels EEG hat Gewinner und Verlierer entstehen lassen: Gewinner im Norden (Wind) und im Süden (Solar) und Verlierer (Mieter, Industrie). Letztere sollen gefälligst ihren Beitrag leisten. Diejenigen, die sich an ein anstrengungsfreies und auf 20 Jahre garantiertes Einkommen gewöhnt haben, beschwören dagegen die drohende Erderwärmung als Begründung für den Erhalt ihrer Pfründen.“

***Thomas Exner**, Kommentator der „Welt“ (17. Februar), kritisiert die **Rentenpolitik** der Großen Koalition als unverantwortlich:*

„Dass künftige Rentnergenerationen auch wegen der aktuellen Wohltaten voraussichtlich ein noch niedrigeres Rentenniveau in Kauf nehmen müssen, soll keine Rolle spielen ... Beide Volksparteien bedienen einfach die Interessen einer vermeintlichen Mehrheit im Volk ... Merkel und Gabriel wollen nicht gestalten, sie wollen gefallen – und das auf Kosten künftiger Generationen.“

*Nach langen Recherchen im EU-Parlament zieht Autor **Henryk M. Broder** im Internet-Portal „Journalistenwatch“ ein verheerendes Resümee über **EU-Europa**:*

„Das Ganze hat sich zu einer gigantischen Betrugsmaschine entwickelt. Alle sind dabei, sich am Leben zu erhalten, sich zu finanzieren und untereinander fortzupflanzen. In Brüssel und Straßburg ist ein neuer europäischer Adel entstanden, der sich selbst bedient. Und damit wir auch alle immer klatschen, sind viele PR-Firmen ausschließlich damit beschäftigt, Werbung für die EU zu machen.“

*Der Europa-Historiker **Wilfried Loth** bestreitet im „Spiegel“ (17. Februar) energisch, dass die **EWG-Gründung 1957** ein wirtschaftlicher Fortschritt gewesen sei:*

„Wirtschaftsminister Ludwig Erhard bezeichnete die Idee einer Wirtschaftsunion als ‚volkswirtschaftlichen Unsinn‘ ... Die Einhegung der Deutschen war (stattdessen) immer eine Hauptantriebskraft der Integration.“